

D 2835 E

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M — August 1971 — DM 1,—

elam



100. Geburtstag: **Die Karl-Liebknecht-Story**
DDR-Lehrlinge: **Lehre mit „h“**
Fernsehen: **Die TV-Verbrecherschule**

elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert Reichel,
Karl Heinz Schröder, Dr.
Peter Schütt, Pastor Horst
Stuckmann, Werner Weis-
mantel

CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander

**STELLV. CHEF-
REDAKTEUR**
Hans-Jörg Hennecke, Dort-
mund (verantwortlich)

GESTALTUNG
coopcreative
Jerken Diederich /
Annette Welke

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO
6104 Jugendheim a.d.B.
Alsbacher Straße 65

**VERLAGS-
GESCHÄFTSFÜHRER**
Werner Maletz

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,- einschl.
Mehrwertsteuer / Jahres-
abonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund, Kto. 10068742
Postscheckkonto
Frankfurt/M. Kto. 2032 90

Druck: HESKA,
Klein-Krotzenburg



PFUNDS SACHEN

Geisterstunde

Ex-Verkehrsminister Seebohm unterhielt sich ernst mit seiner **Partnerin** und kümmerte sich den Teufel um den Rhythmus. **Chefredakteur Wolf Heckmann** am 28.6.1971 in der „Hamburger Morgenpost“ über eine Gartenparty bei Willy Brandt. Seebohm starb 1967.

Klarstellung

Nicht die SPD ist an die Macht gekommen, sondern die Mächtigen an die SPD.

Der Bielefelder Studentenfürer Hans-Jochen Schwabedissen, Mitglied des Bezirksvorstandes der ostwestfälischen Jusos, auf der Bezirkskonferenz dieser Organisation.

Personalunion

Die Jungsozialisten, die eine von kommunistischer Seite gelenkte Rote-Punkt-Demonstration zur Einführung des Nulltarifs unterstützen wollen, stehen unter der gleichen

Führung wie die Polizeibeamten, die den Protestzug durch die Innenstadt unter Kontrolle halten sollen: unter der Leitung des Innensenators und stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Heinz Ruhнау.

Die Welt am 16.6.1971 über die Suspendierung eines Juso-Vorstandes in Hamburg und über die Einsetzung des SPD-Landesvorstandes als kommissarischer Juso-Vorstand.

Er allein?

Ich habe die Firma in den vergangenen 12 Jahren um 11 Milliarden Dollar wertvoller gemacht.

H.S.Geneen, Chef des US-Elektrokonzerne International Telephone and Telegraph ITT, zu dem auch Standard Elektrik Lorenz in Stuttgart gehört.

Eine rote Maus

Ich stand am Panzer und guck' so, da springt eine Feldmaus über meinen rechten Socken und 'rauf auf die Kette. Und

die Maus läuft immer auf der Kette hin und her. Im selben Augenblick kommen drei Feindpanzer. Ich hab mich aber nicht getraut loszufahren, weil dann die Maus zerquetscht worden wäre. Deshalb ist der Feind bei uns durchgebrochen.

Die Welt am 5.6.1971 über die Skrupel eines Bundeswehrpanzerfahrers bei einer Übung.

Lehrjahre

Facharbeiter lernen zweieinhalb Jahre – und Schlagersänger?

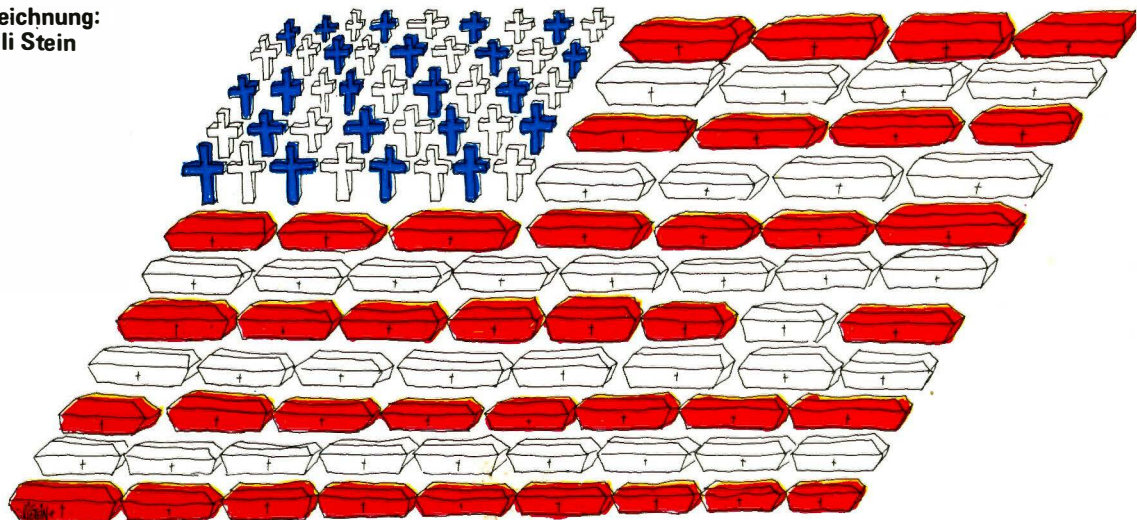
Frage des FDJ-Organen „Forum“, 1.6.1971

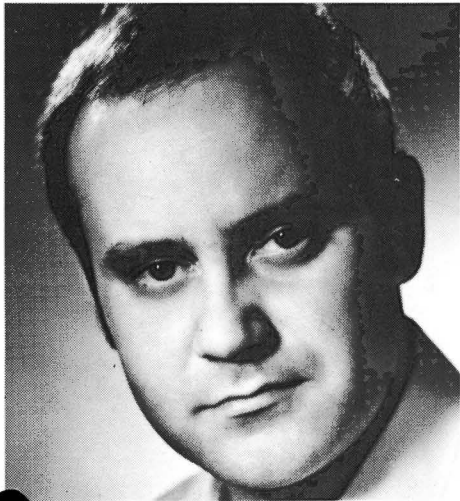
Zwei bis vier Löcher

Der nach Position zwei der Vt 9312-003 zu verwendende Knopf für die Schulterklappen ist ein Kunststoffknopf, steingrau, mit zwei evtl. auch vier Nählöchern.

Knopf-Erlaß einer Wehrbereichsverwaltung der Bundeswehr, lt. „Die Welt“ vom 19.6.1971

Zeichnung:
Uli Stein





Lieber Leser,

Wenn Dir in der Schule oder Berufsschule demnächst der Lehrer erzählt: „Der Krieg ist als ‚Phänomen der Weltstruktur‘ nicht kurzschlüssig wegzudiskutieren. Es würde nicht der vollen Wahrheit entsprechen, wenn die Enthüllung von positiven Werten, die Entfaltung edler Kräfte, wie sie im Krieg in Erscheinung treten, einfach verschwiegen werden“, – so schlußfolgere bitte nicht, daß Dein Lehrer einen Sonnenstich bekommen hat. Wenn er dann noch von der „Notwendigkeit einer Angleichung ziviler und militärischer Verhaltensweisen“ spricht, so erwartet er, nicht als Büttelredner betrachtet, sondern mit Respekt für einen Mann begegnet zu werden, der um die „Notwendigkeit des Wehrdienstes“ weiß und seinen Schülern die richtige „Wehrbereitschaft“ beibringt. Denn um diese „Notwendigkeit“ und „Wehrbereitschaft“ sorgen sich Wehrminister Helmut Schmidt und mit ihm die Generale und Springer-Journalisten. Und wenn Dein Lehrer über die „positiven Werte“ des Krieges (siehe oben) plaudert, dann verstößt er zwar gegen den Grundgesetz-Artikel 26 mit seinem Friedensgebot, aber er zitiert damit aus jenem Sonderdruck der Zeitschrift „Wehrkunde“, der kürzlich offiziell an den Schulen in Baden-Württemberg unter der Überschrift „Die Problematik Schule – Bundeswehr“ verbreitet wurde und eine Vorstellung davon vermittelt, was die Militaristen sich unter dem Fach „Landesverteidigung“ an den Schulen vorstellen. Wehrminister Schmidt hat in einem Brief an die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sehr massiv die Forderung erhoben, die Schule solle „mehr Informationen über die Bundeswehr“ verbreiten und helfen, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer zu verringern. Beim Recht auf

Kriegsdienstverweigerung handele es sich „um eine vom Grundgesetz als Ausnahme gewollte Schutzbestimmung“, behauptet Schmidt den Tatsachen zuwider, denn nicht eine „Ausnahme“, sondern ein allen Bürgern verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht stellt der Artikel 4/3 dar.

Warum diese Aufregung, diese Verdrehungen? Warum die Verfolgung der Soldaten, die im Sinne der Studie „Soldat '70“ handeln? Die Militaristen wollen alle Lebensbereiche militaristisch durchdringen, und es ärgert sie, wenn viele Lehrer dabei nicht mitmachen wollen und Schüler und Soldaten sich widersetzen. Sie wissen, daß ihre Pläne nicht nur durch „Erzwingen formaler Disziplin“ zu lösen sind, wie es einige unbewegliche Hauptleute aus Unna kürzlich verlangten. Denn die moderne Armee braucht denkende Soldaten – aber ohne eigene Gedanken. Da muß die Schule helfen. Etwas weniger Drill und „Kopf in den Dreck“, dafür etwas mehr militaristische Erziehung und „Dreck in den Kopf“ – das ist die Devise.

Wir erleben eine Welle des Militarismus. In Bayern und Baden-Württemberg ist es schon soweit: In den Schulen ist das Unterrichtsfach „Landesverteidigung“ eingeführt. In den anderen Bundesländern drängen CDU/CSU und Schmidt-Sozialdemokraten auf ähnliche Regelungen. 44 hauptamtliche und 823 nebenberufliche Jugendoffiziere sowie Hunderte von Jugendunteroffizieren schwärmen täglich in Schulen, Jugendheime und Jugendverbände aus, um die militaristische Ideologie zu verbreiten, nach der das kapitalistische Ausbeutersystem für alle Zeiten erhalten bleiben solle und gesellschaftlicher Fortschritt verabscheuungswürdig sei. Um gegen die Verträge von Moskau und Warschau und für einen aufgeblähten Rüstungs-etat zum Segen der Rüstungsprofiteure zu Felde zu ziehen. Um die verbündeten USA von ihren Kriegsverbrechen reinzuwaschen und die NATO zum „Hüter der Freiheit“ zu erklären.

Aber die Bemühungen der Militaristen werden vielfach durchkreuzt: Gewerkschaftsjugendkonferenzen solidarisieren sich mit „Soldat '70“, die GEW lehnt „Wehrpropaganda“ ab, und Schüler widersetzen sich den Plänen, die Schule zur „Schule der Bundeswehr“ zu machen. Die SDAJ fordert die Zulassung von Referenten aus den Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen im Rahmen des Staatsbürgerkundeunterrichts in Schule und Bundeswehr.

Dieses Heft trägt das Bild von Karl Liebknecht; über sein Wirken wird auf den Seiten 12 bis 15 berichtet. Am 13. August jährt sich der Geburtstag dieses Sozialisten, Antimilitaristen und Mitbegründers sozialistischer Jugendpolitik zum hundertsten Mal. Was er lehrte, ist hochaktuell: Der antimilitaristische, der Friedenskampf ist wesentlicher Bestandteil der Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse.

Herzlichst

Mirch Jander

Inhalt

Arbeiterjugend

DDR: Wo man Lehre mit „h“ schreibt 4
Streik in der Chemie-Industrie / Goldenes Vorhängeschloß / Der geschriebene Brief des Monats 8

Zum 100. Geburtstag

„Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen“ 12

Landjugend '71

Landjugend ohne Chancen? 16

Jugendpolitische Blätter

Zu den „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ / Interview mit Wladimir Pylin / Bücher für die Jugendarbeit 19

Monats-Magazin

1. Jugendfreundschaftslager UdSSR-BRD / Solidarität mit dem Soldaten Rüdiger Raguse/Marx kontra Bibel? / Sojus – Ihr letzter Funkspruch: „Auf Wiedersehen!“ / Widerstand gegen Truppenübungsplätze 23

Vietnam

7 Punkte gegen Nixon 28

elan-Bücherkiste

Fernsehen 33

Song-Magazin

34

Leser-Post

36

Witze – International

38

Fotos:

Bartels (1), Billhardt (1), dpa (3), Hollmann (1), Klinger-Buschhoff (1), Müller (1), B. Preker (1), C. Preker (1), Rose (1), Scholz (1), Schröder (1), Sefzik (1), Silberzahn (1), Sittner (4), Wiegel (2).

Titelbild:

coopcreative

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf zum „Solidaritätskongreß gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg“ (Bremen, 11.9.1971) bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

LEHRE MIT

„H“



Im Interview: der DDR-Lehrling

„Von den Lehrlingen in der DDR hört man Wunderdinge. Aber wenig konkretes“, beschwerte sich Heiner Wender aus Augsburg in einem Brief an unsere Redaktion. „Elan-Leser wollen es jedoch genau wissen.“

Für sie hat jetzt unser Mitarbeiter Claus Friedrich Dutzende von Lehrlingen befragt. In Rostock, Regis und Leipzig. Er fasst Merkwürdigkeiten, die in der DDR üblich, in der BRD aber undenkbar sind: Lehrlinge, die zugleich mit dem Facharbeiterbrief das Abitur machen. Lehrlinge, die nie den Hund ihres Chefs Gassi führen „dürfen“. Lehrlinge, die nach ihrer Meinung gefragt werden. Lehrlinge, die mitbestimmen. Lehrlinge, die auf Messen ausstellen. Lehrlinge, die Minister beraten. Lehrlinge, die ihre Zeugnisse mitbestimmen. Dennoch lebt auch der DDR-Lehrling nicht in paradiesischen Zuständen. Er lernt nämlich. Unser Mitarbeiter berichtet:



Gespräche mit DDR-Lehrlingen

Angeregt wurde ich zu meiner Untersuchung dadurch, daß mir ein Buch in die Hände fiel: K. Nebelsiek, „Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger“, Köln-Braunsfeld, 1965. Das Buch gilt in der BRD als Berufsschulliteratur. Es sagt den Lehrlingen u.a., was Kommunismus ist – nämlich die Verkörperung alles Verruchten und Bösen (dargestellt mit Hilfe der in diesem Zusammenhang besonders geschätzten Eigenschaftswörter „diktatorisch“, „antidemokratisch“, „arbeiterfeindlich“, „menschenverachtend“, „brutal“, „intolerant“). Wenn, dachte ich mir, dem Nebelsiek zufolge die Bundesrepublik das große positive Gegenstück zur DDR bildet, wie muß dann erst die Lage der Lehrlinge in der DDR aussehen?

Ich fuhr erst mal nach Regis und begab mich dort unter Lehrlinge, die für bergbau-spezifische Berufe ausgebildet werden (Elektriker, Brikettierer, Facharbeiter für den Maschinen- und Fahrbetrieb, aber auch – hier vorzugsweise Mädchen – Facharbeiter für Datenverarbeitung). Um den jungen Leuten den Unterschied klar zu machen, in dem sie sich gegenüber ihren Altersgefährten in der Bundesrepublik im Nebelsiekschen Sinne befinden, erzählte ich ihnen z.B. auf der Grundlage einer Veröffentlichung der „Gewerkschaftspost“ (IG Chemie im DGB) einiges über die Lehrlingssituation in der BRD. Eines der von mir verwandten Zitate: „77 Prozent (bei einer Umfrageaktion befragter Lehrlinge) gaben an, berufsfremde Arbeiten ausführen zu müssen, wie zum Beispiel Wagenwaschen, Unkrautjäten, Rasenmähen. Auch im Bettenmachen, Hundeausführen

und Fensterputzen dürfen sie Erfahrungen sammeln und xmal einkaufen gehen, vom Rollmops bis zu Pillen gegen Hundeläufigkeit. Selbst Dachdecken, Dielentäfelung und Maurerarbeiten am Privathaus des Chefs gehören zu den berufsfremden Arbeiten.“

Noch nie dem Chef die Betten gemacht

„O Gott!“ entfuhr es der 18jährigen Bärbel Jacobi, obwohl sie sich auf eine entsprechende Frage als Atheistin bekannte, nachdem ich sie mit dem Zitat konfrontiert hatte. Die Bedauernswerte hatte ihrem Chef noch niemals die Betten gemacht und hat auch den Vorzug des Fensterputzens für ihn noch nicht kennengelernt. Sie fand bestürzenderweise überhaupt kein Verhältnis zu meinen Fragen. Da sie in ihrem Heimatort auf dem Lande keine zusagende Berufsausbildung fand, bewarb sie sich bei der Zentralwerkstatt Regis im Ausbildungszweig Datenverarbeitung. Während der Arbeitswoche ist ihr Zuhause das Lehrlingsinternat. Sie lernt zwei Jahre, verdiente bisher 140, ab März 1971 160 Mark. 30 Mark bezahlt sie für Wohnung und Kost im Heim (5 Mahlzeiten). Sie teilt ihr Zimmer mit einem anderen Mädchen. Die Freizeit nach Feierabend ist ausgefüllt mit Sport (Tischtennis und Volleyball), mit Kino und Fernsehen. Und obendrein sagte mir Bärbel dies:

„Unsere Ausbilder sind gute Kollegen – insgesamt fünf, wenn man den Sportlehrer dazu rechnet. Von solchen Schikanen – sie erledigte damit meine Zitate zur Situation der Lehrlinge in der BRD – „kann hier doch keine Rede sein. Wir werden sehr kollegial behandelt. Wir werden immer nach unserer Meinung gefragt . . .“

LEHRE MIT HÖ

Na, das ist ja wohl ein Stück aus dem Tollhaus – Lehrlinge werden nach ihrer Meinung gefragt? Die gute Bärbel schien nicht zu wissen, wo sie laut Nebelsiek lebt. Ich brach die Unterhaltung mit ihr ab und sprach mit dem 17jährigen Bernd Kappelle, der Elektromonteur lernt und in dieser Ausbildung zugleich sein Abitur erwirbt. „Doch“, sagte er mir frech ins Gesicht, „unsere Ausbilder sind prima. Warum? Sie hören nicht nur unsere Meinung an, sie fordern uns auch auf, sie zu sagen. Ein Beispiel: Da ist das politische Gespräch, sagen wir über Angela Davis, über die Amis in Indochina usw. Klar, wir reden darüber in der Werkstatt und sonstwo. Aber ich will mal ein anderes Beispiel bringen, und zwar zum Kapitel: Freiheit in der Arbeit. Das ist für westdeutsche Lehrlinge, die ihrem Boß den Stiefelputzer machen müssen, doch viel interessanter.“

Einige hatten sich was ausgetüftelt

Bernd: „Da hatten wir Lehrlinge eine Idee für eine Schienenbohrmaschine. Das hatten sich einige so ausgetüftelt. Wir haben mit den Ausbildern gesprochen. In Ordnung, sagten sie, und haben uns nicht nur ernst genommen, sondern uns auch sehr unterstützt. Auch ich habe mit dran gebaut. Auf der MMM (Messe der Meister von Morgen, eine DDR-weite Wettbewerbsform der Jugend) hat sie eine Goldmedaille bekommen. Natürlich sind wir stolz darauf. Wir wissen, daß wir was können. Und wir können was, weil wir was wissen und man hier sehr bemüht ist, daß wir das Gelernte auch anwenden.“

Naja, dieser Bernd schien mir so richtig kommunistisch verhetzt zu sein! Nebenbei: Er ist Mitglied des Jugendberatungsausschusses des Ministeriums für Grundstoffindustrie, ein demokratisches Mitspracheorgan, mit dem sich der Minister regelmäßig über die Angelegenheiten der Jugend seines Bereiches berät! Ich wandte mich also von Bernd ab und fuhr in das Lehrlingswohnheim des Bau- und Montagekombinats Süd, Betriebsteil Leipzig. In dem Heim sind 142 Lehrlinge, ihre Bedingungen sind denen in Regis ähnlich. Sie werden als Baufacharbeiter ausgebildet (Maurer, Stukkatoren, Betonfacharbeiter, auch mit Abi-

tur). Hier geriet ich an Heidi Wittig (17), leider zur Unzeit. Sie hatte es eilig, weil Opernkarten in der Tasche. „Wir Lehrlinge haben ein Theaterrecht (Vorzugsbedingungen) und bekommen die Karten obendrein um 50 Prozent billiger.“ (Es leuchtet ja wohl ein, daß auch dies eine besondere Form brutaler Arbeiterfeindlichkeit a la Nebelsiek ist.)

Facharbeiter und Abiturient

Heidi wird Betonfacharbeiter mit Abitur. Lehrzeit: drei Jahre. „Es gefällt mir hier sehr gut. Nach der Lehre will ich studieren – Ökonomie. Wir haben zwei Wochen Schule und eine Woche Praxis.“ Ich packte meinen Nebelsiek und meine Zitate aus. Meine ungeduldige Frage: Aber wie werdet ihr denn nun brutal behandelt? Heidi lachte und sagte, das Lachen gelte dem Nebelsiek, nicht aber der Lage der Lehrlinge in der BRD. Warum die sich so viel gefallen ließen? Das sei doch finsterstes Mittelalter. Aber das sei eben der Kapitalismus „wie er leibt und lebt“. Das sei eine Sache des Systems, das keine mündigen Staatsbürger wolle. Der mündige Staatsbürger existiere in der BRD auch bei den jetzigen Regierungsverhältnissen wohl nur in den Sonntagsreden.

„Heidi“, sagte ich, „hau’ nicht so auf den bundesdeutschen Putz. Hier steht die DDR zur Debatte. Jetzt gib mir mal ein Beispiel, wie Du selbst denn hier zur Mündigkeit geführt wirst!“ „Zum Beispiel“, sagte sie, „mal ein winziges Detail aus unserem Lehrlingsalltag. Der Lehrausbilder verlangt

von uns, daß wir unsere Arbeit selbst einschätzen. Kannst Du Dir was dabei denken? Damit fängt es nämlich an. Natürlich sagt er hinterher auch seine Meinung. Aber glaube mir, das ist gar nicht so einfach, die eigene Arbeit zu bewerten, sozusagen aus sich herauszutreten und nach objektiven Kriterien ein begründetes Urteil über das abzugeben, was man gemacht hat. Aber das ist äußerst nützlich und lehrreich. Bei den Gedanken, die man sich machen muß, merkt man dann, wo es an Gedanken bei der Arbeit noch gefehlt hat. Wir werden zum selbständigen Denken erzogen. Sachkundiges Denken ist Voraussetzung für verantwortungsbewußtes Mitarbeiten, dafür, daß man auch bei Planung und Leitung in Betrieb und Gesellschaft mitreden, Entscheidungen fällen, sie mitverantworten kann. Mit Phrasendreschen ist es doch nicht getan!“

Nebelwerfer Nebelsiek

Nach diesem Traktat über sozialistische Lehrlingsdemokratie bohrte ich bei Ullrich Thümmler (19), Stukkatour-Lehrling. Er will einmal auf die Hochschule für Malerei und Grafik in Dresden. „Im Augenblick arbeiten wir Lehrlinge in Produktionsbrigaden, also mit älteren Kollegen zusammen. Wir werden dort in allen Punkten gleichberechtigt behandelt, das kann man nicht anders sagen. Bei keinem Problem sind wir ausgeschlossen.“

Hol’s der Teufel, irgendwie kam ich mit dem guten Nebelsiek nicht auf meine Kosten. Fahren wir, dachte ich, zur Küste in das Betriebsberufsschul-Internat des Fischkombinats Rostock. Hier leben 400 Lehrlinge. Lehrling Steffen Fischer (Schiffsbetriebsschlosserlehre mit Abitur und Facharbeiterabschluß im 3. Lehrjahr) zögte mir das Heim. Die Stuben (vier Lehrlinge jeweils) heißen hier seemännisch „Kammer“, sie sind alle zweckmäßig ausgestattet, haben warmes und kaltes Wasser. Es gibt Kultur- und Arbeitsräume für die Klasse mit Fernsehern, Radiogeräten usw. Die Verwaltung der Heime fällt weitgehend unter die Zuständigkeit der Lehrlinge. Wöchentlich einmal heißt es „Rein Schiff“, und das beste Zimmer wird prämiert.

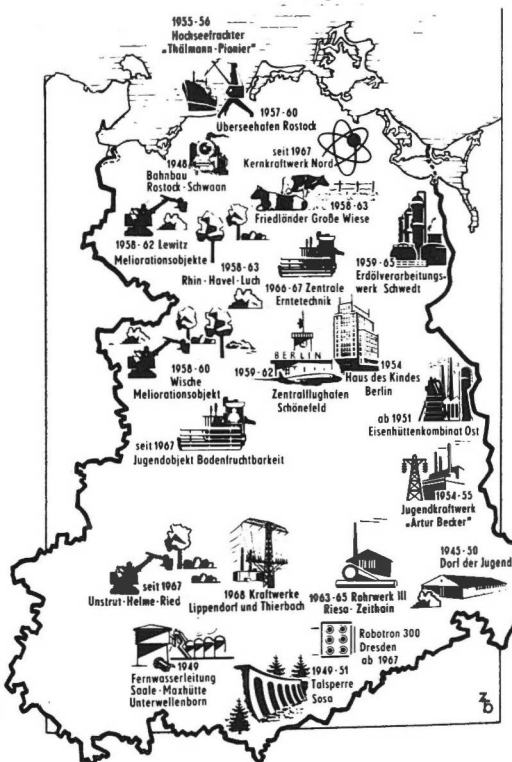
„Duckmäuser sind verpönt“

Wie wird hier das Wort der Jugendlichen in der Arbeit, im Internats- und Gewerkschaftsleben geachtet?

Lehrling Ursula Fischer (Schiffsbetriebsschlosser mit Abitur, 2. Lehrjahr) gibt Auskunft. In jedem Klassenkollektiv – alle Lehrlinge sind gewerkschaftlich organisiert – gibt es einen gewählten Jugendvertrauensmann. Er vertritt die Lehrlinge in allen ihre Interessen berührenden Fragen gegenüber der Schulleitung wie auch dem Kombinat (Betrieb). Das heißt, auf den Gewerkschaftszusammenkünften, z.B. der Vertrauensleute-Vollversammlung des Kombinats, kann er auftreten, wirkt er gleichberechtigt mit. Ursula sagt: „Es ist unser Prinzip, für unsere Probleme gemeinsam Lösungswege zu suchen, gemeinsam zu entscheiden. Speziell gegenüber der Schulleitung werden die Probleme der Lehrlinge, also alles, was mit der Ausbildung und dem Leben im Internat zusammenhängt, durch

Jugendobjekte

Die wichtigsten zentralen und Bezirks-Jugendobjekte





das Jugendaktiv zum Ausdruck gebracht. Dieses Aktiv ist ein beratendes Organ beim Schuldirektor.

Wir haben eine kameradschaftliche Atmosphäre, auch was die Ausbilder betrifft. Ich bin z.B. jetzt in der Schweißerausbildung. Das ist erst mal neu, und man denkt da selbst von sich, daß man nur linke Hände hat. Aber unsere Ausbilder sind geduldig. Dadurch geht der eigene Mut nicht in die Brüche.

Da sie uns nicht überheblich kommen, sondern sich viel Mühe mit uns geben, hat man auch Vertrauen, über andere Dinge mit ihnen zu sprechen, persönliche Sachen und so. Und deshalb unterstützen wir sie auch.“

Lehrling Manfred Kromrey, Matrosenlehrling mit Abitur, nennt ein Beispiel. Weil es immer Bessere und Schwächere gibt, organisiert der Jugendverband, die FDJ, Patenschaften. Pädagogische Gruppen unterstützen mit gezielter Hilfe Lernschwache, damit sie das Ausbildungsziel erreichen. Diesen Gruppen gehören Lehrer, Ausbilder, Heimerzieher, der jeweilige gewerkschaftliche Jugendvertrauensmann und FDJ-Vertreter an.

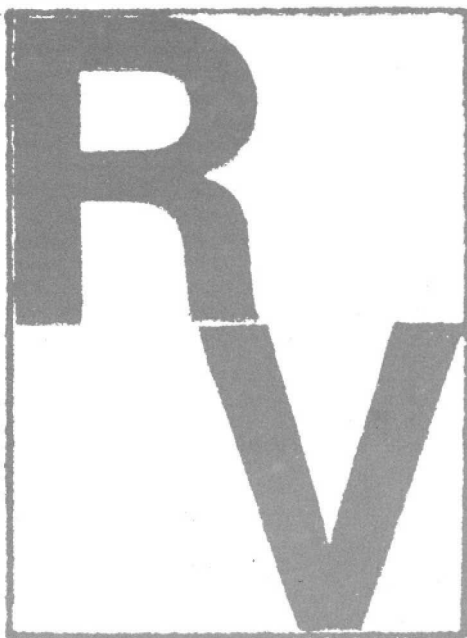
Mir fiel auf, wie selbstbewußt und freimütig diese und andere Lehrlinge mir Auskunft gaben. Lehrling Ursula Fischer: „Duckmäusertum ist bei uns verpönt. Mit Duckmäusern kann man keine gute Gewerkschaftsarbeit, auch keine sozialistische Demokratie praktizieren.“

Mit diesen Auskünften und Aufschlüssen packe ich auch hier meinen Nebelsiek und meine Zitate zusammen und trolle mich . . .

Claus Friedrich

Röderberg-Verlag

6 Frankfurt, Schumannstr. 56
Prospekte — Bestellungen



Willi Perk

Die Hölle im Moor

Erste zusammenfassende Darstellung über die faschistischen Moorlager im Emsland
160 Seiten, brosch., DM 8,80

Günther Hofe

Merci Kamerad

Die zweite Front der Anti-Hitler-Koalition steht im Zentrum dieses Romans 514 Seiten, Leinen, DM 11,80

Willi Bohn

Transportkolonne Otto

Die Geschichte der „Transportkolonne Otto“, die antifaschistisches Aufklärungsmaterial nach Deutschland schleuste.
144 Seiten, brosch., DM 6,80

Karl-Heinz Jahnke

Entscheidungen-Jugend im Widerstand 1933-45

Lebensschicksale und Selbstzeugnisse jugendlicher Widerstandskämpfer. 252 Seiten, brosch., DM 13,80

Jürgen Redhardt

NS-Zeit im Spiegel des Schulbuchs

Konzeption und Fehlkonzeption für westdeutsche Schüler, dargestellt am hessischen Beispiel.
64 Seiten, brosch., DM 4,—

1971



Jahr der



Lehrlinge der BASF bringen auf einer Kundgebung ihre Forderungen zum Ausdruck: Prozenttarif für Lehrlinge, generelle Freistellung am Berufsschultag, Bezahlung der Berufsschulbücher und Erstattung der Fahrtkosten zum Betrieb.

DGB und IG Chemie: „Lehrlinge haben Streikrecht!“

Zum erstenmal: In der Chemie-Industrie streiken Lehrlinge für Prozenttarif

„Dieser Betrieb wird bestreikt!“ Dieses Schild war in den letzten Wochen an vielen Betriebstoren der chemischen Industrie zu finden. Über 400 000 Chemiarbeiter standen in den Bezirken Hessen, Westfalen, Rheinland und Nordmark (Hamburg) im Tarifkampf. Die Bosse sind durch die Kampfbereitschaft, die sich dort zeigte, schwer getroffen worden. Die schon lange vorher bestehenden Streikrichtlinien des Chemieunternehmerverbandes sind durch die vielfältigen Aktionen der Belegschaften zerrissen worden. Auch Polizeiknüppel, Gerichtsurteile, Anzeigenkampagnen und Einschüchterungsversuche konnten die Kampffront nicht aufspalten.

Um so unverständlicher ist der faule Kompromiß, den die IG-Chemieführung auf dem Höhepunkt der Streikaktionen mit den Unternehmern und der Bundesregierung einging. Für 11 Prozent hatten die Chemiarbeiter gekämpft, in Bonn einigte man sich auf 7,8 Prozent. Aus falsch verstandener Rücksichtnahme gegenüber der SPD-geführten Bundesregierung und unter dem massiven Druck der Chemiebosse hat die IG-Chemie-Führung einem Ergebnis zugestimmt, das auf starke Kritik aus den Betrieben gestoßen ist. Dieses Ergebnis kann allerhöchstens einen Ausgleicher für die seit der letzten Lohnerhöhung eingesetzten Preissteigerungen bringen – wenn überhaupt.

Trotzdem – diese Tarifbewegung war ein Erfolg. Seit nahezu fünfzig Jahren hatte es keinen solchen Kampf mehr in der Chemieindustrie gegeben. Die IG Chemie konnte während des Lohnkampfes Tausende von Neuaufnahmen verzeichnen. Und das ist der richtige weitere Weg: Auf der letzten Streikversammlung bei Merck in Darmstadt rief die Streikleitung die Kollegen auf, jetzt nicht die Organisation zu schwächen, sondern sie stärker zu machen. Unter dem Beifall der Kollegen forderten die Diskussionsredner den Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, um den Einfluß der Mitglieder auf gewerkschafts- und lohnpolitische Entscheidungen zu verstärken.

Großes Unbehagen bereitet den Unternehmern die Tatsache, daß zum ersten Male Lehrlinge in großem Umfang am Streikgeschehen teilnahmen. Das liegt zum einen an den angemessenen Forderungen, die die IG Chemie für die Lehrlinge gestellt hatte. In Westfalen forderte sie zum Beispiel 400, 460, 520 und 630 DM für das erste bis vierte Lehrjahr (ohne Altersstaffeln!). In Hessen wurden für Lehrlinge, die bei Lehrbeginn

unter 18 Jahre sind 30, 40, 45 und 50 Prozent des Facharbeiterlohns in den Lehrjahren ein- bis vier gefordert, für diejenigen, die bei Lehrbeginn über 18 sind, 40, 50, 55 und 60 Prozent. Außerdem steht die IG Chemie auf dem Standpunkt, daß Lehrlinge Streikrecht haben, und hat überall die Auszubildenden aufgefordert, am Lohnkampf teilzunehmen. Das stieß auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer. Streikende Lehrlinge? Nach dem Willen der Unternehmer sollen Lehrlinge alles lernen, was sie brauchen, um Fachidioten zu werden. Aber das Bewußtsein vom Klassenkampf, Streik, Solidarität? Nein, das geht den Herren zu weit. Da wird es ihnen ungemütlich. Und da versuchen sie alles, um die Lehrlinge vom berechtigten Kampf abzuhalten. Sie schreiben Briefe an die Lehrlinge und deren Eltern, in denen sie behaupten: „Wir möchten darauf hinweisen, daß Auszubildende sich nicht an Arbeitskämpfen beteiligen dürfen, weil dadurch die Ausbildung gefährdet ist.“ Und sie drohen: „Die Teilnahme an Arbeitskämpfen, gleich welcher Art, würde die fristlose

arbeitenden Jugend

Kündigung des Ausbildungsverhältnisses rechtfertigen.“ Das sind wörtliche Zitate aus einem Brief der Ausbildungsleitung der Farbwerke Hoechst.

Sie verbieten Jugendvertretern das Betreten des Betriebes, weil sie „Unruhe stiften“; so geschehen bei der Firma Röhm in Darmstadt. Und sie feuern sogar Lehrlinge: Bei den Chemischen Werken Hüls wurden zwei Lehrlinge fristlos entlassen. Sie hatten am Streik teilgenommen. Nach einer Woche mußten sie jedoch auf Grund des Druckes der Kollegen und aus Angst der Bosse, einen Arbeitsgerichtsprozeß zu verlieren, wieder eingestellt werden.

Etwas ganz besonderes ließen sich die Chefs bei Hoechst in Offenbach einfallen: Um die Lehrlinge vom Streik abzuhalten, wurden sie zum Kartoffelschälen abkommandiert — für die Streikbrecher, die sich mit Feldbett und Schlafsack in den Werkshallen einkasernieren ließen.

In Vorbereitung der Tarifbewegung in der Metallindustrie wird es von Anfang an darauf ankommen, solchen Einschüchterungsversuchen der Unternehmenseigenen entgegenzutreten. In einem Rechtsgutachten des DGB heißt es eindeutig: „Nach § 10 des Berufsbildungsgesetzes hat der Auszubildende (Lehrherr) dem Auszubildenden (Lehrling) eine angemessene Vergütung zu gewähren. Die Festsetzung der Vergütung erfolgt durch Einzelvertrag oder Tarifvertrag... Da die Festsetzung der Vergütung Gegenstand eines Tarifvertrages sein kann, kann zur kampfwesen Durchführung auch ein Streik in Betracht kommen. Es bestehen mithin keine Bedenken, auch ein Streikrecht für Lehrlinge anzuerkennen.“ So weit der DGB.

In dieser Tarifbewegung ist den Unternehmern ein klar geworden: Die Zeiten, als Arbeiter sich widerstandslos der Profitgier des Kapitals und seiner Regierung beugten, sind vorbei. Die Losung in einem Flugblatt der IG Chemie ist völlig richtig: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!“

Wolfgang Bartels

„Einschüchterungsversuche sind fehlgeschlagen!“

Wolfgang Bartels sprach mit Roland Zimmermann, Mitglied der Streikleitung und Jugendvertreter bei Merck/Darmstadt

Mit der roten Armbinde der Streikleitung sitzt mir Roland Zimmermann vor dem Haupttor der Firma Merck in Darmstadt gegenüber. Seit Tagen befinden sich hier die Kollegen im Arbeitskampf. In dieser Firma ist Roland Jugendvertreter. Doch jetzt ist sein Platz vor dem Betrieb — auf Streikposten.

elan: Was sind Eure Forderungen?

Zimmermann: Unsere Forderungen sehen eine prozentuale Bindung an die Facharbeiterlöhne vor. Man muß sagen, daß damit nicht nur frühere Rückstände aufgeholt werden, die Bindung soll es auch ermög-

lichen, eine Gemeinsamkeit der Lehrlinge zu den älteren Kollegen herzustellen. Das ist eine Möglichkeit, die Solidarität der beiden Gruppen zu stärken. Es hat sich auch gezeigt, daß Lehrlinge dazu bereit sind. Die Rechtsabteilung der IG Chemie vertritt ja die Auffassung, daß Lehrlinge grundsätzlich Streikrecht haben. Wir haben entsprechende Aufklärung betrieben. Bei uns im Betrieb lief es so, daß wir nicht gleich mit Vollstreik begannen, sondern mit Aktionen, die sich von 1 300 auf 4 000 steigerten und an die sich Demonstrationszüge durch die Stadt anschlossen. Ein Zug von 2 500 Kollegen ging zu den Kollegen von Röhm

Streikposten vor der Firma Merck in Darmstadt, unter ihnen Jugendvertreter Roland Zimmermann.



und Haas, einer mit über 4 000 ging quer durch die ganze Stadt. Da haben sich die Lehrlinge beteiligt. Da waren im Betrieb Gruppen, die galten als sicher für den Streik. Die sind zu anderen Gruppen gegangen und haben mit denen diskutiert und sie mit in den Streik einbezogen und sie sind zum Teil heute im Vollstreik. Einige, die kurz vor der Prüfung stehen, waren der Ansicht, man solle den Unterricht der Firma noch ausnutzen, weil die Firma erklärt hatte, der werde nicht ersetzt.

elan: Es gab auch Einschüchterungsversuche?

Zimmermann: Es sind ganz massive Einschüchterungsversuche geschehen, auch damit, daß die Firma sogenannte Notdienstausweise ausgestellt hat für Lehrlinge, auf denen stand, daß Lehrlinge nicht streiken dürfen. Wir haben die Ausweise von der IG Chemie nicht abgestempelt und auch keinen mit diesen Ausweisen passieren lassen. Dann hat man versucht, über Briefe an die Eltern, die Lehrlinge unter Druck zu setzen. Das ist bei den Kollegen, die schon Bewußtsein entwickelt haben, fehlgeschlagen, während andere Kollegen sich dadurch einschüchtern ließen. Es hing auch davon ab, wie groß die Abhängigkeit vom Elternhaus ist.

elan: Wie ist augenblicklich die Stimmung?

Zimmermann: Die Stimmung ist etwas abgeflaut, wobei ich nicht sagen kann, daß das tragend wäre, weil man mit einer einstweiligen Verfügung, die sich auf falsche eidesstattliche Erklärungen beruft, gegen uns vorging. Wir hatten ja die Tore zugemacht mit Ketten von Streikposten und Streikenden, die sich untergehakt hatten. Wo keiner durchkam, bis wir nach einer oder zwei Stunden wegen massiven Polizeieinsatzes gezwungen waren, aufzumachen. Wir können das jetzt nicht mehr, wegen einer einstweiligen Verfügung bzw. eines Vergleichs, der daraufhin getroffen wurde. Das wird aber dem Streik von seiner zahlenmäßigen Beteiligung nichts anhaben.



Arbeiterjugend kontra

RÜSTUNGSHAIE

SDAJ
POP-FEST. Sa. 3.7. Stadtpark 18" Uhr

FLOH DE KOLOGNE, D. KITNER
BLOHM & VOSS TRIBUNAL
SDAJ 38 72 22

Einen besonderen Gag ließ sich die Hamburger SDAJ einfallen: Zu ihrem Open-Air-Festival „Arbeiterjugend kontra Rüstungshaie“ verkaufte sie dieses Plakat (Originalgröße 81 x 26 cm) als Eintrittskarte. Vor 4500 Zuschauern traten Floh de Cologne, die Hamburger Liederma-

cher, Peter Schütt und eine Beat-Band auf. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Tribunal gegen den Rüstungskonzern Blohm & Voss. (Siehe auch kleine Rote Reihe Nr. 9: „Blohm & Voss: Geschichte einer Werft – Beispiel eines Rüstungsbetriebes“).

„Wir befinden uns zur Zeit im Streik“

elan-Redakteur Wolfgang Bartels sprach mit Lothar Rothenstein, Bezirkssekretär der IG Chemie Hessen, über den Tarifkampf der Chemiewerker und -lehrlinge

Es war sehr schwierig, ihn für ein Interview zu bekommen: Lothar Rothenstein, im Bezirk Hessen der IG Chemie zuständig für Jugendfragen. Die Streiks in der Chemieindustrie hatten gerade ihren Höhepunkt erreicht. In Lothars Büro im Frankfurter Gewerkschaftshaus stand noch das aufgeschlagene Campingbett, das Waschzeug war im Zimmer verstreut. Unser Gespräch wurde dauernd unterbrochen: vom Anwalt, der von den Arbeitsgerichtsprozessen berichtete, von neuen Streikmeldungen, von eingehenden Solidaritätserklärungen. Doch hier das Interview:

elan: Kollege Rothenstein, 400 000 Beschäftigte der chemischen Industrie stehen im Lohnkampf. In den Tarifbezirken Nordrhein, Westfalen, Nordmark und auch in Hessen bekräftigen die Chemiewerker ihre Forderungen mit aktiven Kampfmaßnahmen. Was fordert ihr in Hessen?

Rothenstein: Die Forderungen in Hessen sind für alle Arbeitnehmer 120 DM, das heißt also eine lineare Lohnerhöhung. Die IG Chemie ist der Auffassung, daß es jetzt besonders darauf ankommt, daß alle Arbeitnehmer eine gleichmäßige Lohnerhöhung erhalten. Darüber hinaus fordern wir die Absicherung der Jahresabschlußleistung, der sogenannten Weihnachtsgratifikation, im Tarifvertrag. Wir wollen den Zustand beseitigen, daß dieses Geld immer so als Gnadengeschenk zu Weihnachten gewährt wird. Wir wollen erreichen, daß darauf ein Rechtsanspruch besteht. Für die Lehrlinge fordern wir die Angleichung prozentual an den Facharbeiterlohn: bei Beginn der Lehre vor dem 18. Lebensjahr 40, 45 und 50 Prozent (im ersten bis vierten Lehrjahr), bei Beginn der Lehre nach dem 18. Lebensjahr 40, 50, 55 und 60 % des Facharbeiterlohns. Interessant ist an dieser Stelle, daß im Jahre 1948

die Ausbildungsvergütung für Lehrlinge schon einmal ähnliche Prozentsätze des Facharbeiterlohns aufzuweisen hatte und dieses Verhältnis im Laufe der Jahre immer schlechter geworden ist.

elan: Ist das der Grund, warum zum ersten Mal in großen Umfang auch Lehrlinge an den Kampfmaßnahmen teilnehmen?

Rothenstein: Wir haben unseren Lehrlingen in der chemischen Industrie immer wieder gesagt, daß sie sich an Kampfmaßnahmen beteiligen sollen. Das ist in einem bestimmten Umfang auch geschehen. Beispielsweise befinden sich bei der Firma Merck in Darmstadt Lehrlinge im Arbeitskampf.

Auch bei der Firma Röhm in Darmstadt haben Lehrlinge an betrieblichen Kampfmaßnahmen teilgenommen. Das führte dazu, daß der Betriebsjugendvertreter von der Werksleitung für die Dauer des Arbeitskampfes aus dem Betrieb ausgesperrt wurde. Man zahlt ihm zwar seine Vergütung weiter, aber man hat ihm das Betreten des Betriebes verboten – offensichtlich, weil man verhindern will, daß bei Röhm die Lehrlinge neben ihren fachlichen Dingen, die sie da mehr oder weniger lernen, auf keinen Fall lernen sollen, sich an Kampfmaßnahmen zu beteiligen. Das zeigt also, wie die Unternehmer darauf reagiert haben.

In anderen Betrieben kam es dazu, daß die Unternehmer den Lehrlingen Briefe geschickt haben, in denen sie androhten, daß die Lehrlinge bei Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen fristlos entlassen würden.

Es steht eindeutig fest, obwohl es dazu noch keine Rechtsprechung gibt, daß Lehrlinge einen Arbeitsvertrag haben wie erwachsene Arbeitnehmer auch. Da wir die Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge an den Tarifvertrag verankern, ist in besonderem Maße die Streikfähigkeit und auch die Streiknotwendigkeit für Lehrlinge gegeben. Wenn die Unternehmer nun mit Druckmitteln arbeiten, zeigen sie, welche Absichten bei ihnen mit der Lehrlingsausbildung verbunden sind. Sie wollen die Lehrlinge zum Gehorchen im Betrieb erziehen, und das mit allen Mitteln. Sie wollen ihnen jede Möglichkeit nehmen, als eigene Gruppe ihre Interessen nachhaltig vertreten zu können.

elan: In einem Schreiben der Farbwerke Hoechst an die Lehrlinge heißt es: „Lassen Sie sich bitte durch die Behauptung der IG Chemie nicht verunsichern. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Gewerkschaft Rechtsschutz anbietet und den Prozeß hinterher verliert. Der IG Chemie tut ein solches Angebot nicht weh, denn sie ist nicht die Leidtragende, wenn es später schief geht.“

Rothenstein: Diese Bemerkung in dem Rundschreiben finde ich besonders infam, weil es bei den Farbwerken einen Prozeß mit dem Lehrling Breul gab. Er war fristlos entlassen worden, weil er angeblich bei einem Mädchen im Mädchenwohnheim übernachtet hat. Das hat damals zu einigem Aufruhr in den Lehrlingswohnheimen der Farbwerke geführt. Dieser Prozeß ist von der Gewerkschaft nicht verloren worden, sondern in der zweiten Instanz mit einem Vergleich beendet worden, weil Peter Breul kein Interesse mehr daran hatte, sein Lehrverhältnis bei Hoechst fortzusetzen.

elan: In ihrem jugendtarifpolitischen Programm des letzten Jahres formulierte die IG Chemie die Forderung nach dem Prozenttarif für Lehrlinge. Mit welcher Resonanz wird jetzt diese Forderung in der Tarifaufeinandersetzung von den Lehrlingen aufgenommen?

Rothenstein: Die Forderung, die wir im Bezirk Hessen aufgestellt haben, ist mit den Gremien der Jugend in den Verwaltungsstellen, mit den Jugendausschüssen diskutiert worden. Wir haben uns angelehnt an das jugendtarifpolitische Programm, das der Jugendhauptausschuß und auch der Hauptvorstand unserer Organisation verabschiedet haben. Wir halten es einfach für konsequent, daß nach der Verabschiedung eines solchen Programms auch entsprechende Forderungen formuliert wurden.

elan: Welche Mitwirkungsmöglichkeiten haben die Jugendlichen in der Tarifkommission und in den anderen Gremien der tariflichen Auseinandersetzung?

Rothenstein: Im Bezirk Hessen – und von da aus ist es auch in der ganzen Bundesrepublik so gemacht worden – hat die Jugend in allen Tarifkommissionen stimmberechtigte Vertreter. Die Jugendlichen haben so die Möglichkeit, in den Tarifkommissionen ihre Forderungen und ihre Vorstellungen vorzutragen. Die Vertreter der Jugend sind auch an den Verhandlungen mit den Unternehmern beteiligt. Während der Tarifverhandlungen sitzen diese Kolleginnen und Kollegen also nicht im stillen Kämmerlein und warten ab, sondern sie gehen mit in die Verhandlungen hinein. Sie haben dort die Möglichkeit, den Unternehmern ihre Meinung zu ihren Forderungen zu sagen.

Der geschriebene Brief des Monats

„Einkaufen für Lehrlinge? – Das gehört doch längst der Vergangenheit an!“ So brüsten sich immer wieder Unternehmer, die „modern“ und „aufgeschlossen“ die berechtigte Kritik der Lehrlinge an ihrer Berufsausbildung abwehren wollen.

Dieser Aushang der Firma Buck & Sohn in Hamburg beweist, daß dort die Lehrlinge als Proviantlieferanten regelrecht eingeplant sind:

Aushang

Ab 1.4. besuchen alle unsere Auszubildenden (Lehrlinge) in jeder Woche am Dienstag die Gewerbeschule, infolgedessen entfällt an diesem Tag das Einholen.

Bitten merken Sie entsprechend vor.

L. Buck & Sohn KG
Hamburg, den 5. April 1971

Goldenes Vorhängeschloß für CWH

Erst zwei Lehrlinge gefeuert, dann die Jugend verunglimpft



Der Vorstandsvorsitzende der Chemischen Werke Hüls (CWH), Prof. Dr. Franz Broich, hat drastisch gezeigt, was hierzulande Konzernherrenart ist. Erst werden zwei Lehrlinge gefeuert, weil sie für höhere Ausbildungsvergütungen streikten. Eine Woche darauf glaubt dieser Konzernprofessor, die „immer mehr um sich greifende Ablehnung des Leistungsprinzips“ bei der Jugend kritisieren zu müssen.

Was erwartet denn dieser Herr Broich? Soll die Arbeitshetze für seine Gewinne noch mehr gesteigert werden? Zwei Lehrlinge sind gefeuert worden, weil sie ihre Mini-Ausbildungsvergütungen satt hatten, weil sie ein

„Leistungsprinzip“, das nur die eine Seite bindet, ablehnen, weil sie Wertvolles für ihre Klasse geleistet haben, nämlich gelernt haben zu streiken.

Die IG Chemie erklärte sich sofort bereit, für die beiden Lehrlinge auf Wiedereinstellung zu klagen. Und siehe da: Alle Behauptungen der Chemiebosse, Lehrlinge hätten kein Streikrecht, waren vergessen. Sich das Streikrecht für Lehrlinge auch noch gerichtlich bestätigen zu lassen, das war ihnen zu riskant. Die beiden Lehrlinge mußten wieder eingestellt werden.

An eins wird sich Prof. Broich gewöhnen müssen. Er hat es selbst formuliert: „Menschen, die noch nichts für einen Beruf gelernt haben, maßen sich an, über ihre Ausbildung und Ausbilder zu bestimmen und zu urteilen.“ Noch hat der CWH-Boß gut reden. Immerhin gehört er zu jenen, die noch nie an einer Maschine gestanden haben und sich anmaßen, den Arbeitern und Lehrlingen die Höhe der Entlohnung und die Arbeitsbedingungen zu diktieren. Noch . . . Ja, noch ist nicht aller Tage Abend.

Fürs erste verleiht die Redaktion elan Herrn Prof. Dr. Franz Broich ein weiteres Goldenes Vorhängeschloß. Er hat es sich redlich verdient.



Wie aus gut unterrichteten Kreisen zu erfahren ist, erscheint die 3. Ausgabe des elan-express am 25.8.1971. Die ersten beiden Ausgaben gingen weg wie . . . (na, wer kennt nicht diese Redensart). Deshalb sollte sich jeder Interessent sein Kontingent elan-express schon jetzt sichern. Preis wieder DM –,10

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10



Hiermit bestelle ich . . .
Exemplare elan-express Nr. 3

Name:

Wohnort:

Straße:

Unterschrift:

»Dem

Karl Liebknecht haben wir's geschworen!«

Am 13. August 1971: Hundertster Geburtstag von Karl Liebknecht. Der Historiker Dr. Horst Pietschmann aus der DDR, Experte auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiter-

jugendbewegung, schrieb exklusiv für elan den Bericht über den Begründer der selbständigen Arbeiterjugendbewegung und Lehrer des antimilitaristischen Kampfes in Deutschland.

Acht Schritte hin, acht zurück. Ruhelos ging Karl Liebknecht an jenem Aprilabend des Jahres 1918 in seiner Zelle im Zuchthaus Luckau auf und ab. Zwei Jahre befand er sich nun schon hinter Kerkermauern. Am 1. Mai 1916 war er während der von der Spartakusgruppe organisierten Antikriegskundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin verhaftet worden. Die herrschende Klasse wollte ihn, der zusammen mit Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Clara Zetkin und anderen Genossen die größte Gruppe der revolutionären Antikriegsbewegung in Deutschland leitete, mundtot machen.

Von der Familie, den Freunden und Genossen getrennt, den harten Regeln des Zuchthauslebens unterworfen, war seine Energie dennoch ungebrochen. Nein, er blieb nicht tatenlos, er ließ sich nicht von der revolutionären Bewegung trennen, wie es seine Richter beabsichtigt hatten. Täglich weilten seine Gedanken bei den gegen den imperialistischen Krieg kämpfenden Genossen. In zahlreichen Aufzeichnungen hielt er seine Überlegungen zum politischen und militärischen Tagesgeschehen fest. Durch Kassiber, die ihm seine Frau Sophie bei den vierteljährlichen Besuchen übermitteln konnte, und durch versteckte Mitteilungen in Briefen wurde er einigermaßen über den Kampf der Spartakusgruppe auf dem laufenden gehalten. Er selbst entwickelte eine wahre Meisterschaft, um seine Kerkerwächter zu überlisten und Nachrichten, Hinweise, Empfehlungen, Entwürfe von Aufrufen und Flugblättern für die Kampfgefährten aus dem Zuchthaus zu schmuggeln.

Karl Liebknechts Angriffe richteten sich gegen die Urheber des Krieges, den Imperialismus und Militarismus. Voller Zorn und Verachtung prangerte er aber gleichzeitig die rechten Führer der sozialdemo-



kratischen Partei und der Gewerkschaften an, da sie sich bei Kriegsausbruch mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Verkündung des sogenannten Burgfriedens offen vom Klassenkampf gegen die bestehende Ordnung losgesagt und der imperialistischen Kriegspolitik untergeordnet hatten. In Deutschland, das war seitdem offensichtlich, gab es keine marxistische Partei mehr. Karl Liebknechts Überlegungen galten deshalb immer wieder der Frage, wie eine organisatorische Sammlung aller revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse möglich sei. Zu ihnen zählte er auch die Jugend des Proletariats.

„Die Jugend gewinnen!“

Nachdenklich überflog Karl Liebknecht bei seiner Zellenwanderung noch einmal die Notizen, die er an diesem Abend niedergeschrieben hatte: „*Jugend! Jugend! Jetzt und in Zukunft nicht alles tun, die Jugend für uns, für die Internationale, zu gewinnen, sie unlöslich in sie hineinzuschmelzen, wäre ein verhängnisvoller Fehler, der die Zukunft unserer Bewegung in Frage stellen kann. Die Jugend den Regierungssozialisten und ihrem korrumpierenden, verrötenden Einfluß überlassen wäre schlimmer als der Verlust der parlamentarischen Mandate. Die Jugendfrage ist für uns eine Lebensfrage, ja, die Lebensfrage.*“ 1)

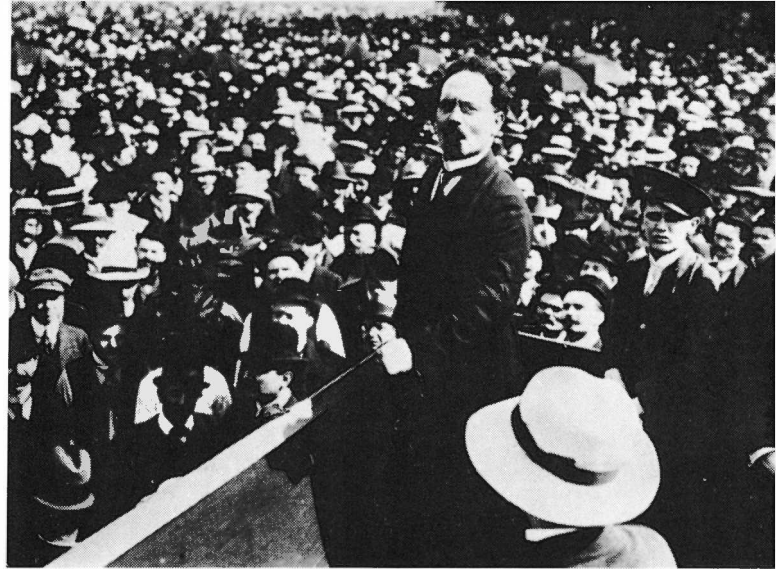
Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, als der Kapitalismus endgültig in sein imperialistisches Stadium eingetreten war und damit das Zeitalter des Heranreifens der proletarischen Revolution begann, stand die internationale Arbeiterbewegung vor der Aufgabe, alle Fragen des Klassenkampfes entsprechend den erhöhten Erfordernissen der neuen Epoche neu zu durchdenken und ihre Strategie und Taktik weiterzuentwickeln.

Als eine der neuen Aufgaben sahen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin die Notwendigkeit des Ringens um die Jugend für den Kampf der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Vorbereitung der Kräfte zum Sturz der Ausbeuterordnung. Sie erarbeiteten die Grundzüge einer revolutionären Jugendpolitik der Arbeiterklasse und trugen damit wesentlich zur Bereicherung des Marxismus unter den neuen Kampfbedingungen bei. Unermüdlich setzten sie sich auf Parteitag, Kongressen der II. Internationale, in der Presse und auf Versammlungen dafür ein, daß sich die sozialdemokratische Partei zielstrebig der sozialistischen Jugenderziehung zuwendet.

Gegen den Militarismus

Der Militarismus war das wichtigste Instrument der imperialistischen Großbourgeoisie und der Junker, um ihre Klassenherrschaft gegen die Werktätigen zu sichern und um ihre aggressive Weltmachtspolitik durchsetzen zu können. Am wirkungsvoll-

1911:
Karl Liebknecht spricht auf einer Kundgebung vor Arbeitern in Berlin-Treptow



sten konnte die Arbeiterklasse der Kriegspolitik entgegentreten, indem sie die Militarisierung bekämpfte. Der proletarische Antimilitarismus entsprang aber nicht nur den Bedürfnissen des Friedenskampfes, er ergab sich auch aus dem Streben nach der sozialen Befreiung. Auf wen würden sich die Ausbeuter hauptsächlich stützen, wenn die Arbeiterklasse im Bunde mit den anderen Werktätigen in der sozialistischen Revolution ihre Unterdrücker beseitigen will? Natürlich auf die bewaffnete Macht des Militarismus. Antimilitaristischer Kampf bedeutete in erster Linie die Jugend so zu erziehen, daß sie sich auch in der Uniform der imperialistischen Armee nicht gegen das Volk mißbrauchen ließ, daß das Militär als Machtinstrument der Ausbeuter immer unbrauchbarer wird. „*Wer die Jugend hat, der hat die Armee*“, schrieb Karl Liebknecht 1907 in seinem Werk „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“. 2)

Dieses Buch ist auch heute noch von höchst aktuellem Wert, nicht zuletzt für die Jugend der Bundesrepublik. In ihm enthüllte Karl Liebknecht das Wesen des Militarismus als Erscheinung, die tief in der in feindliche Klassen gegliederten Gesellschaft wurzelt. Eingehend untersuchte er die inneren und äußeren Funktionen des Militarismus unter den Bedingungen des Imperialismus. Mit umfangreichen konkreten Fakten wies er nach, daß der Militarismus ein weit verzweigtes System ist, das alle Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens im Imperialismus durchdringt.

Das Buch zeigte aber auch, daß der Militarismus eine internationale Erscheinung ist, daß er zwangsläufig in allen imperialistischen Ländern besteht. Militarismus gab und gibt es nicht nur in offensichtlich reaktionären Staaten, wie damals im kaiserlichen Deutschland oder dem zaristischen Rußland. Auch in den halb- oder ganzrepublikanischen Staaten, so schrieb Karl Liebknecht, wie z.B. in Belgien, Frankreich, der Schweiz oder den USA, wucherte der Militarismus und wurde im Interesse

des Unternehmertums gegen die Werktätigen eingesetzt. Karl Liebknecht hielt diese Tatsache „*für die historische Wertung der republikanischen Staatsform unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise*“ von größter Wichtigkeit. 3) Das trifft für die Bundesrepublik heute ebenso zu wie die Feststellung, daß der Militarismus werde „*zum gefährlichen Hemmschuh, oft zum Totengräber selbst desjenigen kulturellen Fortschritts, der an und für sich im Interesse auch der heutigen Gesellschaftsordnung läge.*“ 4) Schule, Kunst und Wissenschaft, Gesundheits- und Verkehrswesen, würden stiefmütterlich behandelt angesichts der Gefährlichkeit des Molochs Militarismus. Karl Liebknecht begründete die Notwendigkeit einer speziellen antimilitaristischen Propaganda seitens der sozialdemokratischen Parteien. Sie mußte sich vor allem an die Arbeiterjugend wenden, um sie mit Klassenbewußtsein und Haß gegen den Militarismus zu erfüllen. Als Hauptträger der revolutionären antimilitaristischen Jugenderziehung bezeichnete Karl Liebknecht die proletarische Jugendorganisationen.

Arbeiterjugendverbände entstehen

In Deutschland waren seit 1904 Arbeiterjugendvereine gebildet worden, allerdings ohne Hilfe der zentralen Instanzen der Sozialdemokratie. Sie setzten sich die Verteidigung der wirtschaftlichen Tagesinteressen der jungen Arbeiter und die sozialistische Bildung ihrer Mitglieder zum Ziel. Karl Liebknecht und andere revolutionäre Sozialdemokraten wiesen den Arbeiterjugendorganisationen den Weg des antimilitaristischen Kampfes und standen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Besonders Karl Liebknecht wurde zum Vorkämpfer der deutschen und internationalen Arbeiterjugendbewegung.

Karl Liebknecht und die anderen Linken fanden aber mit ihren Auffassungen zu den Fragen der Jugendarbeit in der Partei nicht den erforderlichen Widerhall. In der deutschen Sozialdemokratie breiteten sich immer mehr die opportunistischen Kräfte aus, die auch zu den Problemen der Ju-



**25.12.1918:
30.000 Arbeiter
protestieren
gegen einen konter-
revolutionären
Putschversuch
am Vortage.
Karl Liebknecht
warnt vor der
Illusion, daß der
am Vortage
geschlagene Gegner
entmachtet sei.**

genderziehung, kleinbürgerlich-reformistische Ansichten verfochten. Klassenkampf und Politik sei nichts für die Jugend, hieß es, dazu habe sie noch nicht die nötige Reife. Unverhohlen traten vor allem die Revisionisten gegen die Bestrebungen auf, die Jugend revolutionär zu erziehen und in selbständigen Organisationen zusammenzufassen. Die bereits bestehenden proletarischen Jugendorganisationen seien ein „*verfehltes Unternehmen*“; die Lehrlinge sollten sich lieber ein Stück Wurst kaufen, statt Mitgliedsbeitrag zu entrichten; die von den Jugendvereinen geleistete Tätigkeit zum Jugendschutz trage den Stempel der Unfähigkeit und der antimilitaristische Kampf der Jugend wäre „*politische Romantik*“ und „*Phantasterei*“.

Als Karl Liebknecht 1907 wegen seiner Schrift „*Militarismus und Antimilitarismus*“ von der Reaktion zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt worden war, erklärte der Revisionist Heine: „*Sich heutzutage den Kopf darüber zu zerbrechen, ob und wie sozialdemokratische Soldaten es verhindern könnten, daß vorkommendenfalls das Heer auf das Volk gehetzt würde, ist völlig überflüssig und unfruchtbar.*“ 5) Die Revisionisten forderten die Auflösung der Arbeiterjugendorganisationen. Damit kamen sie den Wünschen der kaiserlichen Regierung entgegen, die von Anbeginn die Arbeiterjugendbewegung zu unterdrücken suchte.

Politik für die Jugend verboten!

1908 verboten die herrschenden Klassen jede politische Betätigung Jugendlicher bis zum 18. Lebensjahr. Dieser Schlag war eindeutig gegen die sozialistische Jugend gerichtet, denn in bürgerlichen Jugendvereinen und staatlichen Jugendpflegeeinrichtungen erfolgte weiterhin eine intensive „patriotische“ Erziehung. Karl Liebknecht und andere Linke unterstützten die Arbeiterjugendbewegung gegen die Angriffe der Reaktion und der Opportunisten. Das Verbot der politischen Arbeit sollte pariert werden, indem sich der Verband der Arbeiterjugend Deutschlands offiziell ein

unpolitisches Gepräge gibt, tatsächlich aber weiterhin revolutionäre Erziehungsarbeit leistet. Mit Hilfe der Partei wäre das durchaus möglich gewesen. Unbedingt müsse die selbständige Arbeiterjugendorganisation erhalten bleiben, erklärte Karl Liebknecht. In der organisatorischen Selbständigkeit, dem Selbstbestimmungs- und Entscheidungsrecht sah er unentbehrliche Mittel der Erziehung Jugendlicher zu selbständigem, verantwortungsbewußtem Denken und Handeln.

Doch die Opportunisten setzten die Auflösung der 1908 aus der Vereinigung der verschiedenen Jugendgruppen entstande-

**Einer aber
In Deutschland
Stand
Aufrecht
Inmitten des Weltmordens:
Liebknecht.**

**Es war ein erlösender Schrei,
Als er sprach:
„Ich bewillige die Kriegskredite –
nicht!“**

Johannes R. Becher

nen zentralen deutschen Arbeiterjugendorganisation durch. Unter dem Vorsitz von Friedrich Ebert wurde eine Zentralstelle für die arbeitenden Jugend gebildet, die örtliche Jugendkommissionen anleiten sollte. In den Mittelpunkt ihrer Veranstaltungen rückte immer stärker ein unpolitischer Geselligkeitsbetrieb, rückten Spiele, Sport und Wandern. Sie waren nicht mehr Bestandteil und Ergänzung revolutionärer Arbeit, sondern wurden Selbstzweck. Nur in den Orten, in denen die Linken Einfluß ausübten, erfolgte auch weiterhin eine revolutionäre Erziehung der jungen Arbeiter. „*Das Schicksal der Jugend des Proletariats ist nicht Schlaf und Träumerei*“, erklärte Karl Liebknecht 1911, „*sondern ein Kampf, der dieser Jugend durch die Gesellschaftsordnung... unausgesetzt aufge-*

drängt wird. Das Geschlecht des Proletariats ist zum Kampf geboren, Kampf ist sein Schicksal, und es muß zum Kampf erzogen werden.“ 6)

Der Gegensatz zwischen revolutionärer und opportunistischer Jugendpolitik trat besonders im ersten Weltkrieg zutage. Auch in der Jugendfrage leisteten die opportunistischen Kräfte den herrschenden Klassen Handlangerdienste. Die Arbeiterjugend, zum Kampf für ihre Klasseninteressen angeblich noch nicht reif, wurde nun von der Ebertschen Zentralstelle zur „*Verteidigung des Vaterlandes*“ aufgerufen. Sie predigte den „*Willen zur Tapferkeit*“ und glorifizierte das „*Heldentum*“ auf den Schlachtfeldern des imperialistischen Krieges.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Gegen diesen Verrat am proletarischen Internationalismus und den Zielen der Arbeiterbewegung wuchs in den Reihen der sozialistischen Jugend die Opposition. Die oppositionelle Arbeiterjugend folgte den deutschen Linken, denen Karl Liebknecht mit seinen Losungen „*Der Hauptfeind steht im eigenen Land*“ und „*Burgkrieg, nicht Burgfriede!*“ die Grundorientierung revolutionären Handelns gab. Nachdrücklich forderte Karl Liebknecht, die proletarische Jugend in alle Aktionen gegen den Krieg einzubeziehen und den Bruch mit der opportunistischen Zentralstelle zu vollziehen. Im April 1916, eine Woche vor seiner Verhaftung, fuhr er trotz Verbot nach Jena und sprach zu den Delegierten der illegalen Reichskonferenz der oppositionellen Jugend. In der von ihm vorgeschlagenen Resolution bekannten sich die Konferenzteilnehmer zu der Aufgabe, „*allen Kräften und Mitteln den Krieg bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.*“ 7) Scharfe Abgrenzung gegen alle opportunistischen Neigungen sei dringend geboten, hieß es weiterhin. Die Jenaer Konferenz beschloß den Eintritt in die 1907 unter maßgeblichem Einfluß Karl Liebknechts gegründete und 1915 reorganisierte sozialistische Jugendinternationale. Zu der gleichfalls vorgesehene organisiatorischen Zusammenfassung der oppositionellen Jugend in einem zentralen Verband kam es aber wegen der brutalen Verfolgungen durch die Polizei- und Militärbehörden noch nicht. Das geschah erst am Vorabend der Novemberrevolution.

Unter dem Einfluß des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der verheerenden Kriegsfolgen hatten sich die Klassengegensätze in Deutschland 1918 aufs äußerste verschärft. Das imperialistische System geriet in eine tiefe Krise. Die Massen wollten Frieden, der Haß gegen die Kriegsverlängerer wuchs zusehends. Um der drohenden Revolution zu entgehen,



25.1.1919:
Der am 15.1.1919
ermordete
Karl Liebknecht
wird unter
großer Anteilnahme
der Bevölkerung
beigesetzt.

Zum 100. Geburtstag Karl Liebknechts erscheinen:

Karl Liebknecht-Rekrutenabschied
Militarismus und Antimilitarismus



Karl Liebknecht:

„Militarismus und Antimilitarismus
unter besonderer Berücksichtigung der
internationalen Jugendbewegung“

„Rekrutenabschied“

ca. 250 Seiten, Preis ca. 5,80 DM

**BARRAS
REPORT**

Tagebuch einer Dienstzeit
von Reinhard Junge



Reinhard Junge:

„Barras-Report – Tagebuch einer
Dienstzeit“

Mit einem Vorwort von Richard
Scheringer und ausführlichem Bild-
und Dokumentarteil
ca. 180 Seiten, Preis ca. 5,80 DM

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

lockten die Gewalthaber etwas die Zügel
und inszenierten im Oktober 1918 eine
Demokratisierung der politischen Verhält-
nisse.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurde Karl
Liebknecht am 23. Oktober aus dem
Zuchthaus entlassen. Ohne sich auch nur
einen Tag Ruhe zu gönnen, stürzte er sich
wieder in den politischen Kampf, galt es
doch, alle Kräfte für die bevorstehende
Revolution zu rüsten. Als er hörte, daß am
26./27. Oktober in Berlin eine Reichskon-
ferenz der revolutionären Jugend stattfin-
den würde, auf der eine gesamtdeutsche
proletarische Jugendorganisation gebildet
werden sollte, gab es für ihn kein Zögern.
Begeistert empfingen die Jugenddelegierten
ihren Karl Liebknecht, der dann zu ihnen
über die Aufgaben in der heranreifenden
Revolution sprach und sie „mit seinem
glühenden Eifer und seiner Willenskraft
beseelte.“ 8)

„...um ihren Liebknecht versam-
melt!“

Mit der Freien Sozialistischen Jugend, so
nannte sich die neue Organisation, war der
Grundstein für einen kommunistischen
Jugendverband in Deutschland gelegt wor-
den. Von der revolutionären Gesinnung der
jungen Arbeiter zeugt das Telegramm, das
sie an die sowjetischen Genossen sandten:
„Die deutsche Jugend, die in Berlin um
ihren Liebknecht versammelt ist, grüßt die
russischen Genossen und erklärt, daß sie
bereit ist, ihrem ruhmreichen Beispiel zu
folgen.“ 9)

Eine Woche später brach in Deutschland
die Revolution aus. Opferfreudig stritten
die Mädchen und Jungen der FSJ in den
vordersten Reihen der Erhebung. Doch
ihre Hoffnung, daß es nun auch in
Deutschland gelingen möge, den Weg zu
einem wahrhaft menschenwürdigen Leben
der Arbeiterjugend freizulegen, erfüllte sich
nicht. Gestützt auf die rechten Führer der
Sozialdemokratie vermochten sich die
Großkapitalisten, Junker und Militaristen
der gerechten Strafe zu entziehen und die
Revolution niederzuschlagen.

Den Massen fehlte die Führung durch eine
revolutionäre, kampferprobte, fest in den
Massen verwurzelte Partei, der Spartakus-
bund konnte sie nicht ersetzen. Doch im
Feuer der Novemberrevolution schlossen
sich die Spartakusgenossen mit anderen
linken Kräften zur KPD zusammen. Damit
entstand jene Waffe, der die Arbeiterklasse
und ihre Jugend vor allem zum Kampf
gegen die Reaktion bedurfte, die sie zum
Sieg führen konnte. Karl Liebknecht, neben
Rosa Luxemburg der anerkannte Führer
der KPD, setzte auch jetzt seine Hoffnun-
gen besonders in die Jugend. Am Neujahrs-
abend 1919 äußerte er in einem Gespräch:
„Macht nichts, wir werden schon fertig.
Die Sozialdemokraten sind stärker als wir,
aber sie sind alt. Mit uns geht die Jugend.
Sie ist beweglich, leidenschaftlich.“ 10)

Karl Liebknechts kampferfülltes Leben war
der Arbeiterklasse und besonders ihrer
jungen Generation gewidmet. Wenn wir
seinen 100. Geburtstag begehen, so gelten
noch immer die Worte aus dem Nachruf
der FSJ 11) für ihren von der Konterrevolu-
tion gemordeten Freund und Lehrer:
„Du, Jugend, hast Liebknecht immer am
besten verstanden! Willst Du ihn ehren?
Gehe seinen Weg mit derselben eisernen
Entschlossenheit, mit derselben siegessiche-
ren Kühnheit!“

Quellen

1) Karl Liebknecht: Gesammelte Reden
und Schriften, Bd. IX, Berlin 1968,
S. 496/497; 2) Ebenda, Bd. I, Berlin 1958,
S. 456; 3) Ebenda, S. 329; 4) Ebenda,
S. 323; 5) Sozialistische Monatshefte,
11. Heft, November 1907,
S. 918; 6) Karl Liebknecht: a.a.O.,
Bd. V, Berlin 1963, S. 213/214; 7) Doku-
mente und Materialien zur Geschichte der
deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II,
Bd. 1, Berlin 1958, S. 363; 8) Die junge
Garde (Berlin), 19. Februar 1919; 9) Zit.
nach: W kolze frontow, Sbornik doku-
mentow, Moskau 1963, S. 33 (russ.);
10) Zit. nach: Archiv für Sozialgeschich-
te II, Basel 1962, S. 134/135; 11) Die
junge Garde (Berlin), 29. Januar 1919)

Vitus Wagner: „Vom Betrieb her werde ich wahrscheinlich nicht leben können.“



Annegret Hegerfeld: „Die Eltern haben den Hof und damit auch den Geldbeutel.“



Maria Hecht: „Bisher noch nie Urlaub gehabt.“



Friedrich Fröhlin: „Ich geb' unserm Betrieb noch eine Chance bis ich 27 bin.“



elan Landjugend-Report:

Landjugend ohne Chancen?

Es hätte ein Pop-Festival sein können. Alles war zu sehen unter den jungen Leuten hier im Schloß: Mini, Maxi, Hot-Pants und Jünglinge mit Bärten — über und unter der Lippe. Diese jungen Leute waren aus der ganzen Bundesrepublik zusammengekommen, genauer gesagt: aus den Dörfern der ganzen Bundesrepublik. Sie waren zum Deutschen Landjugendtag 1971 nach Kiel gekommen, veranstaltet vom Bund Deutscher Landjugend. Und hier kamen all die Probleme zur Sprache, die junge Leute heute auf dem Land bewegen.

Landjugend ohne Chance. Diesen Slogan hört man oft. Stimmt er? Zu diesem Landjugendtag waren auch die Sieger im Berufswettkampf der Deutschen Landjugend gekommen. Tags zuvor waren sie ausgezeichnet worden. Einige von ihnen angelten wir uns aus dem bunten Haufen der jungen Leute. Von ihnen bekamen wir Antworten auf unsere Fragen.

„Unser Hof hat zwölf Hektar Land und acht Hektar forstwirtschaftliche Nutzfläche. Den werde ich später übernehmen. Rein vom Betrieb her werde ich wahrscheinlich nicht leben können. Aber vielleicht wird sich der Hof durch Zuerwerb halten können. Vielleicht gibt es da irgendeine Möglichkeit. Ich bin da ganz positiv eingestellt. Die große Gefahr bei uns ist, daß man als Hilfsarbeiter in die Fabrik muß. Wir haben praktisch nur Volksschule.“

Vitus Wagner, der diese bitteren Worte spricht, ist gerade 19 Jahre alt. Der Hof, den er einmal erben soll, ist in Höselbach in Bayern. Der begabte Landwirt, erster Punktesieger in Leistungsgruppe 2 der Sparte Landwirtschaft, weiß heute noch nicht, ob seine Ausbildung nicht umsonst war.

Wie ihm geht es vielen. Immer mehr kleine Höfe geraten unter den Hammer des Auktors. Immer öfter heißt es in den Zeitungsanzeigen: „... versteigere ich im freiwilligen Auftrage des Landwirtes... öffentlich meistbietend auf dessen Hofe sämtliches lebendes und totes Inventar...“

700 000 Bauern haben bereits ihre Existenz verloren. Von den noch verbliebenen Betrieben wurden zwei Drittel Zuerwerbs- und Nebenerwerbswirtschaften. (Das sind Betriebe, deren Besitzer gezwungen sind, zusätzlich in der Fabrik zu arbeiten.) Von der Agrarpolitik der Bundesregierung und der EWG werden nur einigen kapitalistischen Agrarunternehmern Existenzrechte eingeräumt. Zwei Drittel der bäuerlichen Betriebe sollen verschwinden. 1,4 Millionen Arbeitskräfte sollen ihren landwirtschaftlichen Beruf aufgeben – die Industrie braucht billige Arbeitskräfte.

Friedrich Fröhlin, 19 Jahre alt, aus Buchingen/Südbaden, in der gleichen Gruppe wie Vitus Vierter geworden: „Ich hab mir fest vorgenommen, nie in eine Fabrik ans Fließband zu gehen. Ich geb unserm Betrieb noch eine Chance bis ich 27 bin. Dann muß ich, daß ich umschulen muß.“

Doch kann er einfach umschulen? Sind dazu die Möglichkeiten gegeben? In seiner Stellungnahme zur Berufsbildung kommt der Bund der Deutschen Landjugend zu dem Ergebnis: „Noch verbleiben mindestens 30 Prozent der männlichen Jugendlichen auf dem Lande und mindestens 60 Prozent der weiblichen Jugendlichen im Hilfsarbeiterstatus.“

Auch einige Ursachen werden genannt: „Keine vorschulischen pädagogischen Einrichtungen (Kindergärten), nicht genügend gegliederte Schulen, unzureichendes Angebot an weiterführenden Schulen und mangelnde Durchlässigkeit von einer zur anderen Schulart.“ Und weiter: „Selbst diejenigen, die eine ordnungsgemäße Ausbildung aufweisen können, haben oft nur eine unzureichende Qualifikation erlangt, da das Ausbildungssystem vorrangig den wirtschaftlichen Interessen dient. Die Auszubildenden dürfen nicht länger als billige Arbeitskräfte angesehen werden.“

Das Ergebnis? Vergleicht man den Anteil



der Kinder pro 1 000 Schüler, die in den Städten Bonn und Münster zu weiterführenden Schulen übergehen mit den entsprechenden Zahlen für die Landkreise Wittgenstein, Lüdinghausen und Schleiden, so ergibt sich, daß der Anteil von Realschülern in der Stadt doppelt so groß ist, und der der Gymnasiasten beinahe dreimal so hoch. Dementsprechend sank bei einer steigenden Studentenzahl der Anteil der Bauernkinder an den westdeutschen Hochschulen in den letzten Jahren von 4,6 auf 2,6 Prozent. Ulrich Planck kommt in einer Untersuchung zum Ergebnis: „Die geistige und fachliche Zurüstung der Landjugend kann im Blick auf die künftigen Anforderungen keineswegs als befriedigend bezeichnet werden.“ (1)

Kaum gerüstet für die Zukunft

Kaum gerüstet für die Zukunft – das ist das Bild, das die Landjugend bietet. „Nehmen wir an, Sie würden heiraten. Würden Sie dann am liebsten einen Landwirt (Jungbauern) heiraten?“ Diese Frage legte Ulrich Planck jungen Landmädchen vor. Die Antworten sind enttäuschend. Rund die Hälfte der Befragten lehnte eine Jungbauernheirat strikt ab. Bedingungslos Ja sagten nur ein Fünftel. Und auch Heiratsanzeigen wie diese im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt Westfalen-Lippe“ versprechen wenig Hoffnung: „Bauernsohn sucht Ehefrau in Grünlandbetrieb.“ Doch Friedrich Fröhlin lehnt das ohnehin ab: „Ich heirate eine Frau und keinen Hof!“

Wie sieht es mit Urlaub aus? Maria Hecht aus Warzfelden, ebenfalls in Bayern, 17 Jahre alt und erste in der Leistungsgruppe 1 (Hauswirtschaft): „Urlaub hab' ich bisher noch nie gehabt. Höchstens mal einen Ausflug, aber richtigen Urlaub noch nicht.“ Und Vitus bestätigt: „Daß man richtig Urlaub macht, ist schlecht möglich.“

Selbst bei der täglichen Freizeit müssen die jungen Leute kürzer treten als ihre Alterskollegen. In einer Untersuchung kommt der Bund der Deutschen Landjugend zu dem Ergebnis: „Selbständige, Landwirte und mithelfende Familienangehörige

müssen wöchentlich zehn Stunden mehr arbeiten als Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Schüler.“ (2)

Mehr Arbeit – und trotzdem weniger Geld. Friedrich Fröhlin rechnet: „Im Moment komm ich im Monat auf 130 DM reines Geld für mich. Und wenn ich unsere Buchführung aufschlage, wage ich nicht einmal etwas zu sagen. Mein Vater ist fünfzig Prozent erwerbsgemindert. Er arbeitet im Jahr etwa 3 000 Stunden und erwirtschaftet für sich selbst 6 000 DM. Das ist ein Stundenlohn von zwei Mark –, und wenn er die hat, dann sind wir froh.“

Mit Taschengeld Familie gründen

Mit einem Taschengeld in der Hand müssen viele Bauernkinder ihre eigene Familie gründen, so lange, bis die Eltern den Hof aufgeben. Annegret Hegerfeld, aus Niedermehnen in Westfalen, 18 Jahre, fünfte in der Leistungsgruppe 2 (Hauswirtschaft): „Einen Hof übernehmen kann man nur, wenn man ihn von den Eltern pachtet. Ich sehe nicht ein, daß ich bis zu meinem 50., 60. Lebensjahr warte und praktisch Arbeiter bin. Die Eltern haben den Hof und damit auch den Geldbeutel, sofern im Geldbeutel was drin ist. So viel Verständnis muß von beiden Seiten kommen.“

Die Schulden der Bauern haben bis 1971 eine Rekordhöhe von über 30 Milliarden DM erreicht. Das bedeutet, daß ein Drittel des bäuerlichen Besitzes gar nicht den Bauern gehört. Das entspricht ungefähr dem Verkaufswert der ganzen letztjährigen Ernte. Friedrich Fröhlin: „Ich habe vor vier Wochen zu meinem Vater gesagt, was er in den elf Jahren in den Betrieb gesteckt hat, wenn er das auf eine Bank getan hätte, dann könnte er von den Zinsen leben und an der Costa Brava ein Haus bauen. Über 200 000 Mark Schulden hat der Mann auf sich genommen. Es ist Quatsch, daß es einen Beruf gibt, der laufend in den Betrieb reinstecken muß, nur damit er weiterarbeiten kann. Nicht damit er seine Kapazität vergrößert, sondern nur damit er überhaupt leben kann, muß jeder Pfennig, den ein Landwirt heute erwirtschaftet, wieder in den Betrieb hineingesteckt werden.“ Wie Friedrich sich dabei fühlt? „Also ganz ehrlich, das ist schauderhaft. Ich fühle mich so, wenn ich an einer Sparkasse oder einer öffentlichen Kreditanstalt vorbeilaufe, dann sag ich, Mensch, die haben dein Geld und wollen noch viel mehr. Für die arbeitest du. Das ist eine sehr ungesunde Einstellung gegenüber dem Beruf.“

Wir erzählen den jungen Bauern etwas von Axel Springer. Ganz in der Nähe des Orts unseres Gesprächs hat er sich einen landwirtschaftlichen Betrieb, Schloß Schiernsee, gekauft, für siebeneinhalb Millionen DM. Dort verspricht er sich weiteren Profit aus der Bullenmast. Wir fragen Friedrich: „Springer ist doch ein Mann, der gewiß rechnen kann. Liegt es also an den mangelnden Rechenkünsten der Bauern, daß sie zubuttern?“

Friedrich zuckt mit den Schultern: „Zwischen Springer und einem Bauern ist





der große Unterschied, daß der Springer leben kann, ob er seine Landwirtschaft betreibt und seine Steuerüberschüsse umschreiben kann oder nicht. Ein Landwirt aber hat von seinem Hof zu leben, und er möchte auch ein bißchen so leben, wie es dem allgemeinen Standard entspricht.“ Springer verspricht sich also nach ein paar Jahren der großen Investitionen das große Geschäft. Dazu kann der Atem eines kleinen Bauern nicht reichen.

Und Friedrich wartet sogleich mit einem weiteren Beispiel auf: „Im Emsland wird ein Betrieb wie die ‚Agrarfleisch GmbH‘ unter Graf Schwerin aufgebaut, der 156 000 Mastschweine jährlich produzieren will. Damit wird praktisch das ganze Emsland, das von der Schweinemast lebt, lahmgelegt. Das ist eine Sauererei ersten Ranges. Wenn solche Männer nichts anderes zu tun wissen, als unbedingt kleinere Betriebe mit Gewalt zu ruinieren, dann hab’ ich keine besseren Ausdrücke. Wenn den Bauern der Atem ausgegangen ist, dann haben nämlich diese Herren den Preis in der Hand. Und dann wird es ein Luxus, ein Schnitzel zu essen.“

Überhaupt Preise: Ernst Ludwig Wenzel aus Worms-Vettersheim, 19 Jahre alt, erster in der Sparte Weinbau, kennt die Zahlen. „In den letzten Jahren haben für den Erzeuger die Weinpreise sehr abgenommen. In diesem Jahr lag der Preis für ein Fuder zwischen 600 und 800 Mark, manchmal sogar niedriger bis zu 400 Mark. Bei mindestens 1 200 DM Gestehtungskosten.“

Preis-Kosten-Schere droht

Oder ein anderes Beispiel. Die Gestehtungskosten für ein Schwein von 200 Pfund liegen bei 230 DM. Der Erzeugerpreis für ein Pfund liegt zur Zeit bei 1,10 bis 1,20 DM. Mit anderen Worten: Wenn der Bauer ein

Schwein zum Schlachthaus bringen will, muß er erst noch einen Zehnmarkschein hinten dranbinden.

Die Kosten steigen, die Erlöse sinken. Doch billiger geworden für den Verbraucher ist nichts, ganz im Gegenteil. Die Riesenprofite aus den Handelsspannen sackt sich der Großhandel ein, zum Nachteil der Bauern und Verbraucher.

Doch die Fröhlin konnten dieser Preis-Kosten-Schere vorläufig wenigstens noch im Weinbau entrinnen: „Wir sind das letzte Jahr von der Genossenschaft nicht niedriger eingestuft worden. Es gab also keine niedrigeren Auszahlungsquoten. Das liegt aber daran, daß bei uns im Gegensatz zu Ernst Ludwigs Heimat zu über 90 Prozent genossenschaftlich vermarktet wird.“

Die Genossenschaft – sie verspricht den Bauern ein gewisses Maß an Schutz. Maria Hecht: „Wir haben einen Maschinenring, eine Dorfgenossenschaft, wie wir das nennen. Zehn Bauern haben die Maschinen miteinander. Die Reparaturen und die anfallenden Kosten werden miteinander geteilt.“ Und Friedrich Fröhlin: „Maschinenmäßig bin ich unbedingt dafür, daß sich die Landwirte immer mehr zusammenschließen sollen als bisher. Wir machen es so, daß wir mit unserem Nachbarn gemeinsam das Grundfutter beziehen. Sein Schlepper, gemeinsame Feldhäcksel, unser Wagen, mal auf unserm Acker, mal auf seinem Acker. Das ist in drei Jahren noch nie verrechnet worden. Da darf nur keiner Angst haben, daß er fünf Mark drauflegt. Dann klappt es nämlich wunderbar.“

Aber Friedrich macht auch Einschränkungen: „Ich bin gegen die völlige Kooperation, weil sie nach fünf, sechs Jahren eine Gleichgültigkeit bei den einzelnen Leuten aufkommen läßt, die zum wirtschaftlichen Rückschwung führt. Das haben wir zum Beispiel bei allen kommunistischen Staaten in der Landwirtschaft.“

Hier irrt Friedrich. So ist der Hektarertrag in der Landwirtschaft der DDR bei Ge-

treide von 25,07 Doppelzentner in den Jahren 1960 bis 1963 auf 31,8 im Jahre 1967 gestiegen. Die durchschnittliche Milchleistung der Kuh stieg von 2 448 kg im Jahre 1962 auf 3 166 kg im Jahre 1967. Und selbst der Forschungsbeirat beim „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ in Bonn konnte nicht umhin, festzustellen: „Die gesamten Viehbestände in Großvieheinheiten umgerechnet ergeben nach dem Stand von 1963 für die SBZ (damit ist die DDR gemeint) ein Ansteigen gegenüber der Vorkriegszeit auf 110 von Hundert, für die Bundesrepublik ein Absinken auf 92 von Hundert.“ Inzwischen hat sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der DDR verändert.

Veränderung tut not

Aber neben der Zusammenarbeit in Genossenschaften ist sicher noch mehr notwendig, um den Bauern zu helfen. Ihre soziale Sicherheit muß gewährleistet werden. Ihre Bildungsmöglichkeiten müssen ganz erheblich verbessert werden. Die Erzeugerpreise für die Bauern müssen stabil sein. Die Modernisierung der Betriebe erfordert eine umfangreiche staatliche Hilfe. Mit der bisherigen bauernfeindlichen EWG-Agrarpolitik ist Schluß zu machen.

Schon haben die Bauern begonnen, für eine Veränderung ihrer Lage einzutreten. In vielen Kundgebungen und Demonstrationen gaben sie ihren Forderungen Nachdruck. Die Bauern des Einzugsgebiets Weiding, Zulieferer der Alpenmilch AG, haben es gewagt, der Preispolitik dieser Nestle-Tochter Paroli zu bieten. Bisher speist der Konzern die Bauern mit 37 Pfennig pro Liter Milch ab. Doch in den Lieferverträgen steht etwas von „angemessenem Milchpreis“. 18 Prozent Dividende hat der Konzern in den beiden letzten Jahren an seine Aktionäre gezahlt. Die Bauern der Umgebung haben pro Kuh eine DM in einen Kampffonds gezahlt. Sie wollen für einen „angemessenen“ Milchpreis kämpfen. 46 Pfennig verlangen sie vom Nestle-Konzern.

Ein anderes Beispiel gaben Bauern in Norddeutschland. Als bei der Norddeutschen Affinerie die Chemiarbeiter für höhere Löhne streikten, überreichte eine Delegation von Bauern der Streikleitung 50 Mark und einen Schinken. Die Bauern erklärten: „Euch wollen sie keine höheren Löhne geben, uns diktieren sie hohe Preise für Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen. Diese Großkonzerne beuten Arbeiter genauso aus wie uns Bauern.“ Ihre Losung lautete: „Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken!“

Wolfgang Bartels

Anmerkungen:

- 1) Ulrich Planck: „Landjugend im sozialen Wandel“, Juventa-Verlag, München 1970, 295 Seiten
- 2) Dr. Peter Sinkwitz: „Landjugend-Porträt“, herausgegeben vom Bund der Deutschen Landjugend, 72 Seiten
- 3) Ein sehr informatives Buch mit gleichlautendem Titel ist im Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt, Hedderheimer Landstr. 78a, erschienen.



jugendpolitische blätter

DGB-Jugendvorschläge: Ein Schritt nach vorn!

Zu den „Jugendpolitischen
Forderungen der Gewerkschaftsjugend“

Wie elan bereits berichtete, hat der Bundesjugendausschuß des DGB in Vorbereitung der 8. Bundesjugendkonferenz (die im November 1971 in Dortmund stattfinden soll) ein Papier unter dem Thema „Jugendpolitische Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ erarbeitet. Dieses Papier ist der Gewerkschaftsjugend zur Diskussion vorgelegt. In dem folgenden Beitrag geben Dr. Werner Petschik, Herwart Prudlo, Ulrich Sander und Hans-Jörg Hennecke ihre Überlegungen zum 1. Teil der „Jugendpolitischen Forderungen“ wieder (Teil 2 lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Aus Platzgründen können wir den Wortlaut des Papiers leider nicht veröffentlichen, er ist aber bei allen DGB-Kreisen oder beim DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, 4 Düsseldorf, Hans-Böckler-Haus zu beziehen.

Gemessen an den bisherigen Forderungen des DGB sind diese Reformvorschläge zweifellos ein Schritt nach vorn. Positiv anzumerken ist, daß das bestehende System als eine „kapitalistische Gesellschaft“ bezeichnet und die „Klassenstruktur der Gesellschaft“ angesprochen wird, allgemeine und berufliche Bildung zum „politischen Engagement befähigen“ und den Jugendlichen „polit-ökonomische Zusammenhänge“ vermittelt werden sollen. Systemkritische Ansätze sind auch in der Charakterisierung der Unternehmer in ihren Machtpositionen bei der beruflichen Bildung sowie der Feststellung, daß sich die Unternehmer „durch staatliche Eingriffe ihre Gewinne garantieren lassen“.

Trotz positiver Ansätze enthält das Programm prinzipielle Schwächen, die darin liegen, daß keine oder nur eine oberflächliche Analyse der Machtstruktur in der BRD vorgenommen wird. In der Periode des staatsmonopolistischen Kapitalismus

reicht es keineswegs aus, nur schlechthin von den „Unternehmerinteressen“ zu sprechen. In keiner Weise richtet sich der Angriff gegen die Herrschaft des Monopolkapitals. Nur wenn die Machtpositionen der Monopole in Wirtschaft und Staat eingeschränkt werden und die Arbeiterklasse sich eigene Machtpositionen erkämpft, können wirksame Veränderungen eingeleitet werden.

Dieser Zusammenhang müßte bereits in der Präambel der „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ deutlich werden. Notwendig wäre, eindeutig klarzumachen, daß es darauf ankommt, die bestehende Herrschaftsstruktur zu verändern. Dieser Gesamtstrategie müßten dann die einzelnen Forderungen untergeordnet werden.

Trotz aller Mängel: Gut ist es, daß im Jahr des jungen Arbeitnehmers dieses Forderungsprogramm zur Diskussion vorgelegt wird.

1. Mehr Rechte für Jugendvertreter

„Das Faltblatt ‚Mehr Rechte für Jugendvertreter‘ erscheint nicht, da die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaftsjugend in dem Novellierungsentwurf der Bundesregierung berücksichtigt wurden. Noch nicht erfüllte Forderungen hoffen wir auch noch durchsetzen zu können.“ Das teilt der DGB-Bundesvorstand inzwischen zu diesem Komplex des „Jugendpolitischen Programms“ mit.

Wie bekannt, sind in den vergangenen Monaten eine ganze Reihe von aktiven Betriebsjugendvertretern von ihren Unternehmern gefeuert worden oder bekamen nach Lehrabschluß keinen Anstellungsvertrag. Deshalb ist es unverständlich, wie der DGB-Bundesvorstand zu seiner eingangs zitierten Auffassung gelangt. Die juristische Absicherung und die Ausweitung der Rechte für Betriebsjugendvertreter muß weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Daher muß diesem Komplex in den „Jugendpolitischen Forderungen“ besondere Bedeutung zukommen. Deshalb wurde von den Autoren dieses Beitrages der vorgelegte Programmabschnitt überarbeitet:

Abgesehen von einer grundsätzlichen politischen Kritik des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes ist für den Bereich der Jugendvertretung festzustellen: Entgegen der Bekundung des Gesetzgebers, mit diesem Gesetz solle den Jugendlichen Gelegenheit gegeben werden, „ihre Belange selbst innerhalb des Betriebes zu vertreten“, fehlt der Jugendvertretung so gut wie jede Rechtsgrundlage für praktische Arbeit in diesem Sinne.

Wir müssen darum kämpfen, daß im Zuge der Neuformulierung des BetrVG und des PersVG diese Rechtsgrundlage geschaffen wird. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß auch ein novelliertes BetrVG und PersVG die Machtverhältnisse in den Betrieben nicht grundsätzlich verändert. Deshalb ist es notwendig, daß sich Lehrlinge und Jungarbeiter für die Durchsetzung von Betriebsvereinbarungen, die die Rechtsstellung des Jugendvertreters verbessern, engagieren. Daß so etwas erreichbar ist, zeigt die „Betriebsvereinbarung über die Stellung der Jugendvertretungen“ beim Hoesch-Konzern in Dortmund.

Durch eine entsprechende Vereinbarung

zwischen Jugendvertretung und Konzernleitung wurde erreicht, daß

- + die Jugendvertretung durch einen wirk-samen Kündigungsschutz vertraglich ab-gesichert ist;
- + Jugendvertreter nur in Frühschicht be-schäftigt werden;
- + die Jugendvertreter an allen Entscheidun-gen – die die jugendlichen Beschäftigten betreffen – im Rahmen der Mitbestim-mungsrechte des Betriebsrates teilneh-men.

Betriebsvereinbarungen (sie sind praktisch für alle Bereiche denkbar, um unzureichen-de Bestimmungen auszuweiten) können In-strumente für die Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen an ihrem Arbeitsplatz und im Betrieb sein.

Für die Tätigkeit der Jugendvertretung ist unabdingbar: Die gegenseitige Information von Jugendlichen und Jugendvertretern muß ebenso gesichert sein wie eine bessere Vertretung der Interessen der Jugendlichen gegenüber dem Unternehmer und innerhalb des Betriebsrates.

Bei der angekündigten Neuformulierung des Betriebsverfassungsgesetzes und Per-sonalvertretungsgesetzes ist demgemäß:

- die Zahl der Jugendvertreter zu erhöhen, die Arbeitsweise und die Aufgabenstel-lung der Jugendvertretung so zu formu-lieren, daß die Schweigepflicht entfällt und die Möglichkeit der Direktverhand-lung mit den Unternehmensleitungen unter Hinzuziehung des Betriebsrates ge-währt wird, ebenfalls ist die Freistellung von Jugendvertretern vorzuschreiben;
- das Recht zur Mitbestimmung der Ju-gendvertretung in allen Angelegenheiten der jugendlichen Beschäftigten festzule-gen;
- die Pflicht des Unternehmers, die Ju-gendvertretung in allen die jugendlichen Beschäftigten betreffenden Fragen um-fassend zu informieren und davon aus-gehend die Verpflichtung der Jugendver-treter zur Information der Jugendlichen allgemein in Sprechstunden und in vier-teljährlichen Jugendversammlungen zu verankern;
- die Teilnahme der Jugendvertreter an Betriebs- und Personalratssitzungen mit beratender Stimme bzw. in Jugendfragen mit Stimmrecht sowie die Teilnahme der Jugendvertretung an den Besprechungen des Betriebsrates mit der Geschäftslei-tung zu regeln;
- Kandidaten zur Jugendvertreterwahl Kündigungsschutz vom Beginn ihrer Kandidatur bis drei Monate nach der Wahl und bei gewählten J Jugendvertre-tern bis ein Jahr nach Ende ihrer Amts-zeit zu garantieren;
- die Möglichkeit der Wahl von Jugendver-tretungen in betriebsratslosen Betrieben zu schaffen;
- die Teilnahme der Jugendvertreter an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen bei Fortzahlung von Arbeitseinkommen zu regeln;

- die Errichtung von Gesamtjugendvertre-tungen in Unternehmen und Verwaltun-gen mit Gesamtbetriebs- bzw. Gesamt-personalrat zwingend vorzuschreiben;
- Stufenjugendvertretungen bei den Stu-fenpersonalvertretungen in mehrstufigen Verwaltungen einzuführen.

Im Interesse einer kontinuierlichen Arbeit der Jugendvertreter muß die Zurückstel-lung von Jugendvertretern vom Wehr- und Ersatzdienst für die laufende Wahlperiode durchgesetzt werden.

2. Reform des Berufsbildungswesens

Die einzelnen Ziele der „Jugendpolitischen Forderungen“ können im Falle ihrer Reali-sierung die katastrophale Lage der beruf-lichen Bildung durchaus partiell im Inter-esse der Arbeiterklasse verbessern. Sie kön-nen aber auch ebenso, weil sie oftmals klas-senneutral formuliert sind, mithelfen, das System zu stabilisieren.

Hervorzuheben ist auch die Forderung nach „Mitbestimmung und Kontrolle der Auszubildenden und der Gewerkschaften“, und die Ausbildung „darf“ nicht der Ge-winnorientierung dienen.

Die geforderte „grundlegende Reform des gesamten Bildungswesens“ im Sinne der Systemveränderung wird von vornherein in Frage gestellt.

Denn angesichts der konkreten Situation der Berufsausbildung muß sich in der Praxis dieses Programm zwangsläufig gegen das Handwerk und den Mittelstand richten, weil dort heute die Masse der Jugendlichen „ausgebildet“ wird und dort auch die größten Mißstände zu verzeichnen sind. Da in den Konzernbetrieben einige dieser Ziele bereits formal verwirklicht sind, erscheinen dann diese Großbetriebe als „fortschrittlicher“. Dieses undifferenzierte Heran-gehen kommt zum Beispiel bei der Forde-rung nach Finanzierung der beruflichen Bildung zum Ausdruck, in der von „allen Betrieben“ Ausbildungsabgaben verlangt werden, anstatt zu fordern: Profitbesteue-rung des Großkapitals und Senkung der Rüstungsausgaben zu Gunsten der Bildung.

Insgesamt werden Illusionen geweckt, als könnten durch eine Bildungsreform allein die bestehenden Besitz- und Machtverhält-nisse geändert werden. Schon allein da-durch besteht die Tendenz, daß das Pro-gramm systemstabilisierend wirkt.

Allerdings laufen die einzelnen Ziele mit Einschränkungen darauf hinaus, die beruf-liche Bildung von der privatwirtschaftli-chen Herrschaft des einzelnen Unterneh-mers – was objektiv dem System schadet – in eine Einordnung in das staatsmono-polistische Gesamtsystem umzuwandeln. Durch eine „grundlegende Bildungsre-form“ allein kann weder die vorhandene Klassenstruktur beseitigt noch die gleichen Bildungschancen für die Arbeiterklasse er-reicht werden. (Im günstigsten Falle könnten damit kapitalistische Lösungen wie z.B. in Schweden erreicht werden).

Im Reformprogramm ist die Forderung nach einem fortschrittlichen Berufsbil-dungsgesetz nicht mehr enthalten, und es wird auch keinerlei Kritik an dem beste-henden unzureichenden Gesetz geübt. Das hängt mit der Gesamtanlage des Pro-gramms, insbesondere der geforderten Inte-gration der beruflichen Bildung, in die All-gemeinbildung zusammen. Faktisch wer-den (ohne es konkret zu verlangen) Ver-änderungen der Allgemeinbildung nach An-sicht der Verfasser dieses gewerkschafts-jugendpolitischen Programms überflüssig machen.

Angesichts der gegenwärtigen Situation der Berufsausbildung tragen solche Vor-stellungen nicht zur Lösung der Misere bei. Diese Einschätzung wird auch von den meisten Gewerkschaftsjugendkonferenzen geteilt.

3. Bildungsurlaub

Die Forderung vieler Jugendkonferenzen nach einem bezahlten Bildungsurlaub muß heute mit Nachdruck erhoben werden, um den Jugendlichen Möglichkeiten zu ge-währleisten, seine Lage zu erkennen und „die soziale Wirklichkeit aktiv zu verän-dern“. Hier fehlt der Hinweis auf politische Veränderungen – denn Informationen über Neonazismus, Revanchismus, über Rüs-tungsindustrie etc. sollten doch dazu föhren, in die konkrete tagespolitische, demokratische Aktion einzutreten.

Die Orientierung des Papiers auf soziale Veränderungen, zu denen durch mehr Bil-dung beigetragen werden soll, wird aller-dings nicht konsequent durchgehalten. Dort wo „anerkannte Träger der Juge- und Erwachsenenbildung“ zu den allein-igen Veranstaltern von Bildungsmaßnah-men, für welche bezahlter Bildungsurlaub gewährt werden soll, erklärt werden, macht sich ein Widerspruch bemerkbar: Die „an-erkannten“ Träger, wie Junge Union, Konrad-Adenauer-Stiftung, Deutschland-Stiftung und wie die reaktionären Einrich-tungen heißen mögen, werden kaum auf die gesellschaftliche Veränderung orientie-ren. Andererseits zählen die konsequenten demokratischen und sozialistischen Einrichtungen und Organisationen wie DKP, VVN, SDAJ, Institut für Marxistische Studien und Forschungen usw. nicht zu „anerkannten“ Trägern. Daher sollte in dem Programm die Forderung erhoben werden: Freie Auswahl der Bildungseinrichtungen – gleiches Recht auf Bildungs-urlaub für alle – Schluß mit der Diskrimi-nierung des Marxismus in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Das Recht der Lehre muß entsprechend dem Grundgesetz auch auf diesem Gebiet gesichert werden.

4. Reform des Jugendarbeitsschutzes

Wenn wir feststellen, daß es allein im Jahre 1968 50 898 Verstöße gegen den gesetzli-chen Jugendarbeitsschutz gegeben hat,

die gemeldet worden sind und diese Zahl um etwa 5 000 höher liegt als im Jahr zuvor, müssen die Forderungen nach Einhaltung und Erweiterung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes verstärkt werden. Wenn gefordert wird „die Einführung eines Bußgeldkatalogs bei Ordnungswidrigkeit und von Mindeststrafen bei Straftaten im Sinne des Jugendarbeitsschutzrechts“ so besagt dieses noch nichts über den Inhalt der Forderung. Es wird kein Wort gesagt über eine personelle Veränderung der Gewerbeaufsichtsämter, die ja letztlich den gesetzlichen Jugendarbeitsschutz nach den bestehenden Richtlinien zu überwachen sollen. Kein Wort wird zum Ausbau und zur Verschärfung der Kontrollvorschriften für die Gewerbeaufsichtsämter gesagt. Hier muß der Hebel der Überlegung angesetzt werden, um dahin zu kommen, daß die Vorschriften für die Durchführung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes verschärft werden und damit dann auch verändert werden und verschärfte Strafvorschriften erlassen werden. Es ist nicht zufällig, daß in diesem spätkapitalistischen System die registrierten Verletzungen des Jugendarbeitsschutzes steigen. Lehrlinge und Jungarbeiter werden nach wie vor unter dem Motto: „brauchst du einen billigen Arbeitsmann, schaff dir einen Lehrling an“ ausgebeutet. Es steht nach wie vor nicht die Ausbildung im Vordergrund, wie es eigentlich sein müßte, sondern die Ausbeutung, das ist die Ursache für die ständige Mißachtung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes. Hier kommt es darauf an, mit aufzuzeigen, daß eben gerade das spätkapitalistische System alles unternimmt, um den einzelnen Unternehmern Maximalprofite garantieren zu können, egal mit welchen Mitteln, und da ist die Verletzung des Jugendarbeitsschutzes eines der wesentlichsten

Momente. Gerade heute, wo nach wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellt wurde, daß gerade die Arbeitskraft des Jugendlichen eines besonderen Schutzes bedarf, muß alles unternommen werden, um den gesetzlichen Jugendarbeitsschutz zu verändern, verschärfte Strafvorschriften aufzunehmen und den Kreis der Kontrollorgane zu vergrößern, um jeglicher Verletzung des Jugendarbeitsschutzes den Boden zu nehmen.

5. Mit 18 Jahren volljährig

Das ganze „Jugendpolitische Programm“ ist in einer wenig mobilisierenden Sprache abgefaßt. Im Abschnitt „Mit 18 Jahren volljährig“ geriet die Formulierung nun aber gar zu trocken. Warum werden keine knappen Beispiele gewählt, um den Jugendlichen plastisch vor Augen zu führen, wie er in Rechtlosigkeit gehalten wird und was dagegen zu tun ist:

- Es sollte auf den Widerspruch hingewiesen werden, im Wehrdienst das Töten zu lehren, aber bis 21 nicht das Recht zu haben, nach eigenem Wunsch eine Ehe zu schließen. (Hier wirken mittelalterliche Vorstellungen nach, denen zufolge der Vater die Schwiegertochter oder den Schwiegersohn aussuchte.)
- Ein weiteres Übel ist der Zustand, daß Jugendliche bis 21 Jahre nicht einmal über ihre Sparkonten verfügen können. Die Eltern, die bis 21 Jahre nach dem Gesetz „Gewalt“ über die Kinder ausüben, können sich, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, Gelder der Jugendlichen aneignen. Es gibt weitere Beispiele, die die Forderung nach Herabsetzung der Volljährigkeit plastisch machen können.

In Kürze

Die Initiativen zur Abschaffung des § 218 wurden in Presseerklärungen von den Deutschen Jungdemokraten und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend unterstützt. Während die Jungdemokraten Unterschriftensammlungen ankündigten, machte die SDAJ durch die Erklärung von sechs weiblichen Bundesvorstandsmitgliedern darauf aufmerksam, daß es nicht nur um die Abschaffung des § 218, sondern um die volle Gleichberechtigung der Mädchen und Frauen gehe. Das bedeute: Abgabe der Pille kostenlos und ohne Diskriminierungen an alle, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und gleiche Bildungschancen.

„Angela Davis ist aufs höchste gefährdet, sie braucht unsere Solidarität“, schreibt Hans-Peter Weber, Geschäftsführer des Deutschen Bundesjugendrings, in der Zeitschrift der Gewerkschaftsjugend „Solidarität“. Verschiedene Gewerkschaftsjugendkonferenzen haben sich ebenfalls mit der eingekerkerten, mit Todesurteil bedrohten farbigen Bürgerrechtskämpferin in den USA solidarisch erklärt.

Der Weltbund der Demokratischen Jugend und der (West-) Europäische Jugendrat CENYC

Der Weltbund der Demokratischen Jugend und der (West-) Europäische Jugendrat CENYC haben über die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit beraten und in einem Kommuniqué eine Konferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit angeregt, zu der „alle interessierten Gruppen“ einzubeziehen seien. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe von CENYC und WBDJ zu bilden, um die Diskussion fortzusetzen.

Unterschriftenlisten, mit denen der Forderung nach Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam in der BRD Nachdruck verliehen werden soll, hat der „Politische Arbeitskreis Schulen“, 53 Bonn, Langgasse 10, herausgegeben. Der PAS bittet alle demokratischen Organisationen, seine in Absprache mit der Initiative Internationale Vietnamsolidarität eingeleitete Aktion zu unterstützen. „Damit soll der Bevölkerung der BRD das demokratische Recht auf eigene Meinungsbildung ermöglicht werden“, heißt es zu der Forderung nach einem Informationsbüro.

Rechtliche Schritte gegen die DJO hat Georg Herde, Herausgeber der „Neuen Kommentare“ (6 Frankfurt am Main, Mauerweg 20), eingeleitet. Die DJO hatte den Journalisten, der sich seit Jahren um die Entlarvung revanchistischer Organisationen verdient gemacht hat, in einer Erklärung über die Diskussion im Bundesju-

Bücher für die Jugendarbeit

Jürgen Redhardt: „NS-Zeit im Spiegel des Schulbuchs – Konzeptionen und Fehlkonzeptionen“, Röderberg-Verlag, 6 Frankfurt/M., Schumannstr. 56, 62 S., 4,- DM

„Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Grundlagen – Möglichkeiten – Zielrichtungen – Eine Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik“, hrg. von Heiseler, Jung, Schleifstein, Steinhaus, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 348 Seiten, 17,80 DM.

Gabriele Sprigath/Kurt Steinhaus: „Indochina im Kampf gegen den US-Imperialismus, Dokumente und Materialien“, Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/M., Hedderheimer Landstr. 78a, 132 S., 5,- DM.

„Das Prager Manifest der SPD von 1934, ein Beitrag zur Geschichte der SPD“, von Wolfgang Runge, W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260.546, 70 S., 2,95 DM

Jürgen Roth: „Armut in der Bundesrepublik Deutschland, Beschreibungen, Familienschichten, Analysen, Dokumentationen“, Joseph Melzer Verlag, Frankfurt/M., 250 S., 12,- DM

gendring verleumdet und u.a. behauptet, Herde habe zugegeben, aus dem Osten finanziert zu sein, und er sei wegen Verleumdung verurteilt worden. (Zum Charakter der DJO siehe die Schrift „Weiter im alten Marschritt“, erhältlich für DM -,50 bei U. Sander, 46 Dortmund-Scharnhorst, Schumperweg 4)

Die erneute Ablehnung des Aufnahmeantrags der SDAJ in den Bundesjugendring ist vom SDAJ-Bundesvorstand bedauert worden. Die Ablehnung zeige, „daß eine Mehrheit im Bundesjugendring sich dem verstärkten antikommunistischen Druck beugt und die konsequente Vertreterin der Interessen der Arbeiterjugend, die SDAJ, weiterhin ausschließt, während sie die neofaschistische DJO in ihren Reihen behält“, heißt es in einer Verlautbarung der SDAJ. Der Bundesvorstand will seine Bemühungen um Aufnahme dennoch fortsetzen. Er beschloß ferner eine enge Zusammenarbeit mit dem marxistischen Studentenbund „Spartakus“.

Der Weltfriedensrat hat alle friedliebenden Menschen in Europa aufgerufen, den 12. August 1971, den ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der BRD und der SU, zu einem Aktionstag für die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau zu machen. Der 1. September 1971 (Antikriegstag), der 32. Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkrieges, sollte nach Vorschlag des Weltfriedensrates mit Aktionen für die Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz und für die Beendigung des Wettrüstens begangen werden.

Die 40-prozentige Mittelsperre aus dem Bundesjugendplan hat die Jugendverbände besonders insichtlich ihrer Personalausgaben und der politischen Bildung in Bedrängnis gebracht. Mit Protestaktionen soll auf die Kürzung der Förderungsmittel reagiert werden, kündigten die freien Verbände der Jugendarbeit auf einer gemeinsamen Pressekonferenz an. Offenbar um auf die antikommunistischen Reiznerven der Bundesregierung einzuwirken, betonten die Verbände, niemand brauche sich zu wundern, wenn es jetzt zu einer Radikalisierung der Jugend komme. Es wurde gefordert, den Bundesjugendplan in eine gesetzliche Pflichtleistung umzuwandeln, um ihn künftig von konjunkturpolitisch begründeten Kürzungen auszunehmen. Die konjunkturpolitische Wirkung der Sperrung sei ohnehin gering. Der DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas stellte die Frage: „Was ist das für eine eigenartige Ansicht, Produktionskapazitäten freier Verbände mit Produktionskapazitäten der Industrie gleichzustellen? Oder sind die konjunkturpolitischen Argumente nur vorgeschoben, um die kritische Auseinandersetzung mit der jungen Generation zu verhindern?“ Beobachter weisen darauf hin, daß der Kürzung der Jugendplanmittel um 40 Pro-

zent eine zeitweilige Sperre des Rüstungsstats um nur 1,4 Prozent gegenübersteht. In einer gleichzeitig mit der Mittelkürzung herausgegebenen Werbeschrift des Bundesjugendministeriums erklärt Bundeskanzler Brandt: „Wir sind auch bereit, mehr Geld für spezielle Zwecke der Jugend bereitzustellen.“(!)

Für „gegenstandslos“ erklärte der Landesvorstand des Bayerischen Jugendrings unter Leitung seines karrierebewußten Präsidenten Kumpfmüller den mit großer Mehrheit vom Kreisjugendring München gefaßten Beschluß, die SDAJ aufzunehmen. Laut Satzung des Bayerischen Jugendrings müssen Aufnahmen in Kreisjugendringen vom Bayerischen Jugendring bestätigt werden. „Damit werden die Vollversammlun-

gen der KJR und deren Entscheidungen zu einem scheindemokratischen Schaustück herabgewürdigt“, erklärte die SDAJ, die im übrigen darauf hinwies, daß Kumpfmüller die undemokratische Erklärung des BJR durch lancierte Pressemeldungen vorbereitet hat.

Der Appell des Jugendmagazins elan, alle Versuche zurückzuweisen, demokratische Publikationen im Bereich der Bundeswehr zu zensieren oder zu verbieten (siehe elan 6/71 und 7/71), „muß voll unterstützt werden“, schreibt das Organ der IG Druck und Papier. Das Blatt verurteilt die Handlungsweise von Offizieren, mit Billigung des Ministeriums, Disziplinarstrafen gegen Soldaten auszusprechen, die im Besitz des „elan“ sind. (Wie in Lübeck geschehen).

Komsomol vor neuen Aufgaben

Ulrich Sander sprach mit dem 1. Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes von Leningrad

elan: Wladimir Pylin, du hast als Erster Sekretär des Leningrader Stadtkomitees des Komsomol im Auftrage deiner Organisation an der Landeskonferenz der Hamburger SDAJ teilgenommen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um die hauptsächlichsten Aktivitäten deines Jugendverbandes kennenzulernen.

Pylin: Gegenwärtig ist es die wichtigste Aufgabe, die Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU allen jungen Menschen zu vermitteln. Aus diesem Grunde fand eine Allunions-Komsomolverversammlung statt, das bedeutet, ziemlich gleichzeitig tagten in der ganzen Sowjetunion und auf allen Ebenen der Organisation die Mitglieder und Funktionäre. Jeder Komsomolze soll sein persönliches Programm bei der Verwirklichung der Beschlüsse entwickeln und an dem Programm seiner Organisationsgliederung mitwirken. In die politische Bildungsarbeit des Komsomol fließen unmittelbar die Impulse des Parteitages ein.

elan: Der Parteitag hat durch seine Fünfjahrplan-Direktive die Erhöhung des materiellen, geistigen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung beschlossen. Wie wird der Komsomol daran mitwirken?

Pylin: Zunächst kämpfen wir um die vorfristige Erfüllung der laufenden Pläne, um einen guten Start für das neunte Planjahr fünf zu ermöglichen. So haben wir in Leningrad eine Bewegung entwickelt, die darauf gerichtet ist, den Wochenplan in vier

statt fünf Tagen zu erfüllen. Außerdem qualifizieren sich die Komsomolzen, um die neue Technik meisterhaft zu handhaben. Anstelle alter Ausrüstungen treten den Betrieben neue Maschinen und Anlagen. Unsere Losung heißt: „Mit neuer Technik hohe Arbeitsproduktivität!“

elan: Und dadurch wird das Lebensniveau ständig gesteigert. Nun hatte der Komsomol doch bereits in den vergangenen Jahren im Namen seiner 27 Millionen Mitglieder wichtige Aufgaben im kommunistischen Aufbau, zum Beispiel in Sibirien, übernommen. Kommen jetzt neue Aufgaben bei der Entwicklung der Wirtschaft hinzu?

Pylin: Ja, gewaltige Aufgaben. Der Komsomol hat neben den bisherigen Patenschaften die Patenschaft für das Dienstleistungswesen, die Konsum- und Leichtindustrie, übernommen. Diese Bereiche sollen entsprechend den Beschlüssen des Parteitages ausgeweitet werden. Das Plenum des Zentralkomitees des Komsomol hat im Rahmen der Allunions-Komsomolverversammlung nach dem Parteitag beschlossen, in den nächsten fünf Jahren eine Million Komsomolzen in den Handel, in die Nahrungsgüterindustrie und in die Gastronomie zu entsenden. Eine weitere halbe Million Komsomolzen soll für den Dienstleistungsbereich mobilisiert werden.

elan: Viel Erfolg wünschen wir für eure großen Pläne.

ELAN

MONATS

MAGAZIN

Jetzt handeln!

Vom 1. Freundschaftslager der Jugend der UdSSR und der BRD

Von Bert Badekow

Vom 30. Juli bis zum 8. August trafen sich in Uljanowsk, der Geburtsstadt Lenins, junge Leute aus der Bundesrepublik und der Sowjetunion zum ersten Freundschaftslager. Aus der BRD waren es die Vertreter der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), des Marxistischen Studentenbundes (MSB) SPARTAKUS, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) sowie der Deutschen Jungdemokraten. Vom Komsomol waren Jugendliche aus den Gebieten Moskau, Leningrad und Uljanowsk ins Freundschaftslager gekommen.

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung die Verträge von Moskau und Warschau unterzeichnet, die es heute gilt, mit Leben zu erfüllen. Das war der Grund, warum das Komitee der Jugendorganisationen der UdSSR die Initiative ergriff und zu diesem Freundschaftslager einlud. Eingeladen waren alle progressiven und fortschrittlichen Jugendorganisationen der BRD, gekommen waren aber nur die oben genannten. Bleibt die Frage offen, warum die anderen gekniffen haben. Denn: Alle eingeladenen Jugendorganisationen haben auf ihren Jugendkonferenzen die Ratifizie-

rung der Verträge gefordert, haben sich für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausgesprochen, sind eingetreten für einen Jugendaustausch mit den sozialistischen Ländern. Jetzt aber, als dieser erste Jugendaustausch in der Sowjetunion stattfand, fehlten sie.

Das Lager an der Wolga hat bewiesen: Jugendbegegnungen auf breiter Grundlage zwischen der UdSSR und der BRD sind möglich und notwendig. Zehn Tage haben die Teilnehmer des Lagers gemeinsam diskutiert, Betriebe, Kolchosen und Sowchosen, Togliatti, Moskau und vieles mehr gesehen, haben gemeinsam Sport getrieben und, als einen Höhepunkt, einen Arbeitseinsatz in der Forstwirtschaft durchgeführt, dessen Erlös dem um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Volk von Vietnam zugute kommt. In der einstimmig verabschiedeten Vietnamresolution heißt es dazu: „Wir fordern, mit der Aggression unverzüglich Schluß zu machen und sofort vorbehaltlos alle USA- und Satellitentruppen aus Indochina abzuziehen.“

Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich alle politische, moralische und materielle Unterstützung für die USA-Aggression und das Saigoner Marionettenregime einzustellen. Wir wenden uns an die ganze fortschrittliche Weltjugend mit dem Aufruf, die machtvolle Solidaritätsbewegung weiter zu verstärken. Möge über den ganzen Planeten der Aufruf ertönen: ‚Amis raus aus Vietnam‘ – ‚Amis raus aus Laos und Kambodscha!‘
Andere Höhepunkte waren die Besichtigungen mit den anschließenden Aussprachen. Auf jeden Schritt, ob es nun im Betrieb oder auf der Kolchose, in der Schule oder dem Pionierpa-

last war, begegneten wir dem Grundsatz, der dem Sozialismus eigen ist: „Im Mittelpunkt steht der Mensch!“

Es war einfach beeindruckend, wie die Werkhallen aussahen; sauber, keine verdreckte Luft, genügend Möglichkeiten der Erholung in der Pause!

Das Lager hat bewiesen, daß es sich heute lohnt, für Frieden, Demokratie und Fortschritt gemeinsam zu kämpfen, und daß dieser gemeinsame Kampf heute notwendig ist, wenn die

Jugend der BRD nicht länger Objekt einer imperialistischen Politik sein will. Im Abschlußdokument, das gemeinsam von den Jugendorganisationen unterzeichnet wurde, heißt es dazu: „Während des Aufenthaltes im Lager fanden Aussprachen und Diskussionen zu verschiedenen politischen Fragen statt. Dabei wurde auf die Notwendigkeit des weiteren Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole,





gegen die imperialistische Kriegs- und Aggressionspolitik, gegen die Kräfte des Militarismus, Revanchismus und Neozismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt hingewiesen.

Die Teilnehmer stellen fest, daß die Aktivitäten der fortschrittlichen Weltjugend ein wichtiger Bestandteil der Weltaktion „Die Jugend klagt den Imperialismus an“ ist, die vom WBDJ entfaltet wurde.

Aber dieses Lager darf kein Lager der Resolutionen bleiben. Es geht jetzt darum, zu handeln!

Für Antisowjetismus ist heute kein Platz mehr vorhanden! Das bewies das erste Freundschaftslager der Jugend der UdSSR und der BRD, das wurde deutlich im Abschlußdokument, das wurde deutlich in der Freundschaft zueinander, die sich im Lager entwickelt hat. Bleibt als Aufforderung an die nicht gekommenen Jugendorganisationen: Zieht nach, bevor der Zug nicht mehr erreichbar ist! In einem Text von Johannes R. Becher heißt es: „Für Feinde führt kein Weg nach Moskau, den Freunden aber öffnen wir das Herz!“

Solidarität mit Rüdiger

Hoescharbeiter kontra
Bundeswehr

Von Reinhard Junge

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich Tausende von Arbeitern eines Großbetriebes öffentlich mit einem Kollegen solidarisiert, der wegen seiner demokratischen Gesinnung von reaktionären Bundeswehr-Offizieren bestraft wurde. Einstimmig beschlossen die Beschäftigten der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund auf ihrer Belegschaftsversammlung vom 8. Juli folgendes Schreiben an Helmut Schmidt:

„Wir fordern Sie, Herr Minister, auf, dafür zu sorgen, daß unserem Kollegen Rüdiger Raguse wegen seiner Teilnahme an unserer Demonstration keinerlei Nachteile entstehen.

Auf unserer Maikundgebung hat Ihr Ministerkollege Arendt gesprochen – soll es einem Soldaten nicht gestattet sein, diese Rede anzuhören? Wir fordern demokratische und gewerk-

schaftliche Rechte auch für Soldaten!“

Doch Minister Schmidt reagierte nicht. Statt dessen erließ der Kommandeur des 13. Pionierbataillons, Major Domrös aus Lübeck, eine Disziplinarstrafe über 14 Tage Arrest, die der Richter am zuständigen Truppendienstgericht wie üblich ohne Widerspruch gebilligt hatte.

Raguse hatte gerade seine erste Haftstrafe abgessen: vier Tage Arrest wegen seines Auftretens auf dem Bonner Strauß-Gutenberg-Tribunal (elan berichtete darüber). Und diese vier Tage standen ganz im Zeichen der schikanösen Arrestantenanordnungen, die bestraften Bundeswehrsoldaten endgültig das Rückgrat brechen sollen.

So wurde es Rüdiger Raguse verwehrt, einen Lenin-Band und ein Exemplar des Grundgesetzes mit in die Zelle zu nehmen: „Nach den mir vorliegenden Bestimmungen sind während der ersten drei Tage nur Bibel, Gesang- und Gebetbuch zulässig... König, Hauptmann.“

Kaum hatte Raguse diesen Bescheid seines Kompaniechefs in den Händen, da meldete sich Major Domrös mit einer weiteren Schikane: „Hiermit entziehe ich Ihnen für die Dauer von einem Tag die Raucherlaubnis und die Erlaubnis zur Selbstbeschäftigung... Sie haben am ersten Vollstreckungstag eine Zigarette geraucht, obwohl Ihnen bekannt war, daß Sie während der ersten drei Tage des Arrestvollzuges nicht rauchen durften.“



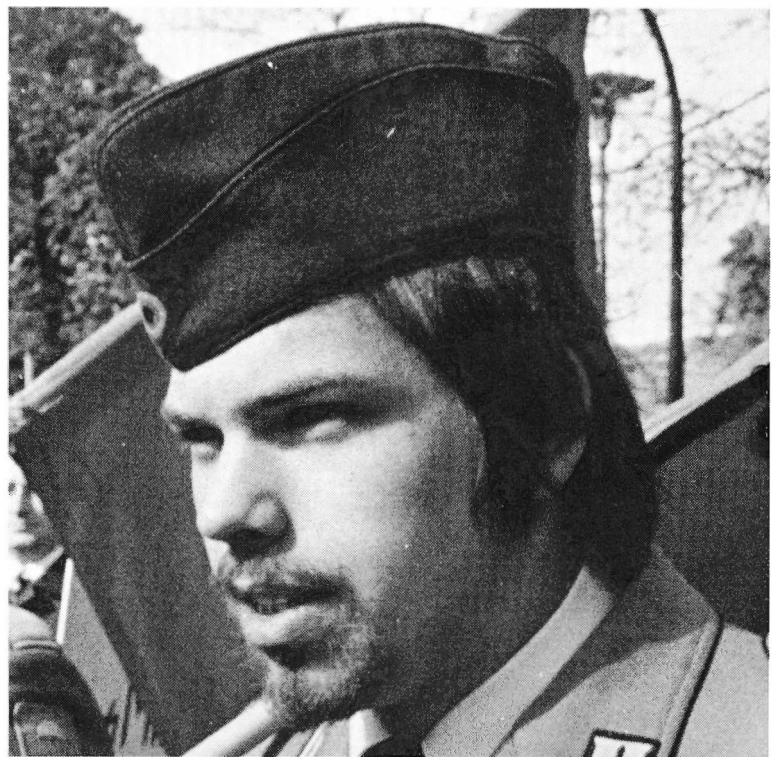
Überall in der Bundesrepublik demonstrieren Studenten gegen das in Bonn verabschiedete Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG), auf unserem Bild in Bielefeld. Dieses neue Gesetz geht völlig an den Forderungen der Studenten vorbei und bringt teilweise Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Regelungen.

Man könnte meinen, das seien Lappalien. Aber noch immer gelten in den Arrestzellen der Bundeswehr jene preußischen Vollzugsbestimmungen, die vom Geist des Rachenehmens an „renitenten“ Soldaten bestimmt werden. Noch immer ist es Kasernenkommandanten erlaubt, Arrestanten „hartes Lager“ (Schlafen ohne Matratze) und „schmale Kost“ (Wasser und Brot als Grundnahrung, nur jeden dritten Tag eine warme Mahlzeit) zu verordnen. Und noch immer haben die Offiziere vom Kasernen-

dienst die Befugnis, bei der Wachübernahme jede einzelne Arrestzelle bei der Jagd nach „verbotener“ Lektüre auf den Kopf zu stellen und anhand einer entwürdigenden Leibesvisitation festzustellen, ob der Arrestant über mehr als die sechs pro Tag erlaubten Zigaretten verfügt.

Das alles ist bekanntlich Reaktionären vom Schlage der Unnaer Hauptleute noch nicht genug. Aber während sie ihre militaristischen „Studien“ mit der Forderung nach mehr „Disziplin“ ungestraft verbreiten

Rüdiger Raguse bei der Maidemonstration der Hoesch-Arbeiter.



dürfen, hagelt es für die demokratischen Soldaten weiterhin Disziplinarstrafen:

- 4 Tage Arrest erhielt der Soldat Frieder Möller wegen seiner Teilnahme am DKP-Jugendkongreß, gleichzeitig eröffneten ihm Beamte der Politischen Polizei, daß er mit einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft zu rechnen habe;
- 80 DM Geldstrafe gab es für den Matrosen Bernhard von Gelieu, weil er in Uniform an der DGB-Maidemonstration und an einer Kranzniederlegung für ermordete sowjetische Kriegsgefangene teilgenommen hatte;

- abermals 14 Tage Arrest wurden gegen den Fallschirmjäger Holger Krull aus Essen verhängt; er hatte vor der Kaserne in Wildeshausen die kritische Soldatenzeitung „Links um“ verteilt.

Die demokratischen Soldaten der Bundeswehr stehen nicht allein – das haben die 9. IG-Metall-Bundesjugendkonferenz, die DGB-Landesjugendkonferenz von Nordrhein-Westfalen und die Arbeiter und Angestellten der Dortmunder Westfalenthütte bewiesen.

Aber gegen sie verbündet haben sich die reaktionären Offiziere und Kommandeure der Bundeswehr und ihr oberster Chef Helmut Schmidt, haben sich die demokratischen Kreise des Rechtskartells, allen voran die Springer-Presse.

Jede Solidaritätserklärung mit den demokratischen Soldaten der Bundeswehr wird ihnen

Marx kontra Bibel?

Konservative Attacken gegen evangelische Studenten in Mainz

Von Hans-Jörg Hennecke

Wie wir bereits berichteten, versuchen reaktionäre Kreise der Evangelischen Kirche Horst Stuckmann mundtot zu machen. Horst Stuckmann ist Mitherausgeber des elan und Studentenpfarrer in Mainz. Und um eben diese Evangelische Studentengemeinde (ESG) geht es. Da wird behauptet, die ESG Mainz sei kein „christliches Haus“ mehr, sondern ein Ableger der Moskauer Frunseakademie, und Pflichtlektüre sei nicht die Bibel, sondern Marx' „Kapital“.

Auf der Synode der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau am

3. Juli kamen die Vorwürfe auf den Tisch.

Oberkirchenrat Kratz (Hauptgegner der ESG Mainz) stellte die Frage, ob evangelische Studentengemeinden überhaupt Gemeinden seien. Denn sie betrieben wenig Gottesdienst, hätten aber andererseits Rechte wie eine Gemeinde, z.B. bei der Pfarrerwahl.

Schützenhilfe bekam Kratz von Ed Kale, einem Amerikaner, der zweiter Pfarrer der ESG Mainz ist. Er forderte die Auflösung der ESG, weil man „dort nicht von Jesus Christus“ spreche. In übler Agentenmanier hatte Kale „Material“ zusammengetragen über eine angebliche Clique, die in der ESG Mainz die Führung an sich gerissen habe. Wie sich herausstellte, besteht diese „Clique“ aus der großen Mehrheit der Mainzer ESG-Studenten!

Sprecher der ESG Mainz hoben hervor, daß sie aus christlichem Glauben auch politische Orientierung schöpfen. Durch den Glauben und die Analyse der Gesellschaft seien sie links geworden. Die ESG Mainz charakterisierten sie als eine demokratische und politische Gemeinde, die nicht antikommunistisch abgeschlossen ist. Horst Stuckmann hob hervor: „Eine linke

Position ist eine Position für den konkreten Menschen. Die Diskussion gehört in den Gottesdienst, Versöhnung und Parteinahme gehören zusammen, wenn Versöhnung nicht Klassenversöhnung werden soll. Der Mensch ist mit sich auszusöhnen in seinem Interesse. Für den Menschen – und die Masse ist Arbeiter – gilt es Partei zu ergreifen.“

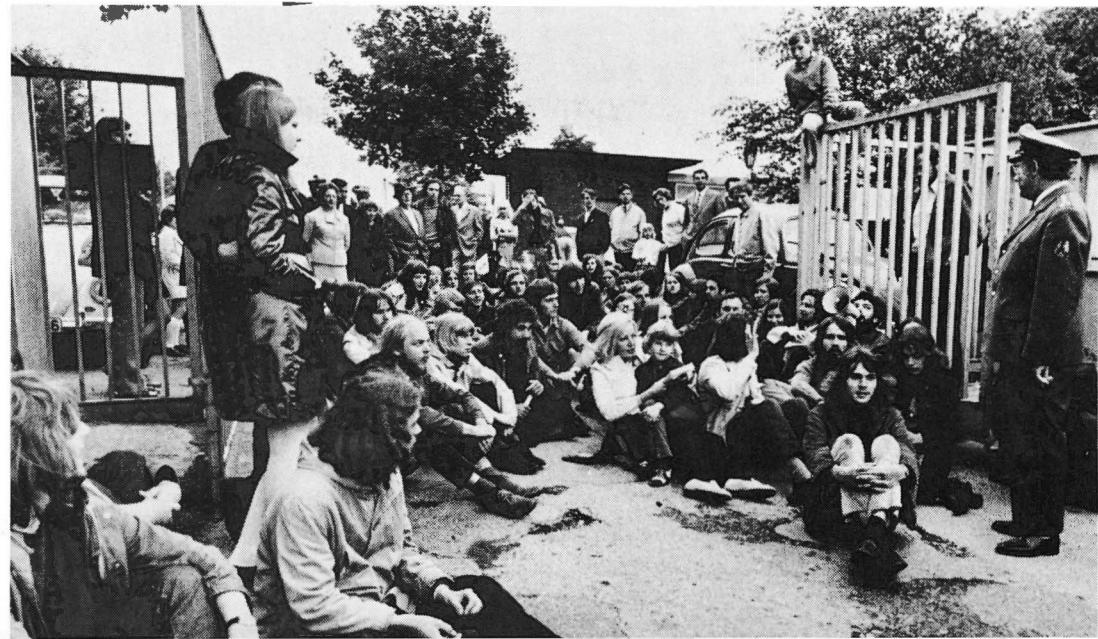
Bis zur geforderten Auflösung der ESG mochte die Kirche dann aber doch nicht gehen. Schon am folgenden Tag wurde beschlossen: „Die Kirchenleitung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den hessischen ESG eine Lösung der Mainzer Probleme herbeizuführen.“

Und die Vollversammlung der ESG Mainz sprach ihrer Leitung bei nur wenigen Enthaltungen das Vertrauen aus. Die Auseinandersetzung geht also weiter. Sie entspricht dem Bemühen aller konservativen Kräfte, der Jugend die Selbständigkeit zu nehmen, wenn sie unabhängig wird und nicht mehr konform geht (siehe auch JuSos, Gewerkschaftsjugend usw.). Auch in der Kirche geht das Ringen um den Weg der demokratischen Jugendbewegung weiter.

„Dieser Zaun muß weg! – Der See gehört allen!“ Essener Jungsozialisten ergriffen die Initiative: Ein großer Teil der Ufer des Baldeneysees wird vom Essener Prominenten-Sportclub Etuf besetzt. Spaziergängern wird der Durchgang mit meterhohen Zäunen versperrt. Zum ersten Mal seit 20 Jahren war dieser Weg für einige Stunden frei: Die JuSos hatten das Tor geknackt.

Nach Redaktionsschluß erhielten wir die Meldung, daß Raguse zu weiteren 21 Tagen Arrest verdonnert wurde: weil er am DKP-Jugendkongreß und an einer Solidaritätsaktion für seinen inhaftierten Kameraden Jan Roschmann teilgenommen hat.

weiterhelfen, jeder Brief, der sie in der Arrestzelle erreicht, wird sie stärken. Die elan-Leser sind aufgerufen, zur Feder zu greifen. Schreibt an: Holger Krull, 2878 Wildeshausen, Kaserne; Rüdiger Raguse, 24 Lübeck, Vorwerkstraße 103 a.



Ihr letzter Funkspruch: „Auf Wiedersehen!“



Kommandant Dobrowolski

Oberleutnant Georgi Dobrowolski war am 1. Juni 43 Jahre alt geworden. Er wurde in Odessa am Schwarzen Meer geboren. 1946 beendete der künftige Kosmonaut eine Spezialschule der Luftstreitkräfte und wurde in einer Fliegerschule aufgenommen, die er 1950 absolvierte.

Georgi Dobrowolski war Testflieger und erprobte verschiedene Flugzeugtypen. Er war stellvertretender Kommandeur einer Staffel und Chef der Politischen Abteilung eines Regiments.

1961 absolvierte Dobrowolski, ohne seinen Dienst als Flieger zu unterbrechen, die Akademie der Luftstreitkräfte. Er trat der Kosmonautenabteilung bei und wurde erfolgreich für Flüge mit Weltraumschiffen ausgebildet.

Generalmajor der Flieger Wladimir Schatalow, der drei Weltraumflüge absolviert hat, sagte von Georgi Dobrowolski: „Ich habe mit ihm gemeinsam die ganze Vorbereitungsarbeit für das Programm an Bord der Sojus-Schiffe in Verbindung mit der Orbitalstation Salut geleistet. Georgi ging an jede Aufgabe ruhig, systematisch und ohne Hast heran. Gleichgültig, ob es sich um den Testflug mit einem neuen Überschalljagdflugzeug, einen komplizierten Fallschirmsprung oder um Vorbereitungen für die Arbeit im Weltraum handelte.“ Die Frau von Georgi Dobro-



wolski, Ljudmila, absolvierte die Leningrader Universität und ist Mathematiklehrerin. Dobrowolski hinterläßt zwei Töchter, die 1959 geborene Marija und Natascha, die 1967 geboren wurde.

Bordingenieur Wolkow

Bordingenieur Wladislaw Wolkow hat bedeutenden Anteil an der Entwicklung auf dem Gebiet bemannter Weltraumflüge. Dank seiner unmittelbaren Beteiligung wurde das 24tägige Forschungsprogramm auf einer erdnahen Flugbahn restlos ausgeführt. Für ihn war das Salut-Unternehmen der zweite Weltraumflug. Im Oktober 1969 hatte er gemeinsam mit Anatoli Filiputschenko und Viktor Gorbalko an Bord des Raumschiffs Sojus 7 die Erde 80mal umrundet.

„Ich will gerne fliegen“, hatte Wladislaw Wolkow auf einer Pressekonferenz vor dem Start des Raumschiffes Sojus 11 auf dem Kosmodrom Baikonur erklärt. „Wichtige Experimente erwarten uns. Die ganze Besatzung wird sich Mühe geben, das Programm möglichst gut zu erfüllen.“



Die Laufbahn als Kosmonaut begann für Wladislaw bereits in der Schule. Er trat damals dem Fliegerklub an der Moskauer Hochschule für Flugzeugbau bei. Später studierte er an dieser Hochschule.

In die Kosmonautenabteilung wurde Wladislaw Wolkow vom Raketonstrukteur Sergei Koroljow aufgenommen. Ein Jahr vor dem Start von Sojus 7 bestand Wolkow das Examen als Sportflieger dritter Klasse. 1965 trat Wladislaw Wolkow der KPdSU bei. Sein Vater, Nikolai Wolkow, arbeitet seit Mitte der 30er Jahre im Flugzeugbau. 13 Jahre ihres Lebens hatte sich auch die Mutter des Kosmonauten, Olga Wolkowa, dem Flugzeugbau gewidmet. Die Witwe des Kosmonauten, Ljudmila, ist in der Nahrungsmittelindustrie als Ingenieur tätig. Der Sohn von Wladislaw Wolkow, Wladimir, geht zur Schule.

Testingenieur Pazajew

Viktor Pazajew ist in Aktjubinsk (Kasachstan) geboren, wo er mit seiner Familie bis 1946 lebte. „Meine Kindheit unterschied sich nicht von

der meiner Altersgenossen“, äußerte er einmal über diese Zeit. „Das waren Vorkriegsjahre, an die wir uns nur schlecht erinnern; dann kamen Kriegsjahre, die uns sehr gut in Erinnerung geblieben sind.“

Der Weg in den Kosmos war für Viktor Pazajew die folgerichtige Fortsetzung seiner gesamten Tätigkeit. Nach Besuch des Instituts für Industrie in Pensa entwickelte er Forschungsgeräte, Meßapparate und Automaten sowie funktechnische Systeme.

Seit September 1969 wurde er in der Kosmonautenabteilung ausgebildet. „Der Beruf des Kosmonauten muß einen begeistern“, hatte er vor dem Start des Raumschiffs Sojus 11 erklärt. „Die Erforschung des Welt-raums ist ein neues und sehr interessantes Gebiet. Ich werde mir alle Mühe geben, um den Erfolg unseres Flugs zu sichern.“ Die Experimente an Bord der ersten bemannten Orbitalstation Salut sind eng mit dem Namen des Testingenieurs Viktor Pazajew verbunden. „Pazajew hatte eine umfassende Ingenieurausbildung genossen. Er verteidigte immer unbeirrt seine Meinung, entwickelte originelle Ideen und Vorstellungen auf dem Gebiet der Technik“, charakterisiert Kosmonaut Nikolai Rukawischnikow den Testingenieur. Während des Flugs an Bord von Salut feierte Viktor Pazajew seinen 38. Geburtstag. Er hinterläßt zwei Kinder – den Sohn Dmitri, geboren 1957, und die Tochter Swetlana, geboren 1962. Die Witwe des Kosmonauten, Wera, ist Wissenschaftlerin.

24 Tage verbrachten diese drei sowjetischen Kosmonauten im All, mehr Tage als je ein Mensch zuvor. 140 wissenschaftliche Experimente führten sie aus – mit großem Gewinn für die gesamte Menschheit.

Heute sind sie nicht mehr unter uns. Es gibt nur die Ergebnisse ihrer großen wissenschaftlichen Tat. Diese Tat wird als eine der schwierigsten und mutigsten Stufen zu weiteren Taten, zu neuen Schritten in den Kosmos für immer im Gedächtnis der Menschheit bleiben. Wir trauern mit Menschen in aller Welt um diese Pioniere des Kosmos.



„Heute Steinpilze - morgen Atompilze!“

Überall wehrt sich die
Bevölkerung gegen
Truppenübungsplätze

Von Wolfgang Bartels

500 Autos wurden erwartet. Als es dann so weit war, blockierten 2500 Fahrzeuge die US-Kaserne im Süden Nürnbergs. Mit einem minutenlangen Hupkonzert drückten die Fahrer aus, was sie bewegte: Hände weg von unserem Erholungsgebiet! Keine neuen Truppenübungsplätze vor unseren Haustüren!

Die Amerikaner verlangen mit der Rückendeckung der bayrischen Staatsregierung ein 300 Hektar großes Gelände beim US-Militärflugplatz Feucht. Aus einem der wenigen Naherholungsgebiete für Nürnberger soll ein Übungsplatz

für Kampfhubschrauber und Panzerverbände gemacht werden.

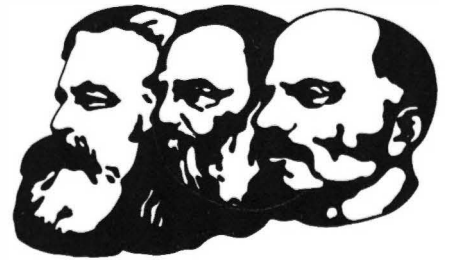
Das stieß jedoch auf den Protest großer Teile der Bevölkerung. In verschiedenen Orten gründeten sich Bürgergemeinschaften. Über 80 000 Unterschriften wurden innerhalb kurzer Zeit gesammelt. Viele Protestversammlungen fanden statt. Der Höhepunkt war das Hupkonzert vor der US-Kaserne. Doch dieses Konzert galt auch dem bayrischen Ministerpräsidenten Goppel. Am gleichen Tag hatte er im bayerischen Landtag behauptet, von Protesten aus der Bevölkerung sei ihm nichts bekannt geworden. Die Protestbewegung konnte einen vorläufigen Erfolg verzeichnen: Zwei Tage später beauftragte der Bayerische Landtag die Staatsregierung, künftig dafür zu sorgen, daß im Südosten keine derartige Einrichtung entsteht. Aber es geht nicht nur um Nürnberg. Die Losungen einiger Demonstrationen lauteten: „Es geht nicht nur um den Krach – es geht um den Frieden!“ und „Was nützt es, wenn's nun hier nicht kracht, weil man woanders weitermacht?“ So hat auch die Kampagne für Demokratie und Abrüstung beschlossen, alle Kampagnen und Aktionen gegen Truppenübungsplätze, Bombenabwurfplätze usw. zu unterstützen. Motto: Keinen Quadratmeter Boden für Militär- und Rüstungszwecke!

Anlaß für ein solches Motto besteht genug. Immer stärker und immer gieriger wird der Griff der Militärs nach neuen Übungsplätzen für Mordinstrumente. Erst im letzten elan berichteten wir über das Teufelsmoor bei Bremen.

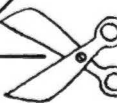
Auch die Einwohner von Lette im Münsterland sind wachsam geworden. Die schöne Heide Landschaft mit ausgedehnten Wanderwegen am Nordrand des Ruhrgebietes soll den Panzern der Bundeswehr zum Opfer fallen. „350 Hektar wollen sie von uns haben“, erklärte ein Mitglied des Gemeinderates. „Aber Sie glauben doch nicht im Ernst, daß das reicht, wenn die erst einmal angefangen haben.“ Und: „Wenn durch Lette Panzer rollen, legen wir uns auf die Straße!“



Dahinter stecken kluge Köpfe.



Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.



Bestellschein

Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50

Unterschrift _____

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Absenden an Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg-Beeck, Pothmannstraße 12



Sieben Punkte gegen Nixon

Reinhard Junge

„Kiesinger – Mordkomplize!“ Sprechchöre hallten am 2. Juli 1968 durch den Sitzungssaal der Großen Hilfsstrafkammer des Landgerichtes Frankfurt am Main. Die Zuhörer protestierten unüberhörbar gegen ein Musterbeispiel bundesrepublikanischer Gesinnungsjustiz: Wegen „Beleidigung“ des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger war der Journalist Hermann Sittner zu einer Geldstrafe in Höhe von 500 Mark verurteilt worden.

Was Sittner, zu jener Zeit Redakteur bei elan, getan hatte? Er hatte ein als Steckbrief aufgemachtes Plakat herausgegeben. „Wanted for Murder – Gesucht wegen Mord“ wurde der damalige USA-Präsident Johnson, der Beihilfe angeklagt war Kurt Georg Kiesinger.

Sittner wurde verurteilt, obwohl er anhand zahlreicher Materialien nachweisen konnte, daß in Vietnam durch den US-Imperialismus systematischer Völkermord betrieben wurde. Und obwohl feststand, daß dieser Krieg auch durch Steuergelder der Bevölkerung der Bundesrepublik finanziert wird. Er wurde verurteilt, weil er die Wahrheit über den Imperialismus verbreitet hatte.

Die Wahrheit verbreitet hatte auch der Vietnam-Veteran Daniel Ellsberg, als er jene umfangreiche Sammlung von Geheimdokumenten des US-Kriegsministeriums an die „New York Times“ und die „Washington Post“ weiterleitete. Hätte es an der Echtheit dieser Unterlagen irgendeinen Zweifel gegeben – die Nixon-Regierung hätte nicht den gesamten Justizapparat und das FBI in Bewegung gesetzt, um ihre Veröffentlichung zu unterdrücken.

Fünf Präsidenten logen

Diese Dokumente enthüllten nichts, was die antiimperialistische Bewegung in aller Welt im Prinzip nicht schon längst gewußt und immer wieder verbreitet hatte: Die Aggression der USA gegen die Völker Indochinas ist ein planmäßig vorbereitetes Verbrechen. Was diese Dokumente aber zu einer solchen Sensation machte, war: die ungeheure Fülle bislang nicht geklärter Ein-

zelheiten und die Echtheit ihrer Herkunft. Aus amtlichen Unterlagen ihrer eigenen Regierung erfuhr Nixons vielbeschworene „schweigende Mehrheit“ angeblicher Befürworter der Aggression in Indochina, daß sie über mehr als 20 Jahre hinweg von fünf USA-Präsidenten Tag für Tag belogen worden war.

Die Bevölkerung der USA erfuhr: Mit ihren Steuergeldern wurden bereits 80 Prozent der Kosten des französischen Kolonialkrieges in Indochina in den ersten Jahren nach 1945 bezahlt.

Die Bevölkerung der USA erfuhr: Bereits 1954 war die imperialistische Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams so weit gediehen, daß der damalige US-Außenminister Dulles an seinen Botschafter in Saigon kabelauftragte: Die auf der Genfer Indochina-Konferenz beschlossenen Wahlen für ganz Vietnam müssen „so spät wie möglich . . . unter Bedingungen (stattfinden), die jede Beunruhi-

gung ausschließen sowie den demokratischen Kräften beste Chancen sichern“. Bereits 1954 also verhinderten die Geheimdienste der USA die freien Wahlen in Vietnam und organisierten später ein Wahlergebnis, das den Interessen des amerikanischen Imperialismus entsprach. An die Regierung gelangte die Großgrundbesitzer-Familie der Diems.

Nicht antikommunistisch genug

1963 aber wurde die Diem-Regierung gestürzt: Sie hatte mit der DRV Verhandlungen angeknüpft, die – so Diems Schwägerin Madame Nhu am 11.07.71 im „Stern“ – „bis zu einem guten Punkt gediehen“ waren. „Wir wollten nicht wirtschaftlich und militärisch von den USA abhängig sein.“

Der US-Geheimdienst CIA trat in Aktion: Südvietnamesische Generale putschten, die





neten Goldwater. Und so wurde der Beginn des planmäßigen Vernichtungsbombardements gegen das Territorium der DRV bis in den Februar 1965 hinausgeschoben. Seitdem wurden in Nordvietnam zur „Eindämmung der kommunistischen Aggression“ 1600 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, 100 Krankenhäuser, 533 Gesundheitszentren und 1589 Schulen bombardiert.

Nicht erst seit den Veröffentlichungen dieser Dokumente wächst der Widerstand der demokratischen Bevölkerungsteile der USA gegen den Krieg in Vietnam von Tag zu Tag an. Dieser Krieg, der bisher 200 Milliarden Dollar gekostet hat, verschlingt jene Mittel, die für soziale Zwecke an allen Ecken und Enden fehlen: Im argen liegen das Schul- und Gesundheitswesen in den USA, die Städte verkommen, Arbeitslosigkeit und Inflation sind die Folgen imperialistischer Kriegspolitik. Daß sich auch die Nixon-Regierung allen

„Wir wurden betrogen“

Die Bevölkerung der USA erkennt mehr und mehr, daß es nicht ihre Interessen sind, für die in Südostasien Krieg geführt wird. Diese Erkenntnis setzt sich auch mehr und mehr in den Reihen der amerikanischen Truppen durch, die in Indochina eingesetzt werden.

Die sowjetische elan-Mitarbeiterin Nina Strelzowa sprach mit amerikanischen Soldaten, die nach ihrer Rückkehr in die USA über das, was sie gesehen und erlebt hatten, nicht schweigen wollten. Sie hatten sich der „Internationalen Kommission zur Untersuchung US-amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina“ zur Verfügung gestellt, die vom 20. bis 24. Juni in Oslo tagte. Als sie auf der Heimreise für einige Tage in Moskau weilten, wurden sie von Nina Strelzowa interviewt.

Randy Floyd, 25 Jahre alt, stammt aus Arlington in Texas. Im Februar 1968 wur-

antikommunistische Diem-Clique wurde von einer Regierung abgelöst, die nicht nur antikommunistisch, sondern auch den USA bedingungslos ergeben war.

In allen Einzelheiten bekannt wurde auch der „Operationsplan 34 A“ der Johnson-Regierung aus dem Frühjahr 1964: Nachdem sich die USA endgültig im Süden Vietnams festgesetzt hatten, galt es nun, den Krieg gegen das vietnamesische Volk planmäßig auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnams auszudehnen.

Eine endlose Kette von Provokationen sollte die von Ho Tsch Minh geführte Regierung des Nordens zu unbedachten Handlungen verleiten, die dann als Vorwand für „Vergeltungsschläge“ benutzt werden konnten: Spionageflüge, Entführung und Ermordung von Bürgern der DRV, Sabotageakte und Grenzverletzungen gehören zu den Mitteln dessen, was der Imperialismus den „verdeckten Kampf“ nennt. Sämtliche Provokationen schlugen fehl, die Regierung Ho Tsch Minh war sich über den Sinn dieser Ereignisse im klaren. In dieser Situation wurde dann jener „Zwischenfall“ im Golf von Tonking erfunden, der von der gesamten imperialistischen Weltpresse hochgespielt wurde, um die „Vergeltungsschläge“ gegen den Norden Vietnams zu rechtfertigen.

Johnson – Kandidat des Friedens?

Auf einer „Routine-Patrouillenfahrt“ in den Küstengewässern der DRV wurden, so hieß es, die amerikanischen Zerstörer „Maddox“ und „Turner Joy“ von DRV-Schnellbooten beschossen – daß sie dabei keinen Kratzer abbekamen, weil es diese Beschießung nie gegeben hat, störte Johnson und seine Regierung nicht im geringsten. Der Vorwand für „Vergeltungsschläge“ der US-Luftwaffe war da, eine entsprechende Vorlage Johnsons wurde im Senat binnen kürzester Frist durchgepeitscht.

Aber: In jenem August 1964 stand Johnson als „Kandidat des Friedens“ im Wahlkampf gegen den faschistischen Abgeord-



Friedensbeteuerungen zum Trotz hartnäckig weigert, diesen Krieg zu beenden, hat handfeste wirtschaftliche Gründe, liegt im Interesse der Erdölkonzerne der USA. In den letzten Jahren sind in den Küstengewässern Indochinas bedeutende Erdölvorkommen entdeckt worden. Das US-Nachrichtenmagazin „Time“ meldete am 19. April dieses Jahres, daß allein in diesem Jahrzehnt zur planmäßigen Erforschung und zur Ausbeutung dieser Naturschätze Investitionen in Höhe von 35 Milliarden Dollar geplant seien. David Rockefeller, Oberhaupt des mächtigsten Konzerns der Branche, erhofft sich bereits für 1975 eine tägliche Ausbeute von Erdöl, die drei Vierteln der heutigen Erdölförderung eines einzigen Tages in der ganzen Welt entspricht. Hierin liegt einer der Hauptgründe für die verzweifelten Anstrengungen der USA, mit allen Mitteln ihre Machtpositionen in Südostasien zu halten.

de er als Militärflieger nach Vietnam abkommandiert. Er sagte:

„Man trichterte uns ein, daß wir die Demokratie und Freiheit Südvietschützen müssen. Sehr bald verstand ich aber, daß man mich betrogen hatte. Uns brauchte niemand außer dem kläglichen Haufen Saigoner Marionetten. Niemand sonst hatte uns gerufen. In den Augen der Menschen sahen wir Haß und Verachtung.“

Vietnam wurde für mich, wie für viele meiner Kameraden, eine gute politische Schule. Die meisten von uns kamen als Menschen dorthin, die von der Politik weit entfernt waren. Die in Vietnam zugebrachten Monate haben mir aber die Augen geöffnet . . .“

Auch Daniel Notley, 23, ehemaliger Infanterist, schloß sich nach der Kriegsteilnahme der Organisation „Vietnamveteranen gegen den Krieg“ an. Er berichtete:

„In Vietnam blüht die nazistische Politik

des Völkermords. Die barbarische Ausrottung von friedlichen Einwohnern, egal ob Frauen, Kindern oder Greisen, wurde zu einer alltäglichen Angelegenheit der amerikanischen Armee . . .“

Orden für Marihuana-Rausch

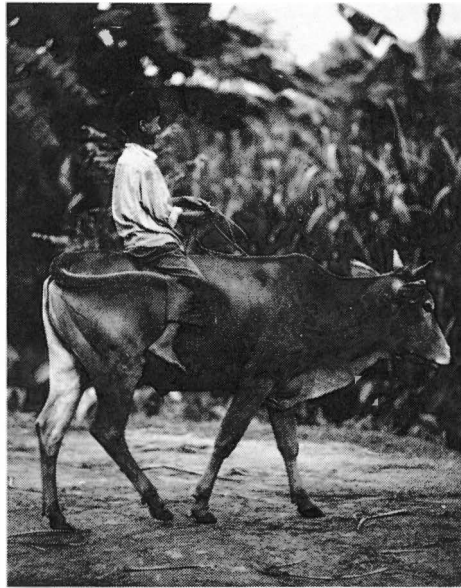
Nicht bei allen Soldaten der US-Army führt die Erkenntnis, betrogen worden zu sein und für die Interessen des Großkapitals geopfert zu werden, zu aktivem Handeln gegen den Krieg. Dieser Widerspruch zwischen dem angeblichen Befreiungsauftrag einerseits und der täglichen Praxis des sinnlosen Tötens der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite führte auch zu Demoralisationserscheinungen, wie es sie in keiner anderen imperialistischen Armee jemals gegeben hat. Die Rauschgiftsucht in der Armee hat derart zugenommen, daß es bereits militärische Rehabilitationszentren gibt. Zehn bis fünfzehn Prozent aller in Vietnam eingesetzten amerikanischen Soldaten, so eine Untersuchungskommission des amerikanischen Repräsentantenhauses, rauchen Hasch und Marihuana, spritzen Heroin.

So meldete die „Frankfurter Rundschau“ am 23.6.1971, daß der US-Soldat Peter Lemon, von Nixon mit der „Congressional Medal of Honor“ ausgezeichnet, diesen Orden nicht seiner Tapferkeit, sondern einem Marihuana-Rausch verdankte: Als Soldaten der Befreiungsfront den Stützpunkt jener Einheit angriffen, der Lemon angehörte, sei er so „high“ gewesen, daß er wie ein Berserker gekämpft habe.

Sieben Punkte für den Frieden

Seit 30 Jahren steht die Bevölkerung Indochinas im Kampf um ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Dieser Kampf hat sie Millionen Tote gekostet; aber die meisten von ihnen fielen nicht in offener Schlacht, sondern wurden Opfer der Terror-Bombardierungen, der brutalen Vernichtungsaktionen verrohter und verkommener Söldner-Horden.

In allen Ländern der Erde wächst der Widerstand gegen die Verbrechen des US-Imperialismus. Die Völker Vietnams wissen an ihrer Seite die Antikriegsbewegung in den USA, die antiimperialistischen Bewegungen in den anderen kapitalistischen Ländern, die Völker des sozialistischen Lagers: Sie alle kämpfen für die Beendigung des Krieges in Indochina, für die Freiheit der Bewohner Vietnams, Laos und Kambodschas.



Die Revolutionäre Provisorische Regierung Südviets legte am 1. Juli 1971 auf der Pariser Vietnamkonferenz einen 7-Punkte-Plan zur friedlichen Lösung des Vietnam-Konflikts vor. In ihm heißt es: „Falls die Regierung der Vereinigten Staaten einen endgültigen Termin für den Abzug aller amerikanischen Truppen und der Truppen des amerikanischen Lagers aus Südviets im Jahre 1971 festlegt“, garantiert die Befreiungsfront die Sicherung „a) des sicheren Abzugs aller amerikani-

scher Truppen und der Truppen der anderen Länder . . . aus Südviets“; „b) der Freilassung aller Militärs aller Seiten und der Zivilisten, die im Krieg in Gefangenschaft gerieten (einschließlich der in Nordviets in Gefangenschaft geratenen amerikanischen Piloten) . . .“

Was wir tun müssen

Selbst bürgerliche westdeutsche Zeitungen wie die in Essen erscheinende „Westdeutsche Allgemeine“ kommentierten, daß es nun keinen Grund gäbe, die Beendigung des Krieges noch länger hinauszuzögern. Das Ende dieses Krieges kommt nicht im Selbstlauf – er kann nur beendet werden durch den massiven Druck der Völker. Jede Antikriegsdemonstration in den USA, die neue Menschen erfaßt, ist ein Beitrag zum Sieg über den amerikanischen Imperialismus.

In der Bundesrepublik drückt sich diese Solidarität mit den Befreiungsbewegungen Indochinas und der Antikriegsbewegung in den USA vor allem dadurch aus, daß der Kampf für die Einstellung jeglicher politischer und finanzieller Hilfe der Bundesregierung an die Regierung der USA verstärkt wird.

Die „Initiative Internationale Vietnam Solidarität“ hat eine Unterschriftenaktion für die Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung Südviets in der BRD gestartet – Unterschriftenlisten können beim Büro der Initiative in 6 Frankfurt/Main, Eichwaldstr. 32 angefordert werden. Auch ein Erfolg dieser Aktion wird zur Beendigung des Krieges beitragen.

Und: Wenn am 11. September jener Solidaritätskongreß der Jugend in Bremen, zu dem Spartakus und SDAJ aufgerufen haben, ein voller Erfolg wird, wenn zu ihm Jugendliche mobilisiert werden, die bisher nicht aktiv am politischen Geschehen teilgenommen haben – dann wird auch dadurch ein Beitrag geleistet, um den US-Imperialismus aus Vietnam und ganz Indochina zu vertreiben.

Das Sonderangebot des Monats



Lieder der FNL

(Sollten Sie diese Platte bis zum 31.8.1971 bei uns bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von DM 15,-)

Gesamtkatalog anfordern!

Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel. 57 20 10



Herausgegeben und mit einem Nachwort

versehen von Werner Timm

Etwa 24 Seiten Text · 24 mehrfarbige Tafeln

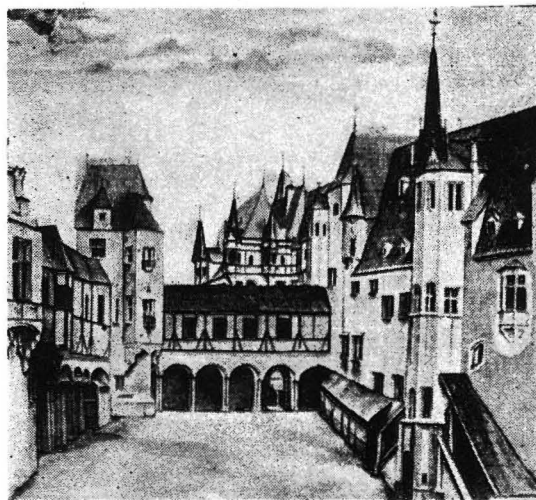
Format 18,7 cm × 21,5 cm

Leinen etwa 15,— M

BIBLIOPHILE NEUERSCHEINUNG ZUM DÜRER-JAHR

Albrecht Dürer Aquarelle

Die vorliegende Veröffentlichung — vierundzwanzig Aquarelle, etwa die Hälfte der erhaltenen Arbeiten des Künstlers in dieser Technik — berücksichtigt nicht nur allgemein bekannte Bilder Dürers, sondern auch Skizzenblätter, die die breite Öffentlichkeit so gut wie gar nicht kennt, der Fachmann bisher kaum beachtet hat. So leistet der Band einen anlässlich des Dürer-Jubiläums besonders gebotenen Beitrag, die Kenntnis vom Schaffen Albrecht Dürers zu erweitern. Die Einführung des hervorragenden Sachkenners Dr. Werner Timm würdigt die Bedeutung der Aquarellkunst Dürers im Zusammenhang mit den geistigen und künstlerischen Entwicklungslinien seiner Epoche.



Lieferbar:

Albrecht Dürer: Schriftlicher Nachlaß

Eine Auswahl · Herausgegeben, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Hubert Faensen · 2. Auflage · 288 Seiten · 55 Abbildungen im Text · 40 einfarbige und 8 mehrfarbige Abbildungen auf Tafeln · Leinen 22,50 M
Auslieferung für die BRD, Westberlin, Österreich und die Schweiz durch Progress-Verlag Johann Fladung, Darmstadt



Union Verlag (VOB) DDR-108 Berlin

BUCHER

Merci, Kamerad

„Hallo, Kamerad“, flüsterte es von unten.

Baumert war wie elektrisiert. Das ist kein Deutscher. Eine Falle?

„Ich habe alles gehört in Zelle. Dann Sturmabführer reden mit Gestapo. Sprechen von perfekter Spionage. Merken, Adresse für Not: Rue Laplace fünfundsiebenzig. Verstehen?“ Wolf Baumert, Unteroffizier der Hitler-Wehrmacht, verstand; jener Mithäftling, den er nie gesehen hatte und den er niemals sehen würde, hatte ihm, der noch eine hauchdünne Chance des Entkommens besaß, einen Ausweg gezeigt: den Übertritt in die Reihen der französischen Widerstandsbewegung. Und als Wolf Baumert klar wurde, auf welche Seite der Front er gehörte, zog er die Uniform aus.

„Merci, Kamerad“ ist keine direkte Fortsetzung von Hofes Roman-Erstling „Roter Schnee“. Er ist „Folgeband“: ein anderer Schauplatz (die Westfront) und ein anderer Zeitpunkt (das Jahr 1944): die Armeen des Hitler-Faschismus befinden sich endgültig auf dem Rückzug, die Sowjetarmee

marschiert unaufhaltsam in Richtung Berlin. Und mit zwei Jahren Verspätung eröffnen die West-Alliierten in Frankreich eine zweite Front, weil sie in Berlin nicht zu spät kommen wollen.

Diese veränderte Situation verändert das Denken und Handeln der Menschen: Überhebliche Nazi-Offiziere entpuppen sich als feige Memmen, die ihre Soldaten in sinnlosen Schlachten verheizen. Andere werden nachdenklich, entdecken den Widerspruch zwischen Führer-

Buch des Monats



eid und Gewissen. Generale werden unsicher, suchen nach einem Weg, um sich mit den Westmächten gegen die Sowjetunion zu verbinden.

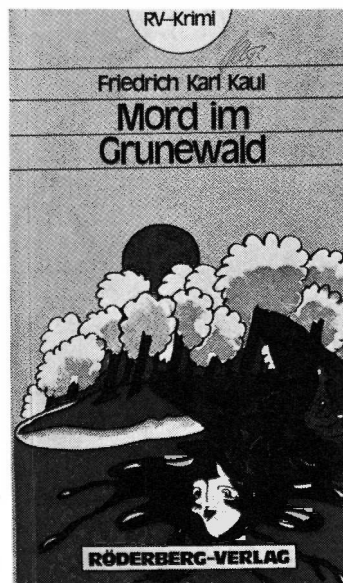
Diese Situation verändert aber auch das Denken und Handeln der einfachen deutschen Soldaten. Und manche begreifen, daß die wirklichen Fronten dieses Krieges anders verlaufen als die Linien der Schützengräben. So der bereits erwähnte Wolf Baumert, so auch der Obergefreite Fahrenkrog, der sein Leben riskiert, um unter den zurückflutenden Soldaten der faschistischen Westfront politische Aufklärungsarbeit zu leisten.

Bei aller Spannung aber verharrt „Merci, Kamerad“ nicht in der Schilderung des Ablaufs von Ereignissen, sondern Hofe

forscht zugleich nach den Motiven menschlichen – oder unmenschlichen – Handelns. Die Niederlage des Faschismus ist für Hofe nicht einfach ein Sieg der besseren Waffen, sondern ein Sieg der höheren Moral.

So wird „Merci, Kamerad“ denn zu einem Roman der internationalen Solidarität gegen Faschismus und Krieg. Seine Helden sind die aktiv Handelnden, die ihr Gewissen höher schätzen als das Überleben. Ihnen stand das Millionenheer namenloser Antifaschisten aus allen Ländern Europas Pate, denen Günter Hofe auch mit seinem zweiten Roman ein würdiges Denkmal setzte.

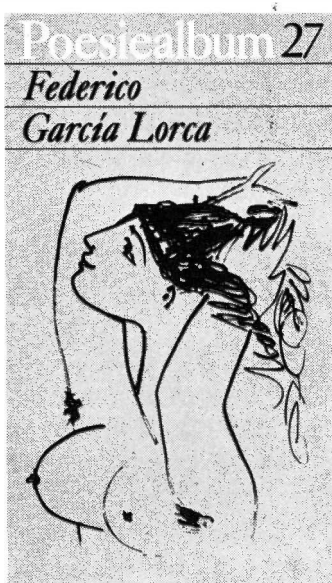
(Günter Hofe: „Merci, Kamerad“, Roman, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M 1971, 512 S., 11,80 DM)



Mord im Grunewald

Rund 300 politische Morde verübte die deutsche Reaktion allein in den ersten vier Jahren der Weimarer Republik. Einen von ihnen schildert der bekannte Anwalt Friedrich Karl Kaul, der sich auch als Schriftsteller einen Namen gemacht hat: den Mord an Walter Rathenau, der als Reichsaußenminister den berühmten Vertrag von Rapallo mit der UdSSR unterschrieb. Ein Krimi von aufrüttelnder Aktualität.

(F. K. Kaul: „Mord im Grunewald“, Kriminalroman, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M 1971, ca. 160 S., 3,90 DM)



Internationale Lyrik

„Poesiealbum“ heißt eine interessante Broschürenreihe aus dem Verlag Neues Leben (Berlin, DDR). Jedes der inzwischen 45 Hefte stellt auf je 32 Seiten einen Autor mit seinen besten Gedichten vor. Unter ihnen Kurt Tucholsky (Heft 34), der berühmte Majakowski-Übersetzer Hugo Huppert (Heft 41) und der amerikanische Negerdichter Langston Hughes (40). (Zu beziehen über: WLVG, 235 Neumünster, Wendenstr. 5) („Poesiealbum“, Verlag Neues Leben, Einzelheft -,90 DM)

Reinhard Junge

FERNSEHEN

Brutalitäten bestimmen unser Fernsehen

Eine kritische Analyse
von Prof. Heribert Heinrichs, Hildesheim

ARD und ZDF sind engagierte Zeitkritiker. Große Empörung schlägt jedem aus den Sendeanstalten entgegen, der diese Medien der Kritik unterzieht.

Zum ersten Mal wurde das Gesamtprogramm von ARD und ZDF – vom Audiovisuellen Zentrum in Hildesheim – Minute für Minute aufgezeichnet und auf Gewalt und Brutalität hin untersucht. Das Resultat war erschütternd! Ein Kompendium von Verbrechen, eine Volkshochschule für Teufeleien aller Art!

416 Verbrechen wurden in einer

einigen Woche registriert. Was das Erste und das Zweite Fernsehprogramm dem Zuschauer, insbesondere den Kindern, zumuten, ist nicht nur beleidigend, primitiv, erschütternd und schockierend, sondern pädagogisch gesehen im höchsten Maße gefährlich!

Es bleibt einfach unbegreiflich, daß unter der Verantwortung von Intendanten wie Holzamer, Wallenreiter, von Bismarck, Schröder, Heß u.a. eine derartige Messierung von Verbrechen und Unmenschlichkeiten auf den Zuschauer losgelassen wird. Das Audiovisuelle Zentrum der

Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in Hildesheim hat die Fernsehwoche vom 13. bis 19. Februar in beiden Programmen lückenlos aufgezeichnet. Es gab in dieser Woche weder mehrteilige Krimis noch besonders auffällige Totschlagsendungen. Am Freitagabend gab es nicht mal den „Kommissar“, sondern „Meinz, wie es singt und lacht“.

Eine erschütternde Bilanz!

Es war, wenn wir das mit früheren Auswertungen vergleichen, eine ausgesprochen „ruhige“ Woche:

Tote: 103
Schwere Schlägereien: 52
Faustattacken: 11
Schießereien: 27
Einzelschüsse auf Menschen: 26
Brandstiftungen: 8
Schwere Schußverletzungen: 13
Leichte Schußverletzungen: 3
Raubüberfälle: 8
Bedrohungen mit
Waffen aller Art: 40
Schwere Einbrüche: 16
Knebelungen: 4
Fesselungen: 8
Tierquälereien: 2
Erwürgungen: 1
Brutales Vorgehen
(Schläge, Tritte)
gegen Frauen: 5
gegen Kinder: 3
Hinrichtungen durch
Erschießen: 4
Mordversuche: 6
Aufhängen eines Menschen: 4
Handgranatenwürfe: 2
Blutig geschlagene
Gesichter (Farbe): 4

Das Audiovisuelle Zentrum hat nur jene Untaten registriert, die als Nervenkitzel, Unterhaltungseffekt, Primitivimpuls, Spannungsmoment und Stimulans benutzt werden. Dabei wurde sichtbar, daß sich Nervenkitzelbrutalität dramaturgisch von den künstlerischen (gemeint sind Morde z.B. bei Goethe und Dürrenmatt, d.Red.) und dokumentarischen (z.B. Tagesschau-Berichte) Formen sehr wohl durch ihre Primitivform unterscheidet: immer diesel-

ben Kinnhaken, immer die gleichen Pistolengebärden, Tritte, Handgemenge, Verbrecherjagen. Geistlos, ideenarm, idiotisch!

So zieht man Verbrecher heran!

Das AVZ Hildesheim kennt die Cowboy-, Colt- und Killer-Stories des US-Fernsehens, es hat das Programm studiert. Nach der von uns analysierten westdeutschen Fernsehwoche kommen wir zu dem Urteil: ARD und ZDF sind nicht besser als die US-TV-Programme! ARD und ZDF forcieren die Brutalität in ihren Programmen derart, daß die Folgen für unsere Gesellschaft als totale Verwilderung und rücksichtslose Gewaltanwendung nicht ausbleiben können!

Wer wöchentlich mehrmals Morde, Überfälle, Schießereien, Diebstähle, Entführungen und Grausamkeiten auf dem Bildschirm erlebt, wird innerlich abgestumpft und erlernt ganz nebenbei bestimmte kriminelle Techniken. Es entsteht eine Art Mördersyndrom: Das ist die innere Bereitschaft für eine Ausgangslage, aus der heraus der Zuschauer selbst vielleicht einmal in einer Grenzsituation zum Täter wird.

Westdeutsche Lehrer haben es dem AVZ geschrieben: „Das Fernsehen macht unsere Kinder zu gewalttätigen Rabauken!“ – „Wenn das Fernsehen so weiter macht, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn unsere Kinder stehlen, Tiere quälen und eines Tages nur noch mit roher Gewalt ihre Ziele durchsetzen!“ – „Ich werde immer ohnmächtiger gegen Verwilderung des Denkens und Handelns bei meinen Zehnjährigen!“

Als Konsequenz der erschütternden Analyse der beiden westdeutschen Fernsehprogramme können wir unseren Eltern nur den einen Rat geben: Laßt Eure Kinder nicht zuviel fernsehen! Unser westdeutsches Fernsehen zieht sie in eine Richtung, in der Kinder leicht zu Verbrechern werden. Solange sich in der Bundesrepublik niemand um die zunehmende Messierung von Unmenschlichkeiten im Fernsehen kümmert, können wir unsere Kinder nur durch Fernhalten von Überfall- und Mordprogrammen schützen!



★ ★ ★ ★ SONG-

Plattentips

„Die Partnerschaftsschlapponen empfindlich stören – mit Stücken für Stifte zum Rothören –“ unter diesem Slogan wirbt der Dortmund „Pläne“-Verlag für die brandneue Polit-Pop-Platte „LEHRLINGE ZUSAMMENHALTEN“ (LP Nr. S 33 501).

Die profiliertesten Vertreter der neuen Agit-Prop-Bewegung haben auf dieser Platte die Forderungen und Losungen der Arbeiterjugend im Kampf für eine bessere Berufsausbildung zusammengestellt und musikalisch gekonnt verarbeitet.

Die Conrads aus Düsseldorf eröffnen im neuen Sound mit „Hoch vom Dach pfeifts jede Dohle – brecht die Macht der Monopole“. Weiter geht's mit Interpol, Lerryn und dem Vorschlaghammer, den „Flöhen“, Dieter Süverkrüp, Hannes Stütz und der Mühener Songgruppe. Diese Platte wendet sich an die Lehrlinge, verdeutlicht ihre Situation im Betrieb, zeigt Kampfmöglichkeiten und schlußfolgert: Lehrlinge zusammenhalten und organisieren.

Alles in allem eine Platte, die überall dort eingesetzt werden kann, wo Lehrlinge diskutieren und nach Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Situation in der Berufsausbildung zur Veränderung der Gesellschaft suchen.

„VORWÄRTS – UND NICHT VERGESSEN!“

Ist der Titel einer Platte, auf der traditionelle Arbeiterlieder zu hören sind. Doch nicht nur das. Es handelt sich hierbei um Originalaufnahmen der Agitationsgruppen, die vor 1933 gewirkt und gearbeitet haben. Diese Originalaufnahmen konnten vor den Faschisten gerettet werden, und sie bildeten in der DDR die Grundlage für eine musikalische Dokumentation, die, wie wohl kaum eine andere Aufnahme, den Kampf der Arbeiterklasse gegen Krieg, Hunger und Faschismus mit dem Mittel Agit-prop demonstriert.

Durch diese Platte werden Erfindungsgabe und Einfallsreichtum der Agitationsgruppen verdeutlicht, die oft mit den einfachsten Mitteln große Erfolge erzielten. Dieses trifft wohl besonders für die „Roten Rake-

ten“ zu, der Agitationsgruppe des Roten Frontkämpferbundes Deutschlands.

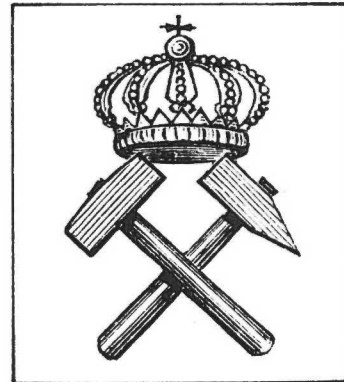
Durch eine Textbeilage wird der Kampf der Agitprop-Gruppen veranschaulicht. Neben den Texten finden wir auch wichtige Angaben und Informationen über die Interpreten.

Eine Platte mit hohem dokumentarischem Wert nicht nur für Liebhaber. Der Kampf der Arbeiterklasse vor Beginn des Hitler-Reiches in Deutschland ist auch heute noch aktuell.

(DM 19,-, Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16)



Bill & Buster Unterm Hammer

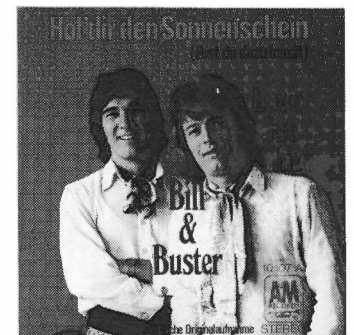


Als ich ins Schallplattengeschäft ging, wußte ich noch nicht, daß nun endlich der Sonnenschein – in schwarze Rillen gepreßt – zu kaufen ist. Zwei lächelnde Jünglinge (Bill & Buster) fordern mich auf: Hol dir den Sonnenschein!

Die Verkäuferin sah mich ergriffen an, als sie mir die Aufnahme vorspielte und versicherte, „daß dies wirklich eine wunderschöne Platte ist“. Tatsächlich ist sie das. Zwar habe ich auch nach mehrmaligem Anhören nicht verstehen können, worum es eigentlich geht und welches Schlager-Patent-Rezept man mir erzählen wollte, aber die Melodie . . .

In etwas gebrochenem Deutsch (das macht das Ganze ja so romantisch), mit Streichern unterlegt, singen die beiden Jünglinge, daß man doch nicht so stolz sein solle, daß man schließlich doch aus anderem Holz sei, daß man doch für den anderen da sein solle. Denn „wer von den Sternen träumt, im Leben viel versäumt, bleib, wo du hingehörst, bist du dazu bereit?“ Die Musik steigert sich zu einem wilden Inferno, bricht urplötzlich ab, und die Jünglinge singen weiter: „Hol' den Sonnenschein, die Welt wird anders sein, bist du dazu bereit?“ Also, dann laßt uns mal alle anders sein, und im Nu ist die Welt anders, Probleme gibts nicht mehr, alles ist wieder heil. Ich glaube, ein Kommentar zu diesem Sonnenschein ist überflüssig.

(AM-Records, 10 107 AT, 5,- DM)





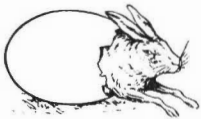
Notizen

JASMIN

Das Kölner Straßentheater INTERPOL bereitet ein neues Programm vor. Dabei suchen die Kölner Agitpropper nach neuen Wegen für die Klassik: Verquickt mit Pop soll eine „Poperette für das Leben im Betrieb“ entstehen. Titel: JASMIN

Hasen

Aus der Pop-Schlager-Wiese wird von einer neuen Landplage berichtet: Neuerdings versuchen gewisse Elemente, das Bild des deutschen Hasen in der Öffentlichkeit zu verunstalten. Dies sei besonders bei dem Sänger Chris Roberts festzustellen, der in seiner neuesten Aufnahme glaubhaft zu machen versucht, er sei der besagte Hase. In einer immer wiederkehrenden Textstelle heißt es: „Mein Name ist Hase . . .“



Das Deutsche Fernsehen sendet am 5. August 1971 um 20.15 Uhr, den DEFA-Film „Ich war 19“ in we. aut-scher Erstaufführung. Er schildert Erlebnisse eines jungen Mannes, der als Sohn deutscher Emigranten während der Nazi-Zeit in Moskau aufwächst und 1945 als Leutnant der Roten Armee in sein Heimatland zurückkehrt. Empfehlung: Unbedingt ansehen.



Satchmo ist tot

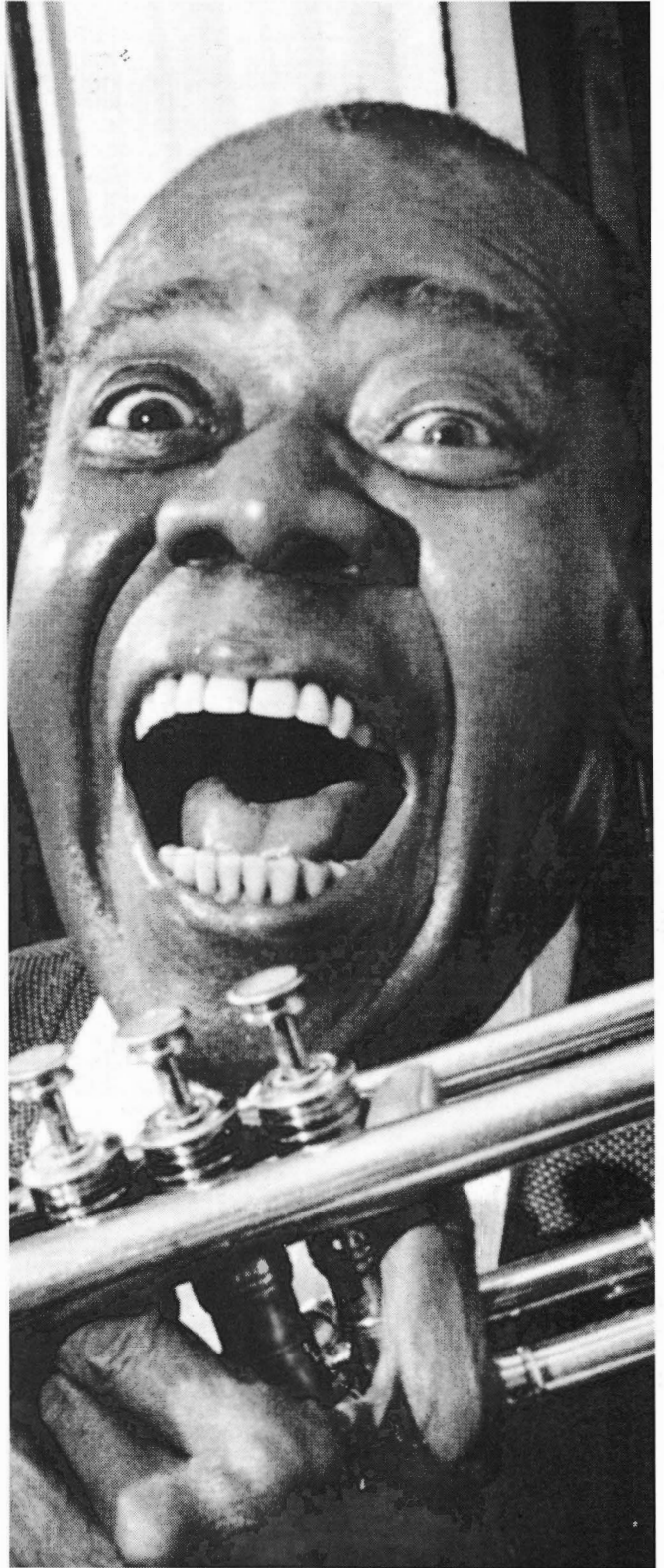
Der King of Jazz – Louis Armstrong – ist tot. Mit ihm hat die Welt des Jazz einen Musiker verloren, der über 50 Jahre die Entwicklung des Jazz geprägt, neue Wege gefunden hat und nicht zuletzt als einer der bedeutendsten Interpreten galt. Als Sohn eines Fabrikarbeiters wurde er am 4. Juli 1900 in New Orleans geboren. Im Jahre 1913 wurde er in ein Erziehungsheim gebracht, und bis er es im Jahre 1914 verließ, war er der Leiter des dortigen Orchesters.

Als Hilfsarbeiter, Lumpenhändler und Kohlenträger verdiente er sich in frühen Jahren seinen Lebensunterhalt. Den „Durchbruch“ schaffte Louis Armstrong in den zwanziger Jahren mit den Bands „Hot Five“ und „Hot Seven“, die heute noch unter den Jazz-Musikern einen legendären Ruf genießen.

Im Jahre 1944 wurde Louis Armstrong, auch „Satchmo“ genannt, zum Jazz-Musiker des Jahres gewählt. Im gleichen Jahr gab er sein erstes Konzert in der New Yorker Metropolitan Opera.

Zu den Diskriminierungen seiner farbigen Landsleute stellte er fest: „Sie würden auch Jesus schlagen, wenn er schwarz wäre.“

Viele Jazz-Musiker haben versucht, seine Musik, seinen Stil zu kopieren. Es gelang keinem. Louis Armstrong ist auch weiterhin „King of Jazz“.



Mehr Kultur

Schon mehrmals kritisierten Leser, daß kulturellen Themen im elan zu wenig Platz eingeräumt werde. Wir hoffen, uns da in letzter Zeit etwas gebessert zu haben. Hier ein weiterer Brief zu diesem Thema.

Ich vermisse die „poetische, lyrische Abteilung“ im elan. Ich meine, daß vielleicht einmal, noch lieber öfter, etwas über Bertolt Brecht geschrieben werden sollte. Ebenso bin ich sehr betroffen, daß nicht eine Zeile zum Tode Helene Weigels im elan stand. Irgendwie stimmt doch da etwas nicht!

Natürlich muß es nicht immer Brecht sein. Es gibt ja noch viele andere gute Schriftsteller, wie z.B. Erwin Strittmatter, Anna Seghers usw. Was ich möchte ist ja nur, daß nicht auch noch im elan die selben Fehler gemacht werden wie in der SDAJ, nämlich daß „nur“ Politik gemacht wird. Das kann katastrophale Folgen haben.

SUSANNE MOWITZ, Hamburg

Auch Philosophie!

Einen weiteren Vorschlag macht eine Leserin aus München.

elan soll so bleiben! Ich halte es nicht für sinnvoll, den Preis für einen größeren Leserkreis mit der Herabsetzung des Niveaus der Zeitschrift zu bezahlen (z.B. Sex!). Wie wär's aber vielleicht mal mit der Behandlung eines mehr philosophischen Themas? Mit der Darlegung der Grundlagen des dialektischen Materialismus? Solches Grundwissen, allgemein verständlich dargelegt, ist wichtig.

Aber schon allein wegen der aktuellen Reporte lohnt es sich, elan zu lesen.

BRIGITTE FUCHS, München

Eine Frage

Im Juni-Heft berichteten wir über den Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“. Dazu ein Leser:

Eine Frage: Was hat der Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ in Recklinghausen an den Verhältnissen in der Bundesrepublik geändert? Nichts, oder glaubt die SDAJ,

Spartakus, DKP tatsächlich, daß durch solche Kongresse und Demonstrationen der zum Kommunistenhaß erzogene CDU/CSU-Wähler sich plötzlich wandelt? Oder der bürgerliche SPD-Wähler sich gegen die Münchner Beschlüsse wehrt? Will die SDAJ die Mehrheit der apolitischen und konsumorientierten Jugendlichen (80 %) durch solche Demonstrationen und Kongresse für ihre Ziele gewinnen? Fast 20 Jahre lang haben sich die bundesdeutschen „Linken“ untereinander zerfleischt, beweihräuchert und selbstbefriedigt, während sich die Rechten zu einem Kartell zusammengeschlossen haben (CDU, NPD, CSU, NLA, Deutsche Volksunion usw.).

Es sollte endlich begriffen werden, daß wir die arbeiterfeindlichen und kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nur durch Erziehung ändern können, wobei Seminare und Großveranstaltungen unterstützend mitwirken können, aber nie alleine! Und diese Erziehung setzt schon im Vorschulalter an.

THOMAS JENISCH, Essen

„Verdeckter Krieg“

Auf einem Artikel in der der CDU und dem Großkapital nahestehenden Monatszeitschrift „Dialog“ macht ein Leser aufmerksam.

Es läuft einem kalt den Rücken herunter, wenn man in der Zeitschrift „Dialog“ den Artikel „Der verdeckte Krieg“ liest. Was da von dem braven Bundesbürger von „Gefolgsleute(n) der revolutionären Organisationen, die die Massenbasis für Desinformation und Nachrichtentätigkeit...“ darstellen, alles droht, geht auf keine Kuhhaut mehr.

Der Sinn dieses Artikels: Die revolutionären Organisationen, hauptsächlich die DKP, sollen als verbrecherisch abgestempelt und die Aktivitäten ihrer Mitglieder als grundgesetzwidrig angesehen werden.

Die Bundeswehr soll nach Ansicht des Verfassers diesem Zustand einen Riegel vorschieben. Was da als eventueller Kampfauftrag für die Bundeswehr formuliert wird, bestätigt das, worauf Demokraten schon vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze warnend hinwiesen: Die CDU und das sie stützende Großkapital wollen NS-Gesetze und Bundeswehr

gegen die eigene Bevölkerung, nach innen also, einsetzen. Dem muß ich als Bundeswehrosoldat, als Demokrat und Arbeiter energisch widersprechen.

RENE MÜLLER (Panzergranadier), Koblenz

Brief aus Südtirol

Im Märzheft berichteten wir über die Arbeit der Kommunistischen Jugend in Italien. Jetzt erreichte uns ein Brief vom Kommunistischen Jugendverband Italien – Autonome Landesorganisation Südtirols.

Ich möchte Euch zunächst einiges über die Situation hier in Südtirol sagen. Wenn ich über die Probleme der Jugend unseres Landes spreche, so muß ich gleich zwischen Stadt und Land unterscheiden. In den letzten Jahren ist unter der Jugend die Forderung nach mehr Mitbestimmung und Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen gestiegen. Die Jugend fängt an, sich langsam für die Probleme dieser Gesellschaft zu interessieren. Die klerikal-konservativen Kräfte, an der Spitze die Südtiroler Volkspartei, versuchen ihren langsam schwindenden Einfluß dadurch zu stärken, daß sie neue Formen der Jugendpolitik suchen, die natürlich systemtreu sind. Doch gerade hier sieht man das Bewußtsein der Stadtjugend, die jeden ähnlichen Versuch

rückweist. Man kann also sagen, in der Stadt ist die Bewegung in den meisten Schulen spürbar. So gingen am letzten Generalstreik deutschsprachige und italienischsprachige Schüler gemeinsam auf die Straße und protestierten gegen die politischen und sozialen Mißstände. Heute können gewisse Kräfte die Tatsache nicht mehr ignorieren, daß auch die deutschsprachigen Jugendlichen „aufgewacht“ sind. Noch vor Jahren stellten die herrschenden reaktionären Kreise die deutschen fortschrittlichen Jugendlichen als eine Minderheit, als Berufspostentier hin.

Wir Jungkommunisten sehen eine zunehmende Bewußtseinsbildung der Jugend; selbst in den katholischen Organisationen zeigen sich systematische Ansätze, so z.B. in der katholischen Jugend.

Der Autonome Kommunistische Jugendverband Südtirols, der vor einem Jahr wiederaufgebaut wurde, erscheint hier in Südtirol als einzige organisierte

An Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns Eure Adressenwünsche. Wir werden Euch gerne Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden.



Linksgruppe. Um den Kommunistischen Jugendverband haben sich verschiedene unabhängige Arbeitsgruppen gebildet, die von uns mit dem politischen Material, das wir zur Verfügung haben, unterstützt werden.
GÜNTHER RAUCH, Bozen

Ein Lob

Ein Lob, zusammen mit einem Gedicht, schickt ein Leser, der zur Zeit leider im Sanatorium liegen muß.

elan ist ohne Zweifel das beste Magazin für junge Leute. Vor allem, weil hier die Interessen der Arbeiterjugend klar artikuliert werden. Natürlich ist solch ein Organ ein Dorn im Auge der Herrschenden, die alles versuchen, um elan zu diskreditieren. Doch das kann ihnen nicht gelingen. Ich meine: weiter so!

Ich habe ein Gedicht geschrieben, das unsere Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zum Ausdruck bringen soll:

Der Norden ist unbezwingbar!
Sie fliegen immer noch mit todesschwangerem Leib die B-52-Bomber nach Norden nach Hanoi.
Die abgeworfenen Geschosse zerpflegen Nordvietnams Erde und lassen Ho Chi Minh keine Ruhe.

Seine Ideen aber leben in den Köpfen und Händen weiter, die nach und nach die Bomber vom Himmel holen.
LOTHAR FALKENBERG, Todtmoos

Mehr für Schüler?

Im letzten Heft veröffentlichten wir zwei Leserbriefe mit unterschiedlicher Meinung zum Thema „Mehr für Schüler?“ Die Diskussion geht weiter.

Auf allen Schulen werden die Schüler terrorisiert und unterdrückt, damit sie sich später um so besser in das Berufsleben einordnen lassen. Daher rührt die vielverbreitete Apathie auch unter den von Euch angesprochenen Lehrlingen. Durch die Zensuren und die Drohung mit dem Sitzenbleiben wird auf die Schüler und ihre Eltern ein Druck ausgeübt, dem

man sich nicht widersetzen kann. Jeder Abgriff auf diese Methoden hat zur Folge, daß die Zensuren sich um einige Grade verschlechtern, die Eltern über gewisse besorgniserregende Tendenzen im Verhalten ihrer Kinder informiert werden, dem Schüler versteckt und offen mit Sitzenbleiben, mit Beurlaubung, Rausschmiß und anderem gedroht wird. Deshalb meine Bitte: Schreibt auch mal etwas über die Schulen!

JAN KUHLMANN, Hamburg

Der Leser Friedrich Tontsch analysiert richtig die führende Rolle der Arbeiterklasse im Klassenkampf und folgert scheinbar folgerichtig: „Die politischen Probleme der Schülerschaft sind nicht so wichtig, wie die der jungen Arbeiter.“ Dabei übersieht er jedoch dreierlei:

1. Die Haupt- und auch der größte Teil der Realschüler gehört sowohl von der Herkunft als auch von der Berufsperspektive her zur Arbeiterklasse.

2. Viele Real- und ein großer Teil der Oberschüler gehören zu dem zwischen Proletariat und Bourgeoisie stehenden Mittelstand. Die Veränderung unserer Gesellschaft kann sich nur vollziehen, wenn es der Arbeiterklasse gelingt, einen großen Teil des Mittelstandes für den Sozialismus zu gewinnen. Wenn wir das nicht tun, überlassen wir ihn der Propaganda der Reaktion.

3. Würde elan mehr über Schüler berichten, würde das zur Einigung der fortschrittlichen Bewegung beitragen. Deswegen ist auch von einem „elan für Schüler“ abzuraten.
KLAUS HENNING (Schüler), Ahrensburg

Verbesserungsvorschläge

Dieser Leser macht Vorschläge, wie man den elan verbessern kann. Vielleicht nehmen andere dazu Stellung?

Ein größerer Schriftsatz würde die Lesbarkeit des Magazins erhöhen. Behaltet die Comics bei. Berichtet mehr über Songgruppen und erweitert den Bestandteil der Agit-Texte und Songs (plus Noten). Bringt mehr Berichte über die DDR.
DIETER SEYFERT, Kassel

Die Deutsche Jugend des Ostens bleibt auf ihrem alten Kurs. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die Klaus Engel (Stuttgart), Jens Flegel (Hamburg), Elvira Högemann-Ledwohn (München), Marianne Oldehoff (Bremen) und Ulrich Sänder (Dortmund) vorgelegt haben.

Wer sich über die DJO informieren will, sollte diese Broschüre lesen.

18 Selten, 0,50 DM

Bestellungen bitte an:

Ulrich Sänder,
46 Dortmund-Scharnhorst,
Schumpeterweg 4

»DJO« WEITER IM ALTEN MARSCH TRITT

Die Deutsche Jugend des Ostens
nach ihrem Bundesjugendtag 1971
Eine Analyse von Elvira Högemann-Ledwohn

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



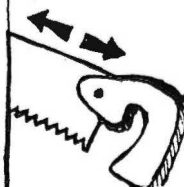
Abonnenten haben's besser:

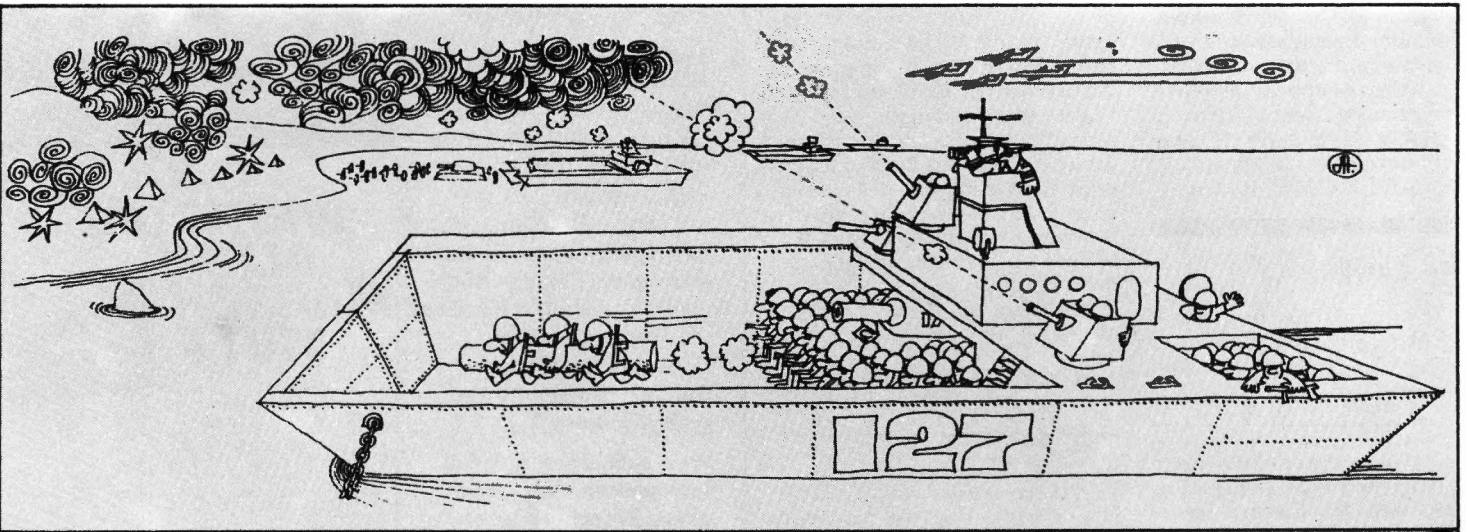
Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

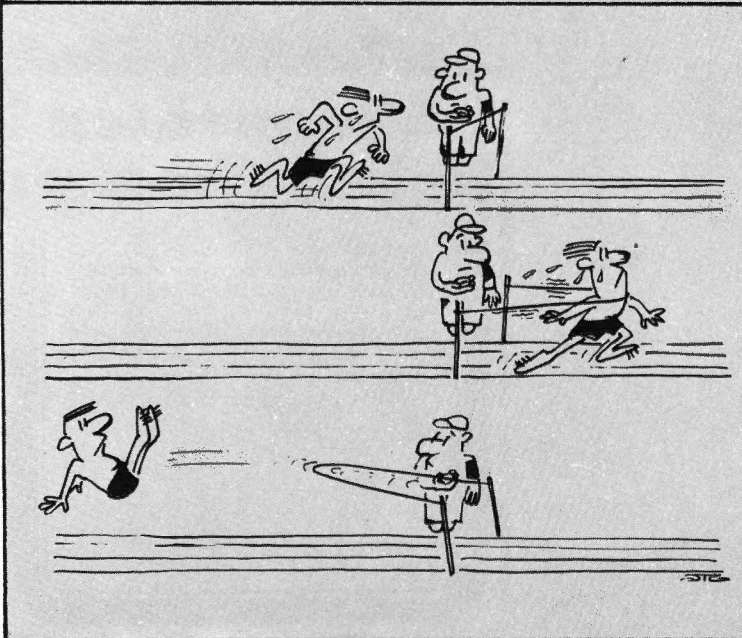
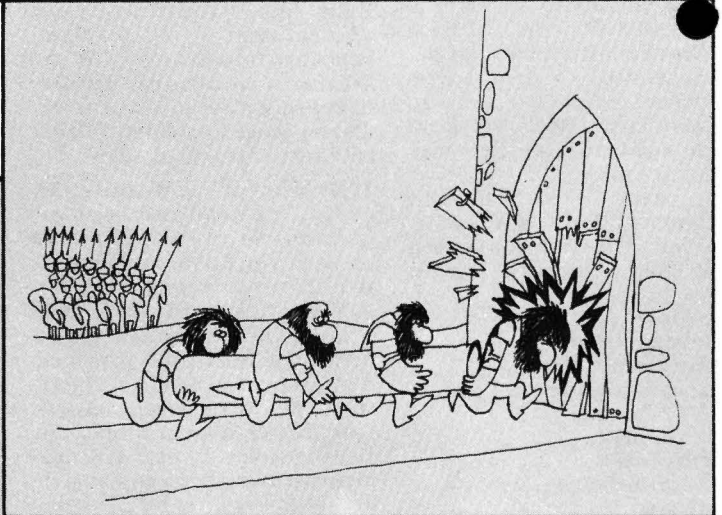
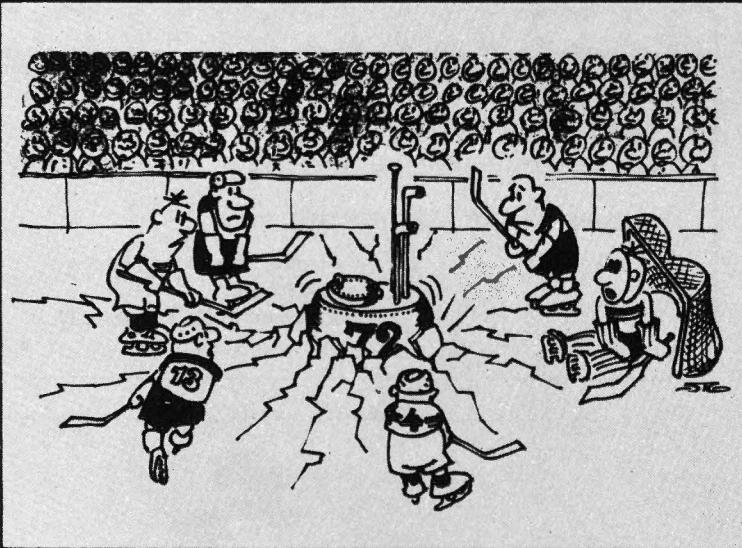
(Anschrift)

... und dann
einsetzen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16





wihihitze★



Bildungsprivileg – altes, doch ständig aktuelles Schlüsselwort zur Sichtbarmachung sozialpolitischer Konflikte in der bürgerlichen Welt.

Wilhelm Liebknecht weist in seinem Werk den Weg zur Brechung des Bildungsmonopols, zur Beseitigung des militaristisch-klerikalistischen bürgerlichen Klassenstaates und seiner Untertanendressur.

Die Schrift „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ wurde zu einer Grundlage der Politik der revolutionären Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Volksbildung.

Diese von Liebknecht und der alten Sozialdemokratie verfochtenen Schulforderungen haben in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Verwirklichung und Weiterentwicklung gefunden.

● Wilhelm Liebknecht

Wissen ist Macht – Macht ist Wissen

und andere bildungspolitisch-
pädagogische Äußerungen



Ausgewählt, eingeleitet und erläutert
von Professor Dr. Hans Brumme

Reihe: Erziehung und Gesellschaft

Herausgegeben von Professor Dr. Dr. Robert Alt

232 Seiten · Halbleinen 8,50 M

Bestellnummer 21 25 62



VOLK UND WISSEN
VOLKSEIGENER VERLAG
DDR-108 Berlin, Lindenstraße 54a

Verlag der Nation Berlin

Vor rund hundert Jahren brachte der Großherzog von Baden im rasch für die Krönungszeremonie hergerichteten Spiegelsaal von Versailles sein Hoch auf Kaiser Wilhelm aus. Die Gründung des Deutschen Reiches auf okkupiertem Boden sollte symbolisch für den Charakter dieses Staates werden. Die Autoren untersuchen wissenschaftlich exakt in ihrer leicht verständlich, oft fesselnd geschriebenen Arbeit die historischen Ereignisse, die schließlich zur Entstehung des einheitlichen deutschen Staates durch „Blut und Eisen“ führten. Da sie sich vielfach auf Augenzeugen stützen, gelingt es ihnen, ein anschauliches Bild der Zeit und des Geschehens zu vermitteln.

About one hundred years ago the Grand Duke of Baden cheered Kaiser Wilhelm in the Hall of Mirrors in Versailles which had been quickly fitted up for the coronation ceremony. The foundation of the German Empire on occupied soil was to be symbolic of the character of that state. In their easily understandable, often grippingly written work the authors make a precise scientific investigation of the historic events which finally led to the rise of the united German state through "blood and iron". As they rely to a considerable extent on eye witness reports they succeed in presenting a graphic picture of the time and event.

**Schwarz-
Weiß-
Rot**

IN VERSAILLES

Ursula und Otto Weil

Zur Reichsgründung vor 100 Jahren
Populärwissenschaftliche Unter-
suchung

Mit 38 Bildern und Dokumenten
278 Seiten · Englische Broschur
etwa 8,90 M

On the Foundation of the Reich
100 Years Ago

Popular Science Investigation
With 38 pictures and documents
278 pages · Paperback about 8.90 M

